

131. Bergedorfer Gesprächskreis

**Russland und der Westen –
Chancen für eine neue Partnerschaft**

24.–26. Juni 2005, Potsdam/Berlin





INHALT

Fotodokumentation	1
Teilnehmer	20
Zusammenfassung	21

Protokoll

Begrüßung	22
I. Russland und die Integration Europas	24
1. Europas Grenzen	26
2. Die Krise der EU	33
3. Russland unter Putin	44
II. Ziele und Instrumente der Zusammenarbeit	49
1. Russland und die EU: strategische Optionen	52
2. Die vier gemeinsamen Räume	66
3. Prüfsteine der Zusammenarbeit	72
III. Die Rolle bilateraler Beziehungen	94
1. Historische Dimensionen	96
2. Bilaterale vs. gemeinsame europäische Außenpolitik	101
3. Deutsch-russische Sonderbeziehungen?	107

Anhang

Teilnehmer	119
Literaturhinweise	126
Karte	128
Glossar	129
Register	144
Bisherige Gesprächskreise	150
Die Körber-Stiftung	160
Impressum	162

INITIATOR

Dr. Kurt A. Körber

DISKUSSIONSLEITER

Prof. Dr. Wolfgang Eichwede,
Direktor, Forschungsstelle Osteuropa,
Universität Bremen

REFERENTEN

Elmar Brok, MdEP,
Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses,
Europäisches Parlament, Brüssel
Botschafter Vladimir Chizhov,
Stellvertretender Außenminister der Russischen
Föderation, Moskau
Botschafter Prof. Dr. Vasili Likhachev,
Stellvertretender Vorsitzender, Auswärtiger Ausschuss,
Föderationsrat der Russischen Föderation, Moskau
Dmitri Rogozin,
Rodina-Parteivorsitzender, stellvertretender Vorsitzen-
der der Rodina-Fraktion, Staatsduma, Moskau
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB,
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
für Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik, Deutscher
Bundestag, Berlin
Dr. Manfred Stolpe,
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen,
Berlin

TEILNEHMER

MinDir Ulrich Brandenburg,
Stellvertretender Politischer Direktor, Auswärtiges Amt,
Berlin
Rt. Hon. Stephen Byers, MP,
House of Commons, London
Dr. Judith Gebetsroithner,
Mitglied des Kabinetts der Kommissarin Ferrero-
Waldner, Europäische Kommission, Brüssel
Sergey Generalov,
Präsident, »Industrial Investors« Investment Gruppe,
Moskau
Dr. Thomas Gomart,
Leiter des Russland/GUS-Programms, Institut Français
des Relations Internationales, Paris

Prof. Dr. Ruslan Grinberg,
Direktor, Institute for International Economy and
Political Studies, Russian Academy of Sciences, Moskau
Dr. Fiona Hill,
Senior Fellow, Foreign Policy Studies Program, The
Brookings Institution, Washington D. C.
Dr. Jörg Himmelreich,
Transatlantic Fellow, German Marshall Fund of the
United States, Washington D. C.
Prof. Dr. Sergej Karaganov,
Stellvertretender Direktor, Institute of Europe,
Russian Academy of Sciences, Moskau
Dr. Irina Kobrinskaja,
Direktorin, Foundation for Prospective Studies and
Initiatives, Moskau
Botschafter Vladimir Kotenev,
Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland,
Berlin
Sergey Kulik,
Leiter der Abteilung für Beziehungen mit der EU,
Präsidialverwaltung der Russischen Föderation, Moskau
Dr. Rainer Lindner,
Forschungsgruppe Russland/GUS, Stiftung
Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Thomas Paulsen,
Projektleiter des Bergedorfer Gesprächskreises,
Körber-Stiftung, Berlin
Alexander Rahr,
Programmdirektor, Körber-Zentrum Russland/GUS
der DGAP, Berlin
Botschafter Janusz Reiter,
Präsident, Zentrum für Internationale Beziehungen,
Warschau
Prof. Dr. Karl Schlögel,
Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)
Carl-Andreas von Stenglin,
Büro Präsident Richard von Weizsäcker, Berlin
Botschafter Dr. Ernst-Jörg von Studnitz,
Vorsitzender, Deutsch-Russisches Forum e.V., Berlin
Michael Thumann,
Koordinator Außenpolitik, DIE ZEIT, Hamburg
Dr. Dmitro Vydrin,
Direktor, European Institute of Integration and
Development, Kiew
Mary Burce Warlick,
Leiterin, Referat für Russland-Angelegenheiten, U.S.
Department of State, Washington D. C.
Dr. Klaus Wehmeier,
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands,
Körber-Stiftung, Hamburg
Dr. Richard von Weizsäcker,
Bundespräsident a. D., Berlin

ZUSAMMENFASSUNG

Der 131. Bergedorfer Gesprächskreis analysierte Russlands Rolle in Europa. Kann die Vision einer strategischen Partnerschaft der EU mit Russland Realität werden? Oder droht ein »kalter Friede« mit erneuter Blockbildung und Konkurrenz um Einflussphären?

Russland und die Integration Europas: Russische Teilnehmer prognostizierten, die Krise der EU nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und Holland werde eine gemeinsame europäische Außenpolitik und eine engere politische Union dauerhaft verhindern. Dagegen sahen Vertreter EU-Europas die Verbesserung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der Union als notwendig und machbar. Die Krise der EU sei nur temporär.

Ziele und Instrumente der Zusammenarbeit: Die Teilnehmer waren sich einig, dass Russland – anders als noch in den frühen 1990er Jahren – eine Mitgliedschaft in der EU nicht mehr anstrebt. Um den Aufbau eines funktionierenden Nationalstaats bemüht und angesichts der Zurückhaltung der EU wolle Russland heute stattdessen eine Partnerschaft »auf Augenhöhe«. Die Vorstellung, mittelfristig könne ein verändertes Russland mit einer veränderten EU zusammenwachsen, kritisierten einige Teilnehmer als utopisch, andere als nicht wünschenswert angesichts grundlegend verschiedener Wertvorstellungen. Die Kontroverse über die »vier gemeinsamen Räume« als Basis der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland verlief quer zu nationalen Kategorien. In beiden Lagern lobten Vertreter der Administration die »vier Räume« als gelungenen Kompromiss, der ein flexibles Gerüst für die Weiterentwicklung der Beziehungen biete. Experten, Politiker und Wirtschaftsvertreter diagnostizierten dagegen einen Mangel an Substanz, überprüfbaren Zielen und klaren Zeitplänen.

Die Rolle bilateraler Beziehungen: Russische Politiker betonten, mangels einer ernstzunehmenden europäischen Außenpolitik seien Verhandlungen mit Brüssel in vielen Bereichen wenig sinnvoll, auf der bilateralen Ebene könnten bessere Ergebnisse erzielt werden. Zudem schenke die Union russischen Interessen etwa im Falle von Kaliningrad zu wenig Beachtung, und neue EU-Mitglieder wie die baltischen Staaten betrieben eine antirussische Politik. Berlin oder Paris aber seien verlässliche und ernstzunehmende Partner. Dagegen forderten Vertreter der EU-Staaten, nationale Außenpolitik gegenüber Russland müsse immer in einen europäischen Kontext eingebettet sein und dürfe Sensibilitäten und Interessen auch kleinerer Mitgliedstaaten nicht ignorieren. Andere betonten die zentrale Bedeutung der transatlantischen Einbettung europäischer Russlandpolitik.

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker



Zum 131. Bergedorfer Gesprächskreis »Russland und der Westen« im historischen Schloss Cecilienhof begrüße ich Sie herzlich. Die Verhandlungen Stalins, Churchills und Trumans vor 50 Jahren an diesem Ort über das Schicksal Europas markierten den Beginn der Epoche der Bipolarität, des Kalten Krieges, des nuklearen Gleichgewichts des Schreckens und der Stellvertreterkonflikte der Supermächte in vielen Regionen.

Heute dominieren andere Herausforderungen die Weltpolitik, und nach dem Ende der Sowjetunion ist das Verhältnis des Westens zu Russland nicht mehr von der Rivalität zweier Supermächte bestimmt. Deswegen ist es aber nicht frei von Konflikten. Der Kooperation etwa bei der Bekämpfung des Terrorismus – ich erinnere nur an die uneingeschränkte russische Solidarität nach dem 11. September 2001 – stehen Meinungsverschiedenheiten über Fragen wie den Krieg gegen den Irak oder den Umgang mit dem Iran gegenüber. Zum Unwillen Russlands äußern sich westliche Politiker und Medien kritisch über das russische Vorgehen in Tschetschenien, die Frage der Pressefreiheit oder den Chodorkowski-Prozess. Die kürzlich verabschiedete Vereinbarung der Europäischen Union und Russlands über den Aufbau von vier gemeinsamen Räumen beweist den Willen zur Partnerschaft. Gleichzeitig tragen die Integrationsbemühungen Russlands und der EU auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Züge der Rivalität. In der Bundesrepublik Deutschland und innerhalb der EU wird die enge Zusammenarbeit von Kanzler Schröder mit Präsident Putin kontrovers diskutiert. Nicht nur die Opposition übt an manchen Aspekten der deutschen Russlandpolitik scharfe Kritik und verlangt eine offenere Sprache gegenüber dem großen Nachbarn sowie eine stärkere europäische Einbindung der deutschen Politik.

Der Bergedorfer Gesprächskreis mit seiner langen Tradition des Gesprächs mit Russland – schon 1970 fand der erste Gesprächskreis in Petersburg, dem damaligen Leningrad, statt, viele weitere folgten – möchte eine Bestandsaufnahme der Beziehungen Russlands zum Westen unternehmen und über Wege zu einer neuen Partnerschaft sprechen. Wir tun dies zu einem Zeitpunkt, an dem von mancher Seite Russland strategische Orientierungslosigkeit vorgeworfen wird

und die EU nach der Ablehnung der Verfassung durch Franzosen und Niederländer in einer tiefen Krise steckt.

Als Stalin, Truman und Churchill hier verhandelten, war es August, doch so heiß wie heute kann es eigentlich gar nicht gewesen sein. Ob das Gespräch der großen drei von gegenseitigem Zuhören und Lernen bestimmt war, mögen Historiker klären. Unseres jedenfalls soll und wird es sein, nicht zuletzt dank der Leitung durch Wolfgang Eichwede.

Das Protokoll enthält eine autorisierte überarbeitete Version der mündlichen Beiträge.

I. Russland und die Integration Europas

Eichwede

Wir werden das Thema »Russland und der Westen« in drei Abschnitten erörtern. Am Anfang steht eine Tour d’Horizon zur Geschichte der Beziehungen Russlands mit Europa und dem Westen. In diesem Zusammenhang werden wir auch auf die Grenzen Europas und auf die derzeitige Situation Russlands und der EU zu sprechen kommen.

Im zweiten Abschnitt wenden wir uns konkreten Instrumenten und Feldern der Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union zu. Dabei wird es um das Konzept der vier gemeinsamen Räume gehen, um einzelne Regionen wie Kaliningrad oder Osteuropa und um die Rolle von NATO, OSZE und Europarat.

Im dritten Abschnitt werden wir darüber sprechen, welche Rolle bilaterale Beziehungen für die Zusammenarbeit Russlands mit den EU-Mitgliedstaaten in Zukunft noch spielen werden und sollten. In diesem Zusammenhang gehen wir besonders auf die deutsch-russischen Beziehungen ein.

Zunächst wird Herr Stolpe den gegenwärtigen Stand der Beziehungen Russlands zum Westen skizzieren und in den geschichtlichen sowie gegenwärtigen weltpolitischen Kontext einordnen.

Stolpe
Referat

Spätestens seit dem 11. September 2001 glauben viele Menschen, dass die Welt wieder ein gefährlicher Ort geworden ist. Gefährlicher als zu Zeiten des Kalten Krieges und ohne Hoffnung auf einen globalen Frieden. Unter dem Eindruck neuer Schrecken verblissen die vergangenen.

Nachdem der Alptraum
des Kalten Krieges vorbei ist ...

Doch wer, wie ich, die Zeit des Kalten Krieges erlebt hat, weiß: Diese Zeit war ein doppelter Alptraum. Im Osten Europas herrschten Unfreiheit und Überwachung, die Abschottung verletzte das Selbstbestimmungsrecht der Völker, gesellschaftlicher Stillstand ging einher mit wirtschaftlichem Verfall und der Verwüstung der Umwelt. Die Drohung atomarer Auslöschung war allgegenwärtig. Die Sicherheit Europas beruhte auf dem Gleichgewicht des Schreckens, und das Misstrauen zwischen den Blöcken erschwerte jede Kooperation unendlich.

... bedrohen uns heute Terrorismus
und die Krise der Demokratie

Wir leben heute in einem besseren Europa der Freiheit, Offenheit und Partnerschaft. Aber wir stehen vor neuen Problemen: Neben dem internationalen Terrorismus belasten Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit die Menschen, und das Vertrauen in die Demokratie schwindet.

Auch die europäische Integration steckt in der Krise. Die europäische Verfassung wurde in Frankreich und den Niederlanden von den Wählern abgelehnt, und Umfragen deuten darauf hin, dass eine Mehrzahl der EU-Bürger gegen die

Der Stolz auf den demokratischen Neubeginn eint Ost und West.

Stolpe



schnelle Fortsetzung der Erweiterung ist. Es droht eine neue Spaltung Europas, die diesmal quer durch den Westen verlaufen würde. Ich bin zuversichtlich, dass die EU diese Krise produktiv nutzen wird. Tony Blair, wegen des Scheiterns der Verhandlungen über den Haushalt der EU von vielen kritisiert, spricht Probleme offen an und eröffnet damit eine notwendige Diskussion über die Kompetenzen der Union. Es muss uns gelingen, die EU in ihrem Kernbereich handlungsfähiger zu machen.

Der gegenwärtige Stand der Beziehungen Russlands zur EU und zu Deutschland macht Mut. Sieg und Niederlage 1945 haben Russen und Deutsche lange getrennt. Erst in jüngster Zeit lernten wir, dass die Erinnerungen an den Krieg uns auch verbinden können. Kanzler Schröder hat am 8. Mai in Moskau die richtigen Worte gefunden. Er nannte es zu Recht »fast ein Wunder«, dass 60 Jahre nach Ende des unsäglich grausamen Zweiten Weltkrieges nun deutsche und russische Veteranen das Kriegsende gemeinsam feierten. In diesem Zusammenhang ist das große Wort Versöhnung einmal wirklich angebracht.

Der sowjetische Sieg im Großen Vaterländischen Krieg hat einen zentralen Stellenwert für die russische Identität und ist zu Recht ein Grund für das europäische Selbstbewusstsein der Russischen Föderation. Erst die Opfer der Russen und anderer sowjetischer Völker im Krieg gegen das Naziregime gaben den Deutschen die Chance auf einen Neuanfang. Das wird auch durch das Unrecht nicht aufgehoben, mit dem Stalin diesen millionenfachen Opfermut für seine Terrorherrschaft ausbeutete. Gleichzeitig ist es unverzichtbar, auch mit Rücksicht auf die neuen osteuropäischen Mitglieder der EU, dass die stalinistische Unterdrückung in einem Europa der Rechtsstaatlichkeit als Verbrechen anerkannt und nicht vergessen wird.

Uns verbindet auch eine gemeinsame Geschichte des Strebens nach Demokratie. Die Dissidenten in der Sowjetunion und die gescheiterten Aufstände im Ostblock waren wichtige Voraussetzungen für die Perestroika und die eigentlichen Wurzeln der demokratischen Revolution von 1989. Der Stolz auf den demokratischen Neubeginn eint Ost und West und führt uns, über nationale Gegensätze hinweg, zusammen.

Russland kommt als europäischer Kraft eine besondere Rolle zu. Deswegen verfolgt Deutschland die Idee einer strategischen Partnerschaft, der sich auch die Europäische Union angeschlossen hat. Zu dieser Partnerschaft gehören gleichberechtigt eine politische, eine wirtschaftliche und auch eine gesellschaftliche Dimension.

Zwischen Deutschland und Russland gibt es echte Versöhnung

Russlands Opfer im Zweiten Weltkrieg ermöglichten Deutschlands Neuanfang

Europa ist kein Kontinent,
sondern eine Zivilisation.

Chizhov



Deutschland versteht sich als Bindeglied
zwischen Russland und der EU

Deutschland versteht sich angesichts seiner Geschichte als ein Bindeglied zwischen Russland und der Europäischen Union. Wir wollen den Dialog zwischen Russland und der EU – und der NATO – intensivieren, um politische Stabilität, dauerhafte Sicherheit und wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen. Nie waren die Chancen dafür besser, und wir tun gut daran, neuen Spannungen und Spaltungen entgegenzuwirken. In kritischen Zeiten sollte man sich an das schon Erreichte erinnern. Das dient der Orientierung, nicht nur beim Dialog mit Russland, sondern auch bei den Beziehungen innerhalb der EU.

Europas Grenzen

Eichwede

Wenn es um die Beziehungen zwischen Russland und Europa geht, schwingt immer auch die Frage nach den Grenzen Europas mit. Wenn man nicht über Institutionen wie die EU spricht, die eindeutige Aufnahmekriterien vorweisen können, sondern eben über Europa als Ganzes, dann stellt sich die Frage: Wo fängt dieses Europa an, wo hört es auf, mit welchen Kriterien definieren wir überhaupt Europa? Russland gehört ohne jeden Zweifel zu dem historischen Europa, es gehört zu dem kulturellen und dem politischen, nicht aber zu dem in der EU institutionalisierten Europa. Wie begründen wir die Differenzen?

Chizhov

Europas Grenzen und Russlands Verhältnis zu Europa versucht man schon seit langem zu bestimmen. Die einen wählen einen geographischen Ansatz, die anderen einen historischen, wirtschaftlichen oder politischen. Ich dagegen plädiere dafür, die Grenzen unter dem Aspekt der Zivilisation zu betrachten. Denn Europa ist kein Kontinent, und weder die Europäische Union noch der Europarat machen sein Wesen aus, sondern Europa ist eine Zivilisation.

Russland hat zur Verbreitung der
europäischen Zivilisation beigetragen

In diesem Zusammenhang möchte ich die Verdienste früherer russischer Generationen für die Verbreitung der europäischen Zivilisation würdigen, die heute oft vergessen werden. Schauen wir nach Osten: Russen brachten die europäische Zivilisation bis zu den Küsten des Pazifischen Ozeans und bis an die Grenzen Chinas. Sogar in Alaska, Kanada und Nordkalifornien existieren noch geographische Namen russischen Ursprungs, die darauf verweisen, dass russische Siedler das Gebiet als Erste erschlossen. Oder sehen wir nach Westen: Warum war es so wichtig, dass Peter der Große Russland einen Zugang zum Meer im Norden öffnete und damit und mit seiner Reformpolitik das berühmte Fenster nach Europa aufstieß? Doch wohl darum, weil die Europäer dieses Fenster schließen wollten.



Seit dem 13. Jahrhundert traf die slawische Zivilisation auf europäische Aggression. Die Landnahme des Deutschen Ordens im Osten beendete 1242 der Sieg Alexander Nevskijs, des Fürsten von Novgorod, in der Schlacht auf dem Peipussee. Anfang des 18. Jahrhunderts wollte der schwedische König Karl XII. seine Truppen mit denen des türkischen Sultans vereinigen, um das zu schaffen, was Pilsudski später die Ostsee-Schwarzmeer-Pufferzone nennen sollte. Russland sollte der Zugang zu Europa dauerhaft versperrt werden. Die Entscheidung des schwedischen Königs, das russische Herzland mit Moskau anzugreifen, führte zur erwähnten Niederlage bei Poltawa 1709, die seine Expansionspläne besiegelte.

Die russische und die europäische Geschichte sind untrennbar miteinander verbunden. Nachdem bisher glücklicherweise alle Versuche gescheitert sind, Russland dauerhaft von Europa abzuschließen, wird ihnen auch in Zukunft kein Erfolg beschieden sein.

Frau Kobrinskaja, ist Russland ein Teil Europas?

Natürlich gehört Russland zu Europa. Zwar gibt es Unterschiede, aber die gibt es zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der EU mindestens ebenso.

Russland ist zweifellos ein wichtiger Teil Europas. Wer die Geschichte der letzten Jahrhunderte Revue passieren lässt, sieht auf den ersten Blick, dass russische und europäische Geschichte ohneeinander nicht denkbar sind.

Andererseits kann ich mir nicht vorstellen, dass Russland eines Tages Mitglied der Europäischen Union wird, ich zweifle auch, ob unsere russischen Freunde sich das vorstellen können. Deshalb sollten wir die Frage der Grenzen Europas strikt von der Frage einer Mitgliedschaft in der EU trennen. Russland gehört zum Teil eindeutig zu Europa, aber Russland ist mehr als nur ein Teil Europas: Russland ist eine Weltmacht, die weit über Europa hinausreicht.

Russland liegt unzweifelhaft in Europa. Zugleich reicht es aber bis an den Pazifik und ist eine eurasische Macht: Das macht die Definition so schwierig. Es liegt aber ohnehin kein großer Gewinn in diesem semantischen Spiel, denn die Entscheidung zur Aufnahme in die EU wird von ganz anderen Erwägungen bestimmt, und um zu Europa zu gehören, muss man nicht Mitglied der EU sein. Die in den 1980er und 1990er Jahren weit verbreitete Formulierung, nun kämen die Staaten Ost- und Mitteleuropas »zurück nach Europa«, war mehr als fahrlässig. Polen, Ungarn und

Alle Versuche, Russland den Zugang zu Europa zu versperren, sind gescheitert

Eichwede

Kobrinskaja

Schäuble

Russland ist ein Teil Europas ...

... doch es wird nie Mitglied der EU werden

Schlögel



Tschechien etwa waren immer Teil Europas – sie wurden es nicht erst, als die EU sie aufnahm.

Lindner

Die Russen wollen westlich leben,
aber nicht westlich sein

Russland ist in seinem Selbstverständnis zwar Teil Europas, aber eben nicht Teil des Westens. Es wird oftmals unterschätzt, dass der Westen für viele Russen immer noch ein Feindbild ist. Die Russen möchten zwar westlich leben, aber nicht westlich sein – diese eigentümliche Unterscheidung tragen viele offenkundig in sich.

Ich denke auch, dass die Zugehörigkeit Russlands zu Europa variiert, je nachdem, in welchem Teil Russlands man sich befindet. Russland bleibt ein transkontinentaler Staat mit begrenzten Steuerungskapazitäten in seinen entlegenen Regionen. Europas Grenzen sollten zwar nach Osten offen bleiben, aber Europa endet dort, wo man sich nicht mehr zu Europa bekennt.

Byers

Berlin und London sind näher
an Moskau als an Istanbul

Die Menschen Europas bestimmen, was die Grenzen Europas sind – und damit meine ich nicht die politischen Eliten, sondern die Menschen, die in diesem Erdteil Europa leben. Ich bin überzeugt, dass die Bürger von Berlin, Paris, Amsterdam oder London mehr mit den Bürgern Moskaus gemein haben als mit denen Istanbuls. Denn mit Russland, ebenso mit der Ukraine, teilen sie eine gemeinsame Geschichte.

Brandenburg

Wenn wir über die Grenzen Europas sprechen, stellt sich die Frage, wer diese Grenzen bestimmt. Alle an einem Beitritt interessierten Völker oder nur diejenigen, die bereits Mitglied sind?

Reiter

Das europäische Zusammengehörigkeits-
gefühl entwickelt sich weiter

Das derzeitige europäische Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der EU ist jedenfalls kein eindeutiges Indiz. Bei der letzten Osterweiterung wurde es bereits überfordert und hat sich in erstaunlichem Maße angepasst. Die EU-Bürger schätzen ihre Nachbarländer desto mehr als europäisch ein, je mehr sie über sie erfahren. Das konnten wir am Beispiel der Ukraine sehen. Durch die Orangene Revolution ist das Land näher an Europa herangerückt. Viele Westeuropäer hatten bisher keine Ahnung von der Ukraine, die vielen fremder war als die vom Urlaub und durch türkische Mitbürger bekannte Türkei. Darüber haben wir beim 129. Gesprächskreis in Lemberg wenige Wochen vor der ukrainischen Revolution gesprochen. Nun sehen viele die Ukraine mit ganz anderen Augen.

Es wäre auch falsch, die Grenzen Europas mit irgendwelchen historischen Grenzen gleichzusetzen, denn diese hat die Union zum Teil bereits überschritten.

Die Grenzen Europas kann man geografisch definieren, politisch – etwa entsprechend der Mitgliedschaft im Europarat – oder kulturell. Bei der kulturellen Definition überlagern sich sehr unterschiedliche historische Grenzen. Die Konflikte auf dem Balkan Anfang der neunziger Jahre brachen entlang ganz alter Linien aus: zwischen Habsburg und dem Osmanischen Reich oder auch zwischen den katholisch beziehungsweise protestantisch geprägten Ländern und der orthodoxen Welt. Solche Prägungen reichen offenbar sehr viel tiefer, als wir es im Westen lange Zeit wahrhaben wollten.

Die Grenzen der EU stimmen mit keiner dieser Grenzziehungen vollständig überein. Sie bestimmen sich nach klaren Kriterien, zu denen nicht nur die Erfüllung bestimmter Vorgaben durch Beitrittskandidaten gehört, sondern auch die Aufnahmefähigkeit der Union.

Selbstverständlich sind die politischen Grenzen der EU nicht identisch mit dem historischen Europa; überhaupt fällt die Nomenklatur der nationalstaatlichen Territorien nicht zusammen mit den Grenzen Europas. Eine Stadt wie Istanbul ist zweifellos eine europäische Metropole, doch das macht die Türkei noch nicht zu einem europäischen Staat.

Ich stimme Ihnen zu: Istanbul mag ja eine europäische Metropole sein, aber der Rest der Türkei wird von anderen Traditionen geprägt. Schon die Hauptstadt Ankara ist viel weniger europäisch und viel mehr asiatisch und islamisch.

Lassen Sie mich noch eines zu den Grenzen Europas hinzufügen. Schon jetzt ist die Europäisierung über Grenzen hinaus viel weiter, als die kühnsten Strategen es sich ausdenken. Ich möchte den anwesenden Politikern empfehlen, ab und zu einmal nicht nach Brüssel zu fahren, sondern an den Zentralen Omnibus-Bahnhof am Berliner Funkturm. Dort sieht man auf den ersten Blick die großen Pendelbewegungen zwischen Berlin und Minsk, Kaliningrad, Moskau oder Saratow. Linien wie Euroline oder Easy-Jet haben einen vitalen Pendeltourismus zum Beispiel zwischen Odessa und Wien ausgelöst. Es ist schon längst eine grenzüberschreitende Migration in großem Ausmaß in Gang gekommen, die ich für sehr positiv halte. Die Shopping-Touristen, die hunderttausenden Ameisenhändler, die in den 1990er Jahren etwa von Saratow nach Istanbul gefahren sind, haben in kritischen Zeiten eine wirtschaftlich und damit sozial enorm stabilisierende Wirkung gehabt. Europas Bürger warten nicht, bis neue Visa-Regelungen verabschiedet werden.

Brok

Die Grenzen der EU hängen auch von ihrer Aufnahmefähigkeit ab

Schlögel

Chizhov

Istanbul mag europäisch sein, aber schon Ankara ist asiatisch und islamisch geprägt

Schlögel

Die Russen sind bereits in Europa,
genau wie die Türken.

Hill



Durch Migranten und Touristen
lösen sich die Grenzen in Eurasien auf

Ich möchte die Planer der EU ermutigen, Europe on the ground – und das ist Europe on the move – nicht ganz zu vergessen, wenn sie im Rahmen von Aktionsplänen über Grenzen nachdenken. Schon allein wenn sie den Bürgern helfen, die bestehenden Reisemöglichkeiten unserer Zeit auszunutzen, werden sich die Grenzen in Eurasien ganz von selbst weiter auflösen. Wieso können wir immer noch nicht direkt von Berlin nach Lemberg fliegen? Warum muss ich sechs Wochen auf ein Visum warten, um einen Kollegen in Kasan zu besuchen? Dies ist ein Skandal.

Hill

In der Tat werden die Grenzen Europas durch die Mobilität auf der Graswurzel-Ebene bestimmt. Grenzen verändern sich dadurch, dass Menschen sich ungeachtet politischer Grenzen bewegen, sei es legal oder illegal. Sie verändern sich durch Arbeiter, Händler und nicht zuletzt durch Touristen. Die Menschen stimmen sozusagen mit ihren Füßen ab. Ich war verblüfft, in Berlin diese Unmenge an russischen Touristen zu sehen und überall Russisch zu hören. Richtig, die Russen sind bereits in Europa, genau wie die Türken. Europa ist bereits durcheinander gemischt, und einige interne Grenzen wecken schon die Vorstellung eines ausgedehnteren Europas.

Himmelreich

Erfolgreiche Integration ist nur möglich,
wenn die Migranten integrationswillig sind ...

Erlauben Sie mir eine skeptische Zwischenbemerkung. Natürlich ist die Vorstellung intellektuell faszinierend, dass wir auf Grund von objektiv stattfindenden Migrationen etwa russischer oder türkischer Bürger nach Berlin schon jetzt faktisch eine europäische Integration weit über die Grenzen der EU hinaus hätten. Zu einer Integration gehört jedoch mehr als eine tatsächlich stattfindende Wanderungsbewegung: Für eine echte Integration bedarf es – und dies erscheint mir noch entscheidender zu sein – vor allem der Integrationswilligkeit der Migranten, also des Willens der Einwanderer, sich in fremde kulturelle, rechtliche und soziale Umfelder einzufinden und zumindest deren Grundregeln zu akzeptieren, und am Ende auch der Aufnahmebereitschaft der Bürger, in deren Umfeld die Migranten sich niederlassen. Es ist deswegen zu fragen, wie sehr dieser Migrationsprozess von ausländischen Bevölkerungsgruppen nach Deutschland auch von ihrer inneren Bereitschaft begleitet wird, Grundregeln der für sie fremden Kultur anzunehmen. Ich sehe manche Bevölkerungsgruppen in Berlin, die Schwierigkeiten haben, die für ein friedliches Zusammenleben unverzichtbaren Grundregeln unserer Verfassung zu akzeptieren, wie z. B. die Gleichheit von Mann und Frau. Auch trägt nicht jeder Einwanderer nach Deutschland automatisch zu einer Europäisierung seiner Heimat bei, nur weil er tatsächlich hier lebt. Das hängt eben davon ab, wie bereit

er war, sich zu integrieren. Dafür gibt es unzählige Beispiele, aber es gibt eben auch Gegenbeispiele. Die Betrachtung alleine auf den objektiven Tatbestand der Migration abzustellen, wie Sie, verehrter Prof. Schlögel, das tun, blendet daher ein wesentliches Element jedes Integrationsprozesses aus, eben den der subjektiven, bewussten Integrationsbereitschaft des Migranten, und beschreibt die Wirklichkeit nur unvollständig.

Auch ich möchte zur Vorsicht mahnen. Es ist natürlich großartig, dass Menschen die Möglichkeit, sich in ihrem Alltag frei innerhalb Europas zu bewegen, so bereitwillig annehmen, sei es als Touristen oder Arbeitskräfte. Ich möchte aber daran erinnern, dass Arbeitsmobilität zum Problem werden kann, wenn die Menschen aufgrund ausländischer Wettbewerber um ihre Arbeitsplätze fürchten. Pawel, der polnische Klempner, der Mann, der französischen Klempnern die Arbeit wegnimmt, weil er einen niedrigeren Lohn akzeptiert, war vielleicht die einflussreichste Figur in der Kampagne gegen die Europäische Verfassung. Mobilität ist positiv, aber Europa braucht eine starke Wirtschaft, um all die mobilen Menschen aufnehmen zu können.

Nachdem Sie sich grundsätzlich so positiv über die Chancen der Mobilität geäußert haben, Herr Byers, möchte ich Sie einladen, durch einen Beitritt Großbritanniens zum Schengen-Vertrag auch die Voraussetzungen für Mobilität innerhalb der EU zu schaffen.

Wir sollten bei der Frage nach den Grenzen Europas einen funktionalen Grenz-begriff verwenden, der sich danach richtet, welchen Aspekt Europas wir gerade im Blick haben. Das, was wir im politischen Leben Europa nennen, besteht aus Schnittmengen, die sich nur zum Teil decken.

Die OSZE etwa, die frühere KSZE, verkörpert einen zutiefst europäischen Ansatz aus den frühen siebziger Jahren. Damals schufen die Europäer im Bewusstsein, dass es nie wieder Krieg geben dürfe, einen Raum für Gestaltungsmöglichkeiten – etwas, was in Asien oder Afrika bisher nicht geschehen ist. Daneben gibt es die Europäische Gemeinschaft, die ebenso wenig deckungsgleich mit der OSZE ist wie der Europarat. Die Gemeinsamkeit aller Ansätze besteht im europäischen Denken, das eng mit Demokratie und Menschenrechten verbunden ist.

Vor allem einen Fehler sollten wir in der Diskussion über die Grenzen Europas vermeiden: dass wir das eine mit dem anderen vermischen. Wir müssen

Byers

... und wenn die Wirtschaft stark genug ist, um Migranten aufzunehmen

Brok

von Studnitz

Europa besteht aus Schnittmengen, die sich nur zum Teil decken ...

... wie der OSZE, dem Europarat oder der EU

uns darüber klar sein, was die verschiedenen europäischen Institutionen leisten können und wie ihr Selbstverständnis aussieht. Bei der OSZE ist der gemeinsame Nenner vergleichsweise gering, bei der Europäischen Union vergleichsweise groß: Wer ihn nicht akzeptiert, kann ihr nicht beitreten. Das könnte zum Beispiel das Problem der Türkei werden.

Thumann

So unklar die Grenzen Europas sind ...

Der Begriff Europas ist so schillernd, wie die Grenzen des Kontinents undeutlich sind. Wo Europa endet, ob am Ural, am Bosphorus oder an der irakischen Grenze, bleibt auch nach längeren historischen und kulturellen Erörterungen offen. Ebenso wenig sicher kann man sagen, ob die Ukraine, Russland oder die Türkei zu Europa gehören. Am Ende bleibt es eine politische Entscheidung im Einzelfall.

... so klar sind die Beitrittskriterien der EU

Glücklicherweise hat die EU für einen Beitritt aber ein eindeutiges Kriterium: das Recht. Alle Staaten, die der Rechtsgemeinschaft angehören möchten, müssen sich den *acquis communautaire* aneignen. Das gilt auch nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden und der sie begleitenden antieuropäischen Rhetorik.

Russland macht bisher nicht den Eindruck, als wolle es sich den Rechtsbestand der EU aneignen. Allerdings ist das Land bisher von europäischer Seite auch nicht dazu eingeladen worden.

Rogozin

Diskussionen über die geografischen
Grenzen Europas sind nutzlos

Seit ich Politiker bin, erlebe ich Diskussionen darüber, ob und in welcher Weise Russland ein Teil Europas ist oder nicht und wo die Grenzen liegen. Die Nutzlosigkeit dieser abstrakten geografischen Diskussionen zeigt sich zum Beispiel darin, dass regelmäßig jemand mit bedeutungsschwangerer Miene das Diktum de Gaulles von einem »Europa vom Atlantik bis zum Ural« zitiert. Ich verstehe bis heute nicht, was dieser schöne Ausspruch eigentlich bedeuten soll. Soll Russland das Gebiet hinter dem Ural abtrennen und an China abtreten?

Ist Russland europäisch im
politischen und kulturellen Sinn?

Was die politisch-kulturelle Dimension angeht, so halte ich Russland zweifellos für europäisch, und zwar ist es Europas radikale Ausprägung. Jede europäische Idee wurde in Russland zum Axiom. Die europäische Monarchie wurde zur absoluten Monarchie des russischen Zarentums, die europäischen sozialistischen Ideen wurden zum Versuch, durch eine Revolution mit Kollektivierungen, Verfolgungen und unzähligen Todesopfern den Kommunismus zu errichten, und selbst der Kapitalismus nimmt in Russland seine radikalste Form an als brutaler und unkontrollierter Oligarchen-Kapitalismus. Russland führt die europäischen Ideen mit schöner Regelmäßigkeit durch Radikalisierung ad absurdum.



Angesichts dieser komplexen Debatte möchte ich nur sagen, dass wir Amerikaner die Frage der europäischen Grenzen den Europäern überlassen. Das müssen wirklich Sie entscheiden.

Die Krise der EU

Wichtiger als die immer wieder gestellte und letztlich nicht befriedigend zu beantwortende Frage nach den Grenzen der EU ist der Zustand der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Politik existiert bisher kaum und wurde auch vom Verfassungsentwurf nur zart berührt, aber nicht substantiell gefördert. Ihr Gelingen ist aber eine Existenzfrage der EU, und nur über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik werden wir eines Tages auch eine Antwort auf die Frage nach den Grenzen Europas finden.

Die EU hat gegenüber der Ukraine eine gemeinsame Außenpolitik betrieben, und sie muss dasselbe gegenüber der Türkei tun. Wir Europäer sind von anderthalb Milliarden Muslimen umgeben, nicht die Amerikaner. Darum müssen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass es zu einer Modernisierung in unserer muslimischen Nachbarschaft kommt. Das ist zunächst eine Herausforderung an unsere gemeinsame Außenpolitik. Die Konsequenzen für spätere Grenzfragen sollten wir zunächst offen lassen. Eine weitere Aufgabe der gemeinsamen Außenpolitik ist der westliche Balkan. Wir müssen endlich begreifen, dass Nichtstun für uns auf die Dauer viel teurer wird als der Entschluss, diese Länder langfristig zu fördern und ihnen eine Perspektive zu geben. Das Wegschauen ist nur auf den ersten Blick bequemer. Schließlich können wir nicht darauf warten, dass auch in diesem oder im nächsten Jahrzehnt die Amerikaner noch einmal intervenieren, um stellvertretend für uns auf dem Balkan für ein Mindestmaß an Frieden und Menschenrechten zu sorgen.

Wir sollten uns nicht nur deshalb an die Bewältigung der zahllosen Aufgaben einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen, weil uns das in der Frage der Grenzen Europas weiter bringt als abstrakte Diskussionen. Wir müssen es auch deshalb tun, weil wir nur so ein angemessenes standing gegenüber den USA erwerben. Das transatlantische Verhältnis ist nur dann langfristig gesichert, wenn die USA die EU als selbstständigen, einigen, loyalen Partner begreifen und nicht als ein Konglomerat mehr oder weniger williger Staaten, die man gegeneinander ausspielen kann. Selbst die Briten machen immer wieder die Erfahrung, dass ihr Einfluss in Amerika umso größer ist, je stärker sie eine wirklich euro-

Warlick

von Weizsäcker

Die EU braucht eine gemeinsame Außenpolitik ...

... etwa gegenüber der Türkei oder dem Balkan

Nur eine außenpolitisch starke EU wird von den USA ernst genommen

Wenn wir unsere nationalen Egoismen
nicht überwinden, wird die EU
nie eine leistungsfähige politische Einheit
im Spiel der Weltmächte sein.

von Studnitz



päische Politik betreiben. Damit die britische Stimme weiterhin in Washington gehört wird, ist es unerlässlich, dass die Briten mehr zum Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beitragen. Es ist sehr zu begrüßen, dass sich Tony Blair zuletzt in diesem Sinne geäußert hat.

Immerhin haben wir ja schon erfahren, dass die Amerikaner neuerdings die europäische Erweiterungspolitik als Soft Power zur Ergänzung ihrer Hard Power schätzen. Allerdings ignorieren sie die möglichen Folgen für die EU, wenn sie fordern, wir sollten nicht nur die Türkei, sondern auch Georgien, Israel und andere Staaten, die auf der weltpolitischen Agenda der USA stehen, aufnehmen. Auch hier ist es dringend erforderlich, dass die EU eine gemeinsame Position findet.

Chizhov

Die gemeinsame Außenpolitik kann die
Basis für eine Vertiefung der europäischen
Integration sein

Eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte heute eine ebenso wirkungsvolle pragmatische Basis für eine weitere Integration Europas sein, wie es die Verhinderung eines Krieges durch die supranationale Kontrolle von Kohle und Stahl am Anfang der EU war.

von Studnitz

Europa muss zum Einsatz von Gewalt
in der Lage sein, wenn dies nötig ist

Wenn es uns in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht gelingt, einen größeren gemeinsamen Nenner zu definieren als bisher, fallen wir wieder auf das Niveau selbstständig handelnder Nationalstaaten zurück. Wenn es uns nicht gelingt, unsere nationalen Egoismen zu überwinden, wird die Europäische Union nie eine leistungsfähige politische Einheit im Spiel der Weltmächte sein können.

Ein zweiter Aspekt: Das Versagen Europas, beispielsweise in der Jugoslawien-Krise, hing wesentlich damit zusammen, dass die Europäer sich nicht auf die Anwendung von Gewalt einigen konnten. Daraufhin wandten sie sich an die Amerikaner mit der Bitte um Intervention. Das war im Grunde genommen ein Offenbarungseid, denn Soft Power ohne Hard Power, carrots ohne sticks, das greift letztlich immer zu kurz. Hier liegen noch etliche Aufgaben vor Europa.

Karaganov

Erlauben Sie mir eine ganz pessimistische Prognose: Die EU wird durch die Suche nach einer neuen Identität zumindest auf die nächsten fünf Jahre von ihrem Ziel abgelenkt werden, sich stärker als außenpolitische Macht zu etablieren.

Himmelreich

Trotz der Krise muss die EU ihre außen-
politische Handlungsfähigkeit stärken

Gerade das darf nicht passieren: Die EU darf nach der Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit nicht verlieren. Die außenpolitischen Herausforderungen, die von außen an die EU herantreten, warten nicht darauf, ob oder bis die EU handlungsfähig ist. Auf der

gegenwärtigen Grundlage des Nizza-Vertrages, der einstimmige Entscheidungen der EU von 25 Mitgliedstaaten verlangt, ist die Entscheidungsfindung innerhalb der EU äußerst schwierig und birgt die Gefahr in sich, dass die EU ihre Handlungsfähigkeit in wichtigen außenpolitischen Fragen verliert. Keinesfalls dürfen die einzelnen Mitgliedstaaten der EU sich so sehr in eine innereuropäische Debatte verstricken, dass sie die anstehenden außenpolitischen Herausforderungen an die EU vernachlässigen. Deshalb sollten auf alle Fälle die wenigen institutionellen Elemente des Verfassungsvertrages gerettet werden, wie die Frage der Stimmengewichtung bei EU-Ratsentscheidungen sowie ein für einen längeren Zeitraum gewählter EU-Präsident und ein europäischer Außenminister. Sicherlich haben wir damit nicht automatisch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, aber die Voraussetzungen dafür wären zumindest verbessert.

Erfreulicherweise gibt es in der derzeitigen Krise einen Konsens, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht zu gefährden. Wir brauchen sie dringend, damit die Europäische Union mitsamt ihren neuen Mitgliedern als globaler Akteur ernst genommen wird und Russland ein starker Partner sein kann. Ich finde es gar nicht so verwunderlich, dass Europa in den 1990er Jahren keine glänzende außenpolitische Rolle gespielt hat, denn nach dem Ende des Kalten Krieges bestanden plötzlich ungeahnte politische Spielräume, eben auch für Fehler. Wir müssen allerdings aus diesen Fehlern lernen. Glücklicherweise können wir diesen Bereich intergouvernementaler Zusammenarbeit weiterentwickeln, ohne dass vorher die Verfassung in Kraft treten muss.

Dass in Europa derzeit vieles in Bewegung ist, bietet uns eine günstige Gelegenheit, unsere gemeinsame Außenpolitik voranzubringen. Wir haben die Chance, unsere Prioritäten neu zu durchdenken und die Außenbeziehungen der EU entsprechend zu gestalten, etwa die Beziehung zu Russland.

Stephen Byers optimistischen Ausblick auf ein Europa der Nationalstaaten, das seine Beziehung mit Russland weiterentwickelt, kann ich nur auf einer sehr hohen Abstraktionsebene teilen. Betrachtet man die gegenwärtige Praxis der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der ESVP, dann zeigt sich: Europa ist durch fehlende institutionelle Kohärenz in seiner Handlungsfähigkeit ernsthaft eingeschränkt. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Vor einiger Zeit war ich zu Besuch in Mazedonien. In diesem kleinen Land traf ich an einem Tag sieben

Reiter

Auch ohne Verfassung kann die EU ihre Außenpolitik weiterentwickeln

Byers

Die Krise der EU erlaubt eine Neugestaltung der Beziehungen zu Russland

Brandenburg

Nein, institutionelle Mängel schränken Europas Handlungsfähigkeit ein!

Wir müssen Europa außenpolitisch
handlungsfähiger machen.

Brandenburg



verschiedene Inkarnationen der Europäischen Union, die ohne erkennbare Koordinierung nebeneinanderher arbeiteten. Vom EU-Sonderbeauftragten über die örtliche Präsidentschaft, die Kommissionsvertretung, die Wiederaufbauagentur, die EU-Beobachtermission bis hin zur Polizeimission »Proxima«. Wir möchten und wir müssen Europa außenpolitisch handlungsfähiger machen. Nur so kann die EU die politische Verantwortung wahrnehmen, die sie als enorme wirtschaftliche Macht mit 450 Millionen Einwohnern und einem Drittel des weltweiten Bruttosozialprodukts nun einmal hat. Dies ist ein wichtiges Ziel des Verfassungsvertrags. Ein institutionell geschwächtes Europa ist kein besserer, kein leichterer Partner: Das wissen auch unsere Kollegen in Moskau.

Gebetsroithner

Ob mit oder ohne Außenminister,
die EU kann nur tun, was der Rat beschließt

Natürlich brauchen wir eine schlagkräftigere institutionelle Struktur. Aber ich möchte die Kritik an der EU-Außenpolitik, ob sie nun allgemein gehalten ist oder sich auf unser Vorgehen gegenüber bestimmten Ländern richtet, einmal an die richtigen Adressaten weitergeben. Die Außenpolitik der EU ist diejenige, die die Mitgliedstaaten im Ministerrat beschließen.

In diesem Zusammenhang kommt mir auch das Lamento, dass durch das Scheitern der Verfassung und damit des Plans eines europäischen Außenministers die Entwicklung der Außenpolitik gehemmt werde, ein wenig wie Krokodilstränen vor. Der gemeinsame Außenminister würde immer noch dem Rat der 25 verschiedenen Außenminister mit ihren 25 verschiedenen Konzeptionen und Sonderbeziehungen vorsitzen. Auch der Außenminister könnte nur das vollziehen, worauf sich der Rat einigen konnte.

Schäuble

Wir brauchen eine Kombination der Außen-
politiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten

Selbstverständlich ist europäische Außenpolitik nicht nur die Außenpolitik der Gemeinschaft, so sehr das manche in Brüssel vielleicht begrüßen würden, und sie wird das auch nie sein. Eine vernünftige EU-Außenpolitik kombiniert die Außenpolitik der Mitgliedstaaten mit derjenigen der EU, ob kommunitär oder intergouvernemental, ist dabei nicht entscheidend. Macht man es richtig, ist eine solche Kombination hinreichend flexibel und sie funktioniert gut, wie zum Beispiel in den Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm, wo wichtige europäische Staaten gemeinsam und in Absprache mit der Europäischen Kommission die Interessen aller wahrnehmen. Auch gegenüber der Ukraine konnten wir eine durchaus erfolgreiche gemeinsame Außenpolitik der Europäer beobachten. Integrierte Außenpolitik bedeutet auch, dass europäische Einigung und atlantische Partnerschaft nicht in Konkurrenz geraten dürfen. Wer immer –



das gilt auch für unsere französischen Freunde – die europäische Einigung als Alternative zu atlantischer Gemeinsamkeit versteht, der wird Europa am Ende nur spalten.

Brüssel möchte nicht die gemeinsame Außenpolitik monopolisieren; wir möchten nur, dass die Mitgliedstaaten ihre bilateralen Beziehungen kohärent und im Sinne einer gemeinsamen Politik gestalten.

Ich kann mir vorstellen, dass Russlands strategische Sicht von Außenpolitik Europa bei der Formulierung einer gemeinsamen Außenpolitik nützlich sein könnte. Russland ist notwendigerweise ein Land des strategischen Denkens, denn anders könnte es – umgeben von zahlreichen Nachbarn – überhaupt nicht existieren.

So könnte die EU etwa ihre Erweiterungspolitik primär an sicherheitspolitischen Erwägungen orientieren. Die Frage der Türkei-Mitgliedschaft würde sich damit unter einem neuen Blickwinkel darstellen: Danach müsste die Türkei noch lange auf ihren Beitritt warten, weil ihre NATO-Mitgliedschaft die Sicherheit gewährleistet. Bezieht man allerdings die Möglichkeit eines Militärputsches ein, müsste die Türkei schneller als zum Beispiel die Ukraine und andere Länder Osteuropas aufgenommen werden.

Ich stimme zu, dass es der EU an strategischer Planung mangelt. Das rührt zum Teil daher, dass die EU sich bei der Auseinandersetzung mit Sicherheitsfragen hauptsächlich außerhalb ihres eigenen Territoriums bewegt. Die russische Strategie dagegen basiert immer noch auf territorialer Integrität, und es gibt gute Gründe, diese Sichtweise für veraltet zu halten. Ich bin nicht sicher, wer von wem lernen sollte, aber wir brauchen definitiv einen Dialog, um diese unterschiedlichen Konzepte strategischen Denkens in Einklang zu bringen.

Die Krise der europäischen Außenpolitik ist, so denken viele, Teil einer größeren Krise der EU. Ich wünsche mir ein EU-russisches Gespräch über diese Krise der EU: Ist sie eine fundamentale Krise oder eine der vielen Atempausen auf dem Weg der europäischen Integration? Wodurch wurde die Krise ausgelöst, wird die Union sie überwinden und wie, oder wenn nicht – was wird aus der EU?

Die EU befindet sich zweifellos in einer fundamentalen Krise, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Sie hat ihre Ziele aus den Augen verloren und ist gleichzeitig

Gebetsroithner

Kobrinskaja

Russlands strategisches Denken kann ein Vorbild für die EU-Außenpolitik sein

Gomart

Russlands Denken beruht auf territorialer Integrität

Eichwede

Rogozin

Die EU ist in der Krise ...

mit der Erweiterung überfordert und mit einem stockenden Verfassungsprozess konfrontiert.

Byers

... deshalb ist die britische Initiative für eine Neuorientierung so wichtig

Nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und Holland ist die EU unbestreitbar in einer Krise. Im Nahen Osten gibt es das Sprichwort: »Wenn der Ofen heiß ist, kommen viele Köche in die Küche.« Der Ofen der EU ist momentan kalt, um nicht zu sagen frostig, und in der Küche ist kein einziger Koch mehr. Darum brauchen wir Staatsmänner, die einen neuen Pfad in die Zukunft aufzeigen, wie Tony Blair es am 23. Juni in seiner Rede im Europäischen Parlament getan hat: Wir müssen ein Europa schaffen, das den globalen Herausforderungen gewachsen ist.

Europas Bürger fürchten um ihre nationale Identität

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts waren den europäischen Bürgern die Ziele der EU relativ klar. Ich bezweifle aber, ob wir schon das Ziel der EU der 25 bestimmt haben. Die Referenden in Frankreich und Holland zeigen, dass die Menschen in Europa über dieses Ziel nicht sicher sind und dass sie der aktuellen Entwicklung der EU skeptisch gegenüberstehen. Im Vorfeld der Abstimmungen wurde nicht nur über Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Reformbedarf debattiert, sondern auch über nationale Identität und Kultur. Viele Bürger Frankreichs und Hollands – wie auch viele in Großbritannien – sahen ihre nationale Identität bedroht. Die Menschen in Europa wollen keine engere politische Union in Europa, sondern einen Ausbau der Beziehungen der EU zu Ländern, mit denen Europa historisch verbunden ist. Wenn die Union ihre Krise überwinden will, sollte sie ihre Verbindungen zu Staaten wie Russland und der Ukraine stärken.

Brok

Die Briten irren sich ...

Herr Byers, Sie haben eine Neudefinition der EU nach 50 Jahren gefordert und eine solche Definition vorgeschlagen. Doch eigentlich haben Sie, in schönen Worten und unter dem Banner des Neuen, nur die Definition wiederholt, die der britische Delegierte 1955 vortrug, bevor er aus der Konferenz von Messina auszog.

... wenn sie meinen, die EU könne ohne weitere Integration ihre Aufgaben bewältigen

Die Antwort heute kann nicht anders sein als damals: So verführerisch es sein mag, es wäre widersinnig, eine Vertiefung der institutionellen Integration abzulehnen mit dem Hinweis auf die politischen Herausforderungen der EU. Je größer die Herausforderungen, desto mehr institutionelle Schlagkraft und institutionelle Kompetenzen brauchen wir. Wer keine Zuständigkeit für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat, kann sie auch nicht bekämpfen, und ohne effiziente Entscheidungsmechanismen kann man keine erfolgreiche Politik machen. Institutionelle Fortentwicklung ist kein Hindernis, sondern die Bedingung für die Bewältigung unserer Herausforderungen, erst recht in einer EU der 25. Wenn Tony Blair we-



niger Integration für die EU der 25 fordert, fordert er das Ende des politischen Projekts EU, auch wenn er das Gegenteil behauptet.

Mir scheint zudem, dass Sie derselben Versuchung erliegen wie derzeit viele andere: die Referenden in Frankreich und den Niederlanden als Bestätigung dessen zu interpretieren, was man sowieso immer schon einmal sagen wollte. Lassen Sie mich zum Beweis einmal genau umgekehrt argumentieren: Frankreich hat nicht gegen, sondern für eine stärkere Sozialunion gestimmt, gegen ein Europa als Agent der Globalisierung und für ein Europa, das vor den Auswirkungen der Globalisierung schützt, also für ein starkes und politisch und wirtschaftlich integriertes Europa. Ob man diese Ansichten teilt oder nicht, man kann das Votum der Franzosen mit mindestens derselben Berechtigung als Forderung nach mehr Vertiefung anführen, wie Sie es als Protest dagegen interpretiert haben.

Frankreich hat mit seiner Abstimmung auch nicht für, sondern gegen mehr Erweiterung protestiert. Darum sollten wir nicht noch mehr Länder aus Osteuropa aufnehmen oder die Türkei – deren Beitrittsperspektive war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Es ist uns nicht gelungen, unseren Bürgern die politischen Vorteile der Erweiterung zu vermitteln.

Ich vermute, die Franzosen und Niederländer wollten mit ihren negativen Voten weniger die Verfassung als solche ablehnen, als ihrer Unzufriedenheit über die Erweiterung des Jahres 2004 Ausdruck verleihen. Kein Land der EU hat im letzten Jahr ein Referendum zur Erweiterung durchgeführt. Stattdessen sollten die Bürger jetzt über einen Text abstimmen, den niemand wirklich gelesen hat – und es ist nicht erstaunlich, dass viele diesen Text abgelehnt haben.

Ich denke, am negativen Ausgang der Verfassungsreferenden war weniger die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedsländer schuld, denn die haben sich sehr gut eingefügt. Problematisch war und bleibt die Türkeifrage. Über diese Frage haben wir aber leider nie offen diskutiert; es blieb immer ein Elitenprojekt, und niemand hat sich bemüht, den Bürgern der EU die möglichen Vorteile eines Beitritts nahe zu bringen.

Ich bin auch der Meinung, dass die EU-Erweiterung den Bürgern nicht genügend erläutert wurde, und das Thema Türkei spielte zweifellos eine wichtige Rolle bei den Referenden. Aber das negative Referendum in Frankreich war auch innenpolitischen Problemen geschuldet – das so genannte »französische Modell« mit

Jeder interpretiert die gescheiterten Referenden als Bestätigung seiner Position

Chizhov

Die Bürger der EU haben in den Referenden gegen die Erweiterung von 2004 protestiert

Gebetsroithner

Nein, sie haben sich gegen die Aufnahme der Türkei gewandt

Gomart

Ein noch wichtigeres Motiv für die Franzosen war der Protest gegen Chirac

Die europäische Bürokratie ist
noch viel schlimmer als die russische.

Rogozin



10% Arbeitslosigkeit und einem sehr interventionistischen Staat – sowie der Tatsache, dass Präsident Chirac mehrere Wahlen verloren hatte, ohne dass das wirkliche politische Veränderungen zur Folge gehabt hätte.

Rogozin

Die Bürger haben gegen die
Bürokratie der EU protestiert

Ich sehe den Ausgang des Referendums in Frankreich als Protest gegen die Bürokratisierung der EU. Obwohl die Menschen keineswegs grundsätzlich gegen ein vereintes Europas sind, wird die EU immer wieder in die Sackgasse geraten, wenn sie nicht mit den Bürgern, Wählern und Steuerzahlern in einer für sie verständlichen Sprache sprechen lernt und ihnen nachvollziehbare Werte vermittelt (das gilt übrigens erst recht für die Gewinnung der Bürger Russlands).

Die europäische Bürokratie ist noch um ein Vielfaches schlimmer als die russische. Die russische ist schon unbeschreiblich grauenhaft, doch Brüssel zeigt uns Tag für Tag, wie auf keinen Fall gearbeitet werden darf. Herr Brok, Sie bestätigen sicher meine Erfahrungen in Brüssel aus meiner Zeit als Beauftragter für Kaliningrad: Diese Bürokratie ist nicht nur zu groß, sondern auch noch in sich uneinheitlich. Die Kommissare sitzen nicht nur in verschiedenen Gebäuden verstreut, sondern jeder von ihnen agiert für sich in seiner kleinen Welt und kommt mit keinem anderen Kommissar in Berührung. Man kann nur daran verzweifeln, wie in der Europäischen Kommission Entscheidungen zustande kommen.

Das diplomatische Kauderwelsch der EU
ist für Normalmensen unverständlich

Ein Indiz für die Wirklichkeitsferne der Brüsseler ist ihre Sprache, ein schreckliches diplomatisches Kauderwelsch, das der Durchschnittsbürger nicht besser versteht als zum Beispiel die Vogelsprache. In einem Dokument wird etwa die Forderung aufgestellt, »die Modalitäten des Dialogformats zu nuancieren«. Ja was soll denn das heißen? Wie können Modalitäten nuanciert werden? Oder nehmen wir die vier gemeinsamen Räume, die Herr Chizhov in seiner Position als stellvertretender Außenminister mit der EU vereinbart hat. Der durchschnittliche Europäer verliert sich doch in diesen vier Räumen – er kann sich ja nicht einmal in einem Raum selbst finden. Und dann wird ihm auch noch irgendein Fahrplan zum gemeinsamen Raum in die Hand gedrückt, der ihn restlos verwirrt. Was das Volk dagegen versteht, ist die Sprache von Nationalisten wie Jean-Marie Le Pen. Dass Pawel, der polnische Klempner, bald dem einfachen Franzosen die Arbeit wegnehmen wird, das kann sich der Mann auf der Straße vorstellen.

Eichwede

Herr Rogozin hat eindrücklich klargemacht, dass für ihn der Weg aus der Krise nur über eine rigorose Bekämpfung der EU-Bürokratie führt. Mich würde interessieren, welche Wege aus der Krise die anderen Teilnehmer sehen.

Herr Rogozin, ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie auf die europäische Bürokratie schimpfen. Wenn das Berlaymont sozusagen der Kreml der Europäischen Union ist, sollten Europäer und Russen gleichermaßen am Abbau der Bürokratie arbeiten.

Brok

Also mit Verlaub, die Bürokratie in Brüssel ist keine Erfindung der Kommission, sondern sie ist uns vom Gesetzgeber aufgedrängt worden, und das sind das Europäische Parlament und der Rat.

Gebetsroithner

Lassen wir das einmal dahingestellt. Ich möchte mich hier jedenfalls gegen eine Bürokratiekritik wenden, die ins Populistische abzugleiten droht:

Brok

Europas Eliten müssen auch weiterhin Ziele setzen und für diese werben

Natürlich muss Europa die Herzen der Menschen gewinnen. Wir sollten aber die gegenwärtige Krise der EU nicht in der Weise interpretieren, dass die Zukunft der Union direkt von Zeitgeist und gerade herrschenden Stimmungen ihrer Bürger bestimmt werden sollte. Es war gut so und sollte auch weiter so sein, dass in Europa Meinungsführer und Eliten Ziele setzen, für diese Ziele werben und die Menschen hinter diesen Zielen versammeln; wir dürfen nicht alles dem »Rausch der Dinge« und des Augenblicks überlassen.

Ich bezweifle, dass die Strategen und Eliten die Herren der europäischen Integration sind oder sein sollten. Sie reagieren eigentlich nur auf Integrationsprozesse, die ohnehin stattfinden; zumindest wäre es das Beste, wenn sie möglichst intelligent und rasch darauf reagierten.

Schlögel

Herr Brok, Sie haben Brüssel zu Recht gegen ungerechtfertigte Vorwürfe verteidigt, aber gleichzeitig das schöne Wort vom Berlaymont als dem Kreml Brüssels geprägt, und daran ist schon etwas. Wer lange genug im UNO-Komplex am New Yorker East River arbeitet, glaubt, das sei die Welt, und wer lange genug in Brüssel arbeitet, ist in Gefahr zu glauben, das sei Europa. Zumindest hat man als Besucher diesen Eindruck. Ich gebe Herrn Rogozin Recht in der Einschätzung, dass die Ablehnung der Verfassung in Frankreich und Holland auch ein Aufschrei gegen diese Selbsteinschätzung und -überschätzung der Brüsseler Beamten war.

Schäuble

Brüssel tendiert zur Abgehobenheit

Zumindest sollten die politischen Eliten nicht völlig die Verbindung zur Meinung ihrer Bürger verlieren. Ich fürchte aber, genau das haben sie getan, und Besserung ist nicht in Sicht.

Byers



Reiter
Wir müssen klären ...

Ich denke, zur Überwindung der Krise der EU müssen wir die europäische Solidarität für die EU der 25 neu definieren, sowohl im finanziellen als auch im politischen Sinne. Außerdem müssen die Entscheidungsträger und die Bürger sich darüber klar werden, wofür Europa zuständig sein soll.

Gebetsroithner
... wer in der EU für was zuständig ist

Die Diskussion um Zuständigkeiten müssen wir in der Tat endlich führen. Eine Vielzahl von Politikern fordert immer wieder entschlossen, die EU möge sich auf ihre Kernbereiche konzentrieren und sich im Übrigen aus nationalen Belangen heraushalten. Diese pauschale Forderung kann jeder Kritiker unterschreiben. Gehen wir aber ins Detail, zeigt sich, dass die Diskussion um die Kernbereiche leider nie ehrlich geführt wird. Ich würde es begrüßen, dass die Propagandisten der Beschränkung auf Kernbereiche sich einmal die Mühe machen zu sagen, welches sie für die Kernbereiche der EU halten.

Kobrinskaja

Zunächst sollte die EU – das gilt für Politiker und Bürokratie gleichermaßen – für sich klären, ob für eine Mitgliedschaft eher die so genannten europäischen Werte oder aber sicherheitspolitische Überlegungen ausschlaggebend sind. Erst wenn sie diese Entscheidung getroffen haben, können sie die europäische Idee auch den Wählern vermitteln.

Kann Russland der EU bei der Bewältigung ihrer Krise helfen? Ich denke schon. Lassen Sie mich drei Bereiche skizzieren. Erstens: Während Russland – bzw. die Sowjetunion – zur europäischen Integration früher sozusagen negativ beigetragen hat, weil die sowjetische Bedrohung einen Anreiz zur Einigung bot, meine ich, dass die Europäer gut beraten wären, in der Energie- und Verkehrspolitik eine gemeinsame Strategie gegenüber Russland zu entwickeln. Die russische Infrastruktur ist zum Beispiel für den europäischen Handel mit Asien von großer Bedeutung. Wenn die Europäer hier gezwungen sind, gegenüber Russland einheitlich vorzugehen, so unterstützt Russland erneut die europäische Integration, diesmal aber in positiver Weise.

Zweitens: Russland ist ein großes Land, das zweifellos der europäischen Zivilisation angehört und über eine jahrhundertealte Tradition des friedlichen Zusammenlebens von unterschiedlichen Kulturen und Religionen verfügt (Tschetschenien ist eine unrühmliche Ausnahme). Diese Tradition kann für Europa durchaus von Nutzen sein.

Drittens: Falls die EU-Mitgliedstaaten sich heute gegen eine Vertiefung der Integration entscheiden und stattdessen beschließen, wieder zu ihren national-

Von der russischen Chaoskompetenz können wir sehr viel lernen.

Schlögel



staatlichen Werten zurückzukehren, so können ihnen die russischen Erfahrungen dabei von großem Nutzen sein. Denn Russland baut zurzeit unter großen Anstrengungen einen Nationalstaat auf.

Meines Erachtens ist diese Krise der EU ein fernes Echo auf die Veränderungen in Europa insgesamt, auf die Transformation, die nicht nur Russland bewältigen muss, sondern die auch EU-Europa in Mitleidenschaft zieht.

Ich frage mich deshalb, was die alten EU-Länder davon lernen können, was in Russland und Osteuropa vor sich gegangen ist. Ich denke, zum einen können wir lernen, dass es möglich ist, in fast ausweglosen Situationen die Nerven zu behalten, und zum anderen, dass sich die Menschen selbst zu helfen wissen, wenn der Staat seine Autorität verspielt hat. Wenn man sich vor Augen führt, was in Russland seit Anfang der 1990er Jahre bewältigt wurde, besteht in Westeuropa wenig Anlass für hysterische Reaktionen. Von dieser Chaosresistenz und Chaoskompetenz können wir sehr viel lernen.

Wie sehen Sie die Zukunft der EU? Werden in zehn Jahren nur noch Rudimente bestehen, werden wir über die Erweiterungen Handlungsfähigkeit gewinnen oder verlieren? Wird das Europa der 25 oder der 27 nur eine Zone des Friedens sein oder mit einer Stimme reden können?

Ich halte es durchaus für möglich, dass die Europäische Union den britischen Weg beschreitet: ein Ende des Traums der Vereinigten Staaten von Europa, keine tiefere politische Integration, dafür eine Fortsetzung der Erweiterung.

Keinesfalls wird die Europäische Union sich in einen losen Verbund miteinander konkurrierender Nationalstaaten zurückverwandeln, weder unter der britischen Präsidentschaft noch in Zukunft.

Viele Russen und die russischen Medien kommentieren die Krise der EU entsprechend dem deutschen Sprichwort »Schadenfreude ist die schönste Freude« und verkünden schon die Rückkehr zu nationalen Währungen und das Ende der Union. Ich möchte von solchen Äußerungen abraten, nicht nur, weil sie schlechter Stil sind, sondern aus persönlicher Erfahrung: Nach dem Studium habe ich einen Artikel geschrieben, der voller Freude das Scheitern des Werner-Plans einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion begrüßte. Inzwischen ist angesichts

Schlögel

Die EU muss eine Transformation bewältigen ...

... dabei kann sie sich in manchem an Russland orientieren

Eichwede

Karaganov

Die EU wird ihre Integration nicht vertiefen

Reiter

Doch, die europäische Integration hört nicht auf ...

Grinberg

... sondern wird gestärkt aus dieser Krise hervorgehen



des Erfolgs der EU im zweiten Anlauf und angesichts des florierenden Euro nicht zu übersehen, dass ich mich damals geirrt habe.

Ich denke, die Europäische Union wird nicht auseinander brechen, im Gegenteil, sie wird ihre Position stärken. Vielleicht wird sich in den Ländern der Euro-Zone eine gewisse zentripetale Tendenz gegenüber den neuen Mitgliedsländern abzeichnen, aber die Euro-Zone wird weder zerfallen noch ihre gemeinsame Währung aufgeben. Dazu haben sie viel zu viel erreicht. Ich denke, insgesamt wird Brüssel auf die Dauer für Russland ein wichtigerer Ansprechpartner als Berlin werden.

Stolpe

Ich finde die Tatsache außerordentlich erfreulich, dass unsere russischen Freunde hier das europäische Dilemma miterleben und mit uns darüber sprechen – es ist bei diesem Bergedorfer Gesprächskreis wie in einer Großfamilie.

Russland unter Putin

Eichwede

Auch die russischen Verwandten in der europäischen Großfamilie haben hier ein Zuhause, aber mit eigenen Problemen. Herr Rogozin, wie steht es um die Russische Föderation?

Rogozin

Die russischen Präsidentenwahlen von 2008 werden von außerordentlicher Bedeutung sein. Seit 15 Jahren steht die russische Führung politisch rechts, und trotz neuer Namen und Gesichter folgt die Entwicklung Russlands immer noch dem Muster, das zu Beginn der 1990er Jahre vorgezeichnet wurde. Schon wenn 2007 die Wahl ihre Schatten vorauswirft, wird eine neue politische Ära beginnen.

Heute besteht das vorrangige Ziel der Politik Putins in der Verdopplung des Bruttoinlandsprodukts. Die russische Führung begreift nicht, dass 99 Prozent der russischen Bevölkerung gar nicht wissen, was sich hinter dem Begriff Bruttoinlandsprodukt verbirgt. Noch viel weniger können die meisten Bürger absehen, wie sich seine Verdoppelung auf ihr Leben auswirken wird.

Bislang haben der Präsident und die Regierung noch nicht einmal auf die einfachsten Fragen geantwortet: Welche Gesellschaft soll in Russland aufgebaut werden? Soll Russland eine soziale Marktwirtschaft oder ein kompromisslos liberales Wirtschaftssystem haben? Wie werden sich die Beziehungen zur EU, zu China und zu Amerika entwickeln; wer ist unser Freund, Verbündeter, Weggefährte, und wer ist unser Gegner?

Mit Russlands Präsidentenwahl 2008 wird eine neue politische Ära beginnen

Putin hat kein Konzept für die Wirtschaftsordnung und für die Außenpolitik Russlands ...

Auch in der Reaktion auf das Drama von Beslan erscheint das Handeln der Regierung unkoordiniert. Beslan hat die russische Führung in ihren Grundfesten erschüttert. Damals gestand Präsident Putin vor der ganzen Nation ein, dass Russland schwach sei, und er ergänzte zu Recht: Die Schwachen werden getreten. Aber was Putin tut, um angeblich Russland wieder stark zu machen, ist völlig unangemessen. Statt die alles durchdringende Korruption zu beseitigen, gegen die Vetternwirtschaft in der Politik vorzugehen und endlich eine Strategie für eine Beendigung des Tschetschenienkriegs zu entwickeln, setzt Putin institutionelle Reformen zur Stärkung des Präsidenten durch. Ist es ein Zeichen der Schwäche, dass Dumaabgeordnete per Direktmandat aus den Wahlkreisen entsandt werden, und wird Russland dadurch stark, dass wir stattdessen das Verhältniswahlrecht einführen? Wird Russland dadurch stark, dass die Gouverneure nicht mehr gewählt, sondern ernannt werden?

Das Verhalten Putins in der Jukos-Affäre ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar. Ich war und bin dagegen, dass Oligarchen an die Macht kommen, denn die Oligarchie als Herrschaft des illegal erworbenen Geldes gefährdet die soziale und industrielle Entwicklung meines Landes. Die Oligarchie ist eine verlogene und kriminelle Bourgeoisie, die auch Regierungsämter nur dazu nutzt, ihren Verwandten Möglichkeiten zur Bereicherung zu bieten. Die Jukos-Affäre aber ist kein mutiger Schritt zur Bekämpfung des Oligarchentums. Die Vorwürfe, die sich gegen Chodorkowski richteten, könnten auch jedem anderen Oligarchen gemacht werden, doch die anderen lässt der Kreml in Ruhe, weil sie die Regierungspartei finanzieren. Chodorkowski dagegen finanzierte die Jabloko-Partei und die Kommunisten. Weil meine Partei Rodina nie Geld von Jukos erhielt, erhebe ich in diesem Punkt einen gewissen Anspruch auf Objektivität. Chodorkowski musste schlicht als Sündenbock herhalten und als abschreckendes Beispiel für die Wirtschaft, damit niemand mehr auf den Gedanken kommt, eine Oppositionspartei zu unterstützen.

Auch im Bereich der Pressefreiheit, des Zugangs zu den Massenmedien, liegen die Dinge im Argen. Wer das Gegenteil behauptet, lügt. Ich selbst unterlag sieben Monate einer Blockade, die verhinderte, dass ich in irgendeiner Form meine Position in den Medien vertreten konnte. Nach wie vor wird das staatliche Fernsehen von so genannten Temniks bestimmt, Anweisungen der Präsidialverwaltung, was zu berichten sei, welche Experten zu Wort kommen dürfen und so weiter. Die Opposition kommt darum nur dann in den Medien zu Wort, wenn ihre Interessen mit denen der Regierung übereinstimmen. Jegliche Kritik an der Führung

... und seine Stärkung der Präsidialmacht hilft dem Land nicht

Die Justiz wird als politisches Instrument genutzt – Beispiel Chodorkowski ...

... und die Pressefreiheit besteht nur auf dem Papier

Russland erlebt eine Phase der Reaktion,
die alles Neue im Keim erstickt.

Rogozin



wird unterbunden, stattdessen diskreditieren die staatlichen Medien aufmüpfige Oppositionsparteien. Meine Partei Rodina wurde Opfer einer erniedrigenden Kampagne, nur weil sie konsequent die Sozialpolitik der Regierung kritisiert. Uns wurde Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus vorgeworfen. Es fehlte nur noch der Vorwurf des Antisemitismus. Rodina ist, das möchte ich darum betonen, gegen den anwachsenden ethnischen Nationalismus und Antisemitismus, denn das sind die Spaltpilze, die einen Vielvölkerstaat wie die Russische Föderation zerstören können.

Putins Entourage tut alles
für ihren Machterhalt

Manche sagen, Putin habe Russland Stabilität gebracht. Das Russland von heute erlebt aber nicht Stabilität, sondern Stagnation. Es erlebt eine Phase der Reaktion, die alles Neue, Sinnvolle und Aussichtsreiche im Keim erstickt. Der Grund dafür ist die Angst im Umfeld des russischen Präsidenten, die Macht zu verlieren. Ich glaube Putin, dass er nicht wieder antreten wird. Seine Entourage fürchtet nichts mehr, als sich für Korruption und Bereicherung vor dem Gesetz verantworten zu müssen. Deshalb tun diese Leute alles, um die Opposition mundtot zu machen und stattdessen eine Marionettenopposition zu bilden. Sie sind sogar bereit, die Kommunisten zu unterstützen, die sie durch ihre Finanzhilfe kontrollieren können.

Russlands Lage ist sehr ernst. Wir brauchen heute eine echte Opposition, die 2008 die Verantwortung übernehmen kann, um sich entschlossen den Krankheitsherden der Korruption und Vetternwirtschaft, des Tschetschenienkriegs und der außen- und innenpolitischen Orientierungslosigkeit zuzuwenden.

Kobrinskaja
Putin hat Erfolge ...

Putins vorrangiges Ziel ist nicht die Demokratisierung, sondern die Modernisierung Russlands. Durch den Beitritt zur WTO und die Zusammenarbeit mit anderen westlichen Institutionen will er westliche Standards durchsetzen, um so die russische Wirtschaft möglichst rasch zu modernisieren. Auch wenn man sich wünschen mag, dass die Demokratisierung rascher vorangehe, ist die Modernisierung doch tatsächlich dringend notwendig. Hier hat Putin einiges erreicht.

Generalov
... etwa bei der Modernisierung
der Wirtschaft

Auch in jüngster Zeit hat Präsident Putin durchaus begrüßenswerte politische Schritte unternommen. So hat er etwa angesichts der ukrainischen Verstaatlichungen die Verjährungsfrist für Privatisierungen verkürzt und damit die Diskussionen über die Legitimität der Privatisierungen in Russland beendet. Dafür ist ihm die russische Wirtschaft sehr dankbar.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn in der europäischen Berichterstattung über Russland auch das erwähnt würde, was trotz der Krise entsteht und wächst. Ich bin vor einem Monat auf der Baustelle von Moscow City herumgeklettert, die viermal so groß ist wie die am Potsdamer Platz in Berlin vor zehn Jahren. In Berlin sind damals Touristen aus ganz Europa in die rote Info-Box gestiegen und haben dieses Mammutprojekt bestaunt, und es wurde überall darüber berichtet. Aus Russland aber hören wir nur von Korruption und Autoritarismus, obwohl das Land trotz aller bedenklichen Tendenzen eine bemerkenswerte Dynamik entwickelt. Auch im Bereich der Wissenschaften kann man einen sozusagen anarchischen Umbau beobachten, der zum Teil herausragende Leistungen hervorbringt.

Schlögel

Herr Rogozin, Sie haben ein besonders drängendes Problem angesprochen, das auch Russlands Beziehungen zur EU und zu den USA belastet: den Tschetschenienkonflikt.

Eichwede

Die russische Administration hat keine Vorstellung, wie der Tschetschenienkrieg beendet werden kann. Gleichzeitig schwindet das Interesse an diesem Konflikt, die Bevölkerung ist der ständigen Katastrophennachrichten aus diesem Gebiet schlicht überdrüssig.

Rogozin

Für den Tschetschenienkonflikt hat Putin keine Lösung

Man kann davon ausgehen, dass es in Tschetschenien Absprachen zwischen dem Kreml und einem Teil der tschetschenischen Separatisten gibt, die es ihnen ermöglichen, legal aufzutreten und ihre Waffen zu behalten. Das wird jedoch die Lage in Tschetschenien nicht verbessern, denn nach wie vor werden Geiseln genommen und das für den Wiederaufbau Tschetscheniens bestimmte Geld fließt weiterhin in dunkle Kanäle. Die Blutrache ist zur populärsten Möglichkeit geworden, Probleme zu lösen. Mittlerweile ist in Tschetschenien eine ganze Generation herangewachsen, die nichts anderes kennt als Schützenpanzer, Säuberungen ganzer Dörfer, eine korrupte Elite und kompromittierte Islamgelehrte. Deshalb schließen sie sich der Terroristengruppe Dschamaat, den Islamisten und den Wahhabiten an. Der Kreml sieht dieser gefährlichen Entwicklung tatenlos zu und unterstützt die derzeitigen Machthaber in Tschetschenien.

Lassen Sie mich ganz offen sagen: Ich war seit 15 Jahren nicht im Nordkaukasus, und ich will ohne eigene Anschauung nichts über Tschetschenien sagen, das ja alle immer so gern als Lackmustest für die Frage heranziehen, ob Russland lupenrein demokratisch oder undemokratisch ist.

Schlögel

Tschetschenien ist ein schwarzes Loch,
das Russlands innere Entwicklung ebenso
beeinträchtigt wie die Beziehungen zur EU.

Gomart



Seit den Massakern von Beslan und
Nordost dringt das Geschwür des Terrors
in die russische Gesellschaft vor

Ich möchte über etwas sprechen, das ich aus eigenem Erleben kenne, und zwar über die furchterregende Dialektik, die mit den Massakern von Beslan und im Nordost-Theater in Gang kam. Seit diesen Ereignissen dringt das Geschwür des Terrors immer weiter in die russische Gesellschaft vor.

Es macht mir Angst, wenn Kollegen und Freunde plötzlich über bestimmte Dinge nicht mehr sprechen können, weil sie – wie in alten sowjetischen Zeiten – Rücksicht nehmen müssen. Ich möchte nicht, dass ihnen irgendetwas zustößt, weil sie bestimmte Dinge aussprechen. Ich möchte auch nicht, dass die Entfesselung der Kräfte der russischen Gesellschaft in den achtziger und neunziger Jahren revidiert wird. Diese kleinen Dinge bewegen mich, nicht die Definition der europäischen Identität oder die vier gemeinsamen Räume oder die geopolitische Orientierung der Russischen Föderation.

Gomart

Tschetschenien ist ein großes Hindernis für die Beziehungen zwischen Russland und der EU und wird das auch bleiben. Vergessen Sie nicht, dass Russland in Tschetschenien einen Krieg führt. Dieser vergessene Konflikt beeinträchtigt die regionale Stabilität, er ist ein schwarzes Loch, das Russlands innere Entwicklung ebenso beeinträchtigt wie die Beziehungen zu außenpolitischen Partnern wie der EU, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien beim Umgang mit inneren Konflikten fordern.

Chizhov

Tschetschenien behindert die Zusammen-
arbeit der EU mit Russland überhaupt nicht

Tschetschenien sollte die EU ebenso wenig an einer Zusammenarbeit mit Russland hindern, wie Russland sich durch die Konflikte in Nordirland oder auf Zypern abschrecken lässt. Ich wage zu behaupten, dass es auch nicht die europäische Position ist, Tschetschenien als Hindernis für gute Beziehungen zu betrachten. Unsere praktische Zusammenarbeit wird dadurch nicht im Geringsten behindert.

II. Ziele und Instrumente der Zusammenarbeit

Heute nachmittag wird es um die Beziehungen der EU und des Westens zu Russland gehen. Dabei werden wir große Linien und integrationspolitische Optionen ebenso in den Blick nehmen wie die konkreten Abkommen, auf denen die EU-russische Zusammenarbeit beruht – das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und vor allem das Konzept der vier gemeinsamen Räume. Wir werden das Problem möglicherweise konkurrierender Integrationsangebote der EU und Russlands für den postsowjetischen Raum besprechen und die Potentiale und Schwächen politischer Foren der Zusammenarbeit erörtern, ob es sich dabei um die OSZE, den Europarat oder die NATO handelt. Auch die russische und die EU-europäische Sicht auf spezifische Fragen wie den Transit russischer Bürger nach Kaliningrad oder den so genannten Energiedialog werden deutlich werden. Herr Brok hat sich freundlicherweise bereit erklärt, einen Überblick über den derzeitigen Stand der Zusammenarbeit Russlands mit der EU zu geben. Später wird Herr Chizhov die Diskussion über die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der vier gemeinsamen Räume einleiten. Herr Brok, gelangen wir durch die vier gemeinsamen Räume zum gemeinsamen europäischen Haus, oder wie beschreiben Sie die Zukunft der Beziehungen Russlands zur EU?

Der Begriff eines gemeinsamen europäischen Hauses ist für mich nach wie vor ein Leitbegriff der Beziehungen der Europäischen Union zu Russland. In einer Tischrede im Kreml 1983 hat Helmut Kohl erstmals davon gesprochen. Michail Gorbatschow hat dem Begriff dann seine spätere Bedeutung verliehen. Er erklärte es in seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestages des Europarats 1989 zum Ziel der Sowjetunion, ein gemeinsames europäisches Haus zu errichten, das auf Demokratie, dem Respekt für Menschenrechte und auf Rechtsstaatlichkeit basiert. Diese Idee nahm der frühere amerikanische Präsident George Bush auf, als er 1989 erklärte, ein gemeinsames Haus könne es erst geben, wenn es allen Bewohnern erlaubt sei, darin von Zimmer zu Zimmer zu gehen.

Wie sieht nun aber die Ebene der Tagespolitik aus? Die Beziehungen der EU zu Russland richten sich nicht auf einen russischen EU-Beitritt, sondern auf eine strategische Partnerschaft komplementär zur europäischen Nachbarschaftspolitik.

Heute ist das Konzept der vier gemeinsamen Räume die Basis der Beziehungen der Union zu Russland. Auf dem EU-Russland-Gipfel vom 31. Juli 2003 wurde vereinbart, die Zusammenarbeit im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens in vier gemeinsamen Räumen zu vertiefen, und zwar in den Bereichen innere Sicherheit, äußere Sicherheit, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Nach

Eichwede

Brok
Referat

Das »gemeinsame europäische Haus«: Leitbegriff der Beziehungen Russlands zur EU

Das Konzept der vier Räume legt Ziele der EU-russischen Beziehungen fest ...

zweijährigen schwierigen Verhandlungen haben sich Russland und die EU beim Gipfel in Moskau am 10. Mai dieses Jahres auf Fahrpläne zur Schaffung der vier gemeinsamen Räume geeinigt. Diese Fahrpläne bestimmen gemeinsame Ziele und legen mittelfristige Perspektiven fest. Der Gipfel hat eine begrüßenswerte Wende in die Beziehungen zwischen der EU und Russland gebracht, die seit dem Treffen im letzten Jahr in Den Haag eher frostig waren.

Aber noch konnten nicht alle Streitpunkte aus dem Weg geräumt werden. So wurden keine Lösungen gefunden für die Fragen der visumsfreien Einreise russischer Bürger in die EU, der Rückübernahme von illegalen Einwanderern und der Abschaffung der Gebühren für europäische Fluggesellschaften, die auf ihrem Weg nach Japan und China Sibirien überfliegen.

Eine Lösung des Streits um den Grenzverlauf zwischen Russland und Lettland steht ebenfalls noch aus. Mit Estland sind die Grenzabkommen zwar Ende Mai unterschrieben worden, aber bis heute nicht ratifiziert. Hier sollten wir um Vertrauen werben, denn sowohl die Minderheiten- als auch die Grenzfragen sind für die kleineren Länder, zumal psychologisch, sehr wichtig. Eine schnelle russische Unterzeichnung beziehungsweise Ratifikation der Grenzabkommen könnte in diesen Ländern dazu führen, die Minderheitenfragen souveräner als bisher zu behandeln – alleine dadurch würde manche Moskauer Sorge gegenstandslos.

Das Europäische Parlament unterstützt die Schaffung der vier gemeinsamen Räume. Im Mai hat das Parlament eine Erklärung verabschiedet, die Russlands Potenzial als besonderer strategischer Partner erkennt. Russland ist nicht nur fünftgrößter Handelspartner der EU und einer der wichtigsten Energielieferanten, sondern auch ein wichtiger Partner in der Sicherheitspolitik, bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und bei weichen Sicherheitsfragen wie Umwelt- und nuklearen Gefahren, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel und organisierter grenzüberschreitender Kriminalität. Zu begrüßen ist insbesondere die russische Bereitschaft, bei der Beilegung regionaler Konflikte in Transnistrien, Abchasien, Südossetien oder in Nagornyj Karabach mit der EU zusammenzuarbeiten.

Das Parlament fordert sowohl von der Kommission als auch von Russland konkrete Schritte, um die ehrgeizigen Pläne der vier gemeinsamen Räume mit Leben zu erfüllen.

In der Wirtschaft brauchen wir Vereinbarungen in den Bereichen der Umwelt, der Telekommunikation, des Verkehrs und der Energie. Dabei ist die Rechtssicherheit auf allen Feldern eine entscheidende Voraussetzung für ausländische Investitionen. Darüber hinaus unterstützt das Europäische Parlament Verhandlungen

... wir haben aber noch keine Lösung für die Probleme mit illegalen Einwanderern ...

... oder die Grenzstreitigkeiten mit den baltischen Ländern

Die Kommission und Russland müssen nun Vereinbarungen schließen über ...

... Wirtschaft ...



über die Schaffung einer Freihandelszone unmittelbar nach dem WTO-Beitritt Russlands.

Der zweite Bereich betrifft Freiheit, Sicherheit und Recht. Dabei sollten Fortschritte nicht auf Visa-Erleichterungen beschränkt werden. Hierzu gehören auch konkrete Fortschritte in Kaliningrad – dieses Gebiet könnte ein Modellprojekt für die Schaffung von Visafreiheit werden – und auch die Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Medien. Für eine EU, die sich als Wertegemeinschaft versteht, sind natürlich auch Menschenrechte von zentraler Bedeutung, ohne dass deren Betonung gegen Russland gerichtet wäre.

Innere Sicherheit ist heute angesichts der weltweiten Bedrohung durch den Terrorismus nicht mehr von äußerer Sicherheit zu trennen. Terroristen stammen heute aus Land A, werden im Land B ausgebildet, im Land C haben sie ihren Ruhe- raum, und im Raum D sitzt die eigentliche Führung, während im Land E eine Aktion durchgeführt wird. Hier müssen wir ohne weitere Verzögerung zur Bewältigung grenzüberschreitender Probleme zusammenarbeiten. Nur gemeinsam können Russland, die EU und die USA erfolgreich sein. Rein nationale Antiterror- gesetze schränken höchstens den Freiheitsraum der eigenen Bürger ein.

Im dritten Bereich, dem der äußeren Sicherheit, gibt es wichtige gemein- same Interessen – an erster Stelle die festgefahrenen Konflikte im Kaukasus und in Transnistrien. Darüber hinaus sollten Europäer und Russen gemeinsam über friedensstiftende Maßnahmen im Irak nachdenken. Im Iran wurde gerade ein Fundamentalist zum Präsidenten gewählt. Das Problem des iranischen Nuklear- programms können weder die Amerikaner noch die drei europäischen Außen- minister alleine lösen, die transatlantischen Partner müssen hier konstruktiv mit Russland zusammenarbeiten. Gerade im Irak und im Iran besitzt Russland wichtige Einflusskanäle, die wir viel stärker in unsere Überlegungen einbeziehen sollten. Im Nahost-Konflikt muss das Quartett von UN, EU, USA und Russland sich endlich auf eine effektive Zusammenarbeit einigen, weil die Staaten nur gemein- sam glaubwürdige Entwicklungs- und Sicherheitsgarantien geben können.

Im vierten Bereich von Forschung, Bildung und Kultur sehe ich in der Er- öffnung eines Europakollegs in Moskau einen wichtigen Schritt, um auch hier junge Menschen für unsere gemeinsamen Werte und Ideale zu gewinnen. Die Bedeutung von Innovation und der Vertiefung kultureller Beziehungen sollten wir jedenfalls nicht unterschätzen.

Was die Demokratie angeht, gibt es heute noch eine Reihe von unterschiedli- chen Wahrnehmungen zwischen der EU und Russland. Wir müssen anerkennen,

... Visafragen, Kaliningrad, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

... innere Sicherheit ...

... und äußere Sicherheit ...

Forschung und Kultur sind wichtiger Teil der Beziehungen Russlands zur EU

Die Vision vom gemeinsamen europäischen Haus ist ohne demokratische Grundlage nicht zu realisieren.

Brok



dass sich durch die Transformation eines so riesigen Landes wie Russland ganz eigene Probleme stellen. Doch die Vision vom gemeinsamen europäischen Haus und eine stabile und dauerhafte Partnerschaft mit der EU sind ohne demokratische und rechtsstaatliche Grundlage nicht zu realisieren.

Die EU muss drei Dinge miteinander verbinden: erstens das Ziel, eine große gemeinsame Zone der Stabilität und Freiheit zu schaffen. Damit ist zweitens die Erkenntnis verbunden, dass kein europäischer Staat alleine für sich dazu in der Lage ist, dieses Ziel zu erreichen. Drittens muss eine solche Europäische Union auch eine Wertegemeinschaft sein. Wenn wir diese drei Ziele erreichen, wird die Union auch stabile Beziehungen zu Russland entwickeln können, ohne dass Russland dafür Mitglied der EU werden müsste.

Russland und die EU: strategische Optionen

Eichwede

Vielen Dank für diesen Überblick über die großen Herausforderungen und konkrete politische Probleme im Verhältnis Russlands zur EU. Ich schlage vor, dass wir uns zunächst den übergreifenden Fragen widmen. Wie beurteilen Sie das gegenwärtige Verhältnis der EU und Russlands, und was sollten wir anstreben – Rivalität, Partnerschaft, strategische Partnerschaft oder Integration?

Später werden wir spezifisch das Konzept der vier gemeinsamen Räume erörtern und Objekte möglicher Zusammenarbeit oder potentieller Konflikte besprechen, wie etwa Kaliningrad, die frozen conflicts in der gemeinsamen Nachbarschaft von EU und Russland, konkurrierende Integrationsbestrebungen im postsowjetischen Raum oder Energiefragen. Herr Rahr, wie sieht das Verhältnis der EU zu Russland aus, und wie sollte es aussehen?

Rahr

Die Beziehungen EU-Europas zu Russland werden von drei Faktoren bestimmt. Da sind zum Ersten die transatlantischen Beziehungen, die in einer tiefen Krise stecken. Zum zweiten ist die Entwicklung der EU als politischer Union eine wichtige Determinante, und auch diese ist vor zwei Monaten in eine Krise geraten. Drittens erleben wir Umwälzungsprozesse im Osten des Kontinents, die die politischen Gewichte verschieben – ich nenne nur das Stichwort Ukraine.

Im Jahr 2020 könnten
Russland und die EU ...

Wie könnten die Beziehungen EU-Europas zu Russland in Zukunft, beispielsweise in 15 Jahren, aussehen? Ich möchte zwei Entwicklungsalternativen skizzieren, die wir bei der Zukunftswerkstatt des Petersburger Dialogs diskutiert haben.

2020: Ein verändertes Russland wächst mit einer veränderten EU zusammen.



Rahr

Das erste Entwicklungsmodell, das transatlantische, geht von einer engen Allianz Amerikas und der Europäischen Union aus: Danach hat die EU im Jahre 2020 immer noch eine gemeinsame Sicherheitsagenda mit den USA im Mittleren Osten und gegenüber den so genannten Schurkenstaaten. Mit Russland und der Ukraine besteht eine lose Partnerschaft zum Beispiel in Energiefragen. Dieses Modell entspricht sicher den Vorstellungen und den Wünschen einer Mehrheit der deutschen und der europäischen Elite. Nach Umfragen halten mehr als drei Viertel der Deutschen die Reparatur der transatlantischen Beziehungen für die wichtigste Aufgabe der deutschen Außenpolitik.

Lassen Sie mich nun ein alternatives Entwicklungsmodell für das Jahr 2020 skizzieren: Die EU hat mit den Amerikanern eine strategische Partnerschaft; beide können aber in vielen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Fragen keine Gemeinsamkeit mehr erzielen, weil die Europäer die amerikanische Sicherheitsagenda nicht mehr mittragen und die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen ihnen zunimmt. Es gibt keine Allianz mehr in dem Sinne, wie wir sie kennen.

Für die Europäer bietet sich in diesem Szenario das Modell eines erweiterten Europa, in dem Russland und die Ukraine die notwendigen Rohstoffe zur Verfügung stellen – die Zukunft der Energielieferungen aus dem Persischen Golf sehe ich nicht so sicher wie andere. Gleichzeitig könnten diese Länder wichtige Stützen europäischer Sicherheitspolitik werden, vielleicht erzwingt die terroristische Bedrohung tatsächlich einen Schulterschluss mit Russland. Osteuropa braucht die Europäische Union mehr und mehr als Modernisierungspartner, das führt zu einer Integration ohne besonderen Bezug auf die europäischen Werte. Eine Stärkung der OSZE (einschließlich der Schaffung eines europäischen Sicherheitsrates) könnte ebenso Ausdruck dieser Integration sein wie eine Energieallianz, die die Interessen der Transitländer berücksichtigt. Schließlich könnte die Partnerschaft zwischen Russland und EU-Europa als gemeinsames Projekt des 21. Jahrhunderts sogar eine gemeinsame Raketenabwehr umfassen, die eine große vertrauensbildende Wirkung haben würde. Manche mögen solche Ideen als gefährliche eurasische Träume bezeichnen, aber ich kann mir vorstellen, dass die Welt 2020 so aussehen wird: Ein verändertes Russland wächst mit einer veränderten Europäischen Union zusammen.

Abgesehen von solchem Gedankenspiel denke ich, dass es strategischen Frieden langfristig nur durch eine Anbindung Russlands und der übrigen post-sowjetischen Staaten an EU-Europa geben kann. Wir brauchen eine Strategie der Anbindung statt einer verbürokratisierten Nachbarschaft. Es muss ja keine volle

... entweder eine lose Partnerschaft haben oder ...

... die EU, Russland und die Ukraine bilden ein erweitertes Europa ...

Integration in Form der Mitgliedschaft sein, aber die EU wäre gut beraten, ihren ursprünglichen Begriff des »Wider Europe« wieder zu beleben, statt nur von »Nachbarschaft« zu sprechen.

Eine solche Chance, Russland zu einem Teil Europas zu machen, gab es noch nie

Ich frage mich manchmal, ob wir uns der historischen Chance eigentlich bewusst sind, die uns Russland heute bietet. Im September 2001 hat Präsident Putin bei seiner Rede im Bundestag die Verschmelzung des Rohstoffreichtums Russlands mit dem technologisch höher entwickelten Raum der EU angeboten. Ich interpretiere das als Versuch, eine Art neue Montanunion aufzubauen. Die Energieallianz ist ein erster konkreter Schritt in diese Richtung. Können Sie mir einen Zeitpunkt in der Geschichte der vergangenen 300 Jahre nennen, in dem ein so weit reichendes Angebot auf dem Tisch lag? Das trotz seiner slawischen und orthodoxen Prägung unzweifelhaft europäische Russland will ein konstruktiver Teil der europäischen Zivilisation werden. Die politische Umsetzung wäre außerordentlich schwierig, doch diese Gelegenheit verstreichen zu lassen scheint mir unverantwortlich.

Reiter

Die EU darf in den Beziehungen mit Russland Werte nicht vernachlässigen

Eine Unterscheidung von Werte- und Interessengemeinschaft wird nicht funktionieren, so attraktiv sie auch gerade für Russland erscheinen mag. Die EU vertritt ihre Interessen innerhalb eines Rahmens, den die Union als Wertegemeinschaft bestimmt. Beides ist nicht zu trennen.

Das gilt erst recht für unsere Beziehungen zu Russland. Gegenüber Pakistan mag es ja in begrenztem Rahmen und unter besonderen Bedingungen noch gelingen, eine reine Interessenpolitik zu betreiben und Wertefragen beiseite zu schieben. Aber Russland ist ein so naher und wichtiger Partner, die EU ist mit Russland so vielfältig verknüpft, dass eine Trennung der Werte der EU von ihren Interessen praktisch völlig unmöglich ist.

Russlands schwierige Beziehungen zu den baltischen Ländern etwa stellen eine Herausforderung an die Solidarität der EU dar. Deren Stärke war immer die gleichberechtigte Einbeziehung ihrer kleinen Mitgliedstaaten und muss es auch bleiben.

Grinberg

Die Maßstäbe der EU für Demokratie sind in Russland nicht angebracht

Bei der Bewertung der Menschenrechte, der Demokratie und der Zivilgesellschaft in Russland legen die Europäer ihre eigenen aktuellen Maßstäbe an. Das ist nicht immer sehr produktiv. Natürlich hat Russland Nachholbedarf, schließlich sind wir eine sehr junge Demokratie, und unser System weist zum Teil möglicherweise auch noch autoritäre Züge auf. Aber das wirkliche Leben entwickelt sich jenseits

Die EU sollte in Russland nicht nur einzelne Gruppen von selbst ernannten Demokraten unterstützen.



Grinberg

der holzschnittartigen Kategorien »demokratisch« und »undemokratisch«, und Russlands Entwicklungsweg ist schwer vorauszusehen. Die EU täte gut daran, alle zivilgesellschaftlichen Institutionen zu unterstützen und nicht nur einzelne Gruppen von selbst ernannten Demokraten.

Mir erscheint es problematisch, wenn der *acquis communautaire* ganz selbstverständlich als einzige Wertgrundlage europäischer Identität in einem erweiterten Europa herangezogen wird. Erstens sollten hier auch die Werte Russlands und anderer Nichtmitglieder Berücksichtigung finden, und zweitens waren Werte und demokratische Prinzipien keineswegs immer so ausschlaggebend für die europäische Integration, wie es die EU heute manchmal darstellt. Die Gründung der EWG 1957 beispielsweise hatte einen sehr pragmatischen Grund: Man wollte mithilfe einer supranationalen Kontrolle von Kohle und Stahl einen neuen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich verhindern.

Herr Karaganov, was will Russland heute von der EU?

Russland hat sich in der romantischen Phase seiner politischen Revolution seit 1989 – auf die für jede erfolgreiche Revolution nötige Konterrevolution warte ich übrigens noch immer – sehr lautstark für Europa entschieden. Wir wollten sogar Mitglied der NATO und der EU werden. Als Premierminister proklamierte Wladimir Putin als erster russischer Führer seit der Zarenzeit das Ziel, Russland in den Kreis der europäischen Nationen zu führen, die so genannte Europe First-Strategie.

Diese Strategie wird heute infrage gestellt. Russland beschreitet innenpolitisch erst jetzt einen Weg zu einem funktionierenden Nationalstaat, den die EU-Mitgliedsländer bereits vor 40 oder 50 Jahren beschrritten und inzwischen zugunsten supranationaler Integration zum Teil schon wieder verlassen haben. So werden die Divergenzen zwischen Russland und EU-Europa eher größer als kleiner – bis Russland irgendwann den Abstand aufgeholt hat. Zum anderen fühlt Russland sich von der EU abgelehnt.

Ich hielte es schon aus dem Grund für schwierig, Russland in die EU zu integrieren, weil das für das russische Volk ein psychologisches Problem darstellen würde. Die Deutschen fühlten sich nach dem Zweiten Weltkrieg schuldig und waren deshalb zur Abtretung von Souveränitätsrechten bereit, die Russen sind nach dem Zusam-

Chizhov

Eichwede

Karaganov

Russland wollte nach 1989 EU-Mitglied werden ...

... doch heute steht der Aufbau eines funktionierenden Nationalstaats im Mittelpunkt

Kobrinckaja

Die Russen träumen nostalgisch
von vergangener Größe.

Kobrinskaja



menbruch der Sowjetunion gekränkt und träumen nostalgisch von vergangener Größe. Bis sie bereit sind, sich in supranationale Strukturen zu integrieren, ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Über 70 Prozent der russischen Bevölkerung wollen, dass ihr Vaterland weiterhin eine Großmachtrolle spielt – allerdings sind weniger als 25 Prozent bereit, dafür persönliche Opfer zu bringen.

Eine Annäherung an Europa befürwortet allerdings ein überwiegender Teil der Bevölkerung, und zwar einfach deshalb, weil sie sich wirtschaftliche Vorteile, eine schnellere Modernisierung des Staates und mehr Sicherheit davon versprechen.

Rahr In Russlands politischer Elite gibt es einzelne Stimmen, die sich langfristig offen für eine Abtretung von Souveränitätsrechten zeigen. Im Moment ist es unvorstellbar, dass Russland die Kompetenz für militärische oder politische Entscheidungen teilweise an eine supranationale Institution abtritt. Andererseits hat Putin einmal erklärt, Brüssel könne in der Zukunft einmal die Hauptstadt aller Europäer werden. Auf eine solche Perspektive bereitet aber niemand die Bevölkerung auch nur im Geringsten vor. Ich denke deshalb, dass Russland eher einen Dualismus anstrebt: Gemeinsam mit der EU soll die Russische Föderation die Architektur Europas im 21. Jahrhundert aufbauen.

Grinberg
Russland sollte sich nicht um
eine EU-Mitgliedschaft bemühen

Manche Oligarchen – deren Einfluss seit neuestem jedoch stark zurückgeht – behaupten, Russland habe nur die Alternative, der EU beizutreten oder sich China unterzuordnen. Auch Spitzenpolitiker und andere Angehörige der russischen Elite argumentieren inzwischen so, und zwar nicht nur beim Tee oder beim Wodka, sondern offiziell. Ich bin sicher, dass Russland nicht nur keine Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft hat, sondern dass wir eine Vollmitgliedschaft auch gar nicht anstreben sollten. Nichtsdestotrotz fühlt sich Russland europäischen Werten verpflichtet und strebt enge Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Sicherheit an.

Gomart Russlands EU-Politik wird bestimmt durch den Anspruch auf Behandlung als gleichberechtigter Partner, seine *Anti-acquis-communautaire*-Haltung und sein Desinteresse gegenüber der EU beim Thema Sicherheit. Hier wird die NATO als Hauptpartner angesehen.

Generalov Russland steht heute vor großen Herausforderungen: der demographischen Entwicklung, den Grenzkonflikten im Kaukasus und Zentralasien und der Furcht

Russland hat keinen verlässlichen Partner – auch nicht die EU.

Generalov



vor einer chinesischen Expansion. Im schlimmsten Fall droht Russland in 20 oder 30 Jahren der Zusammenbruch. Weil wir keinen verlässlichen Partner oder Verbündeten haben – auch nicht die EU –, muss Russland sich verstärkt auf seine Souveränität und seine eigene Stärke stützen. Dadurch verliert die Demokratie im Land notwendig an Boden, und der Eintritt in supranationale Strukturen wie die WTO gerät zunehmend unter Kritik. Während sich die russischen Großkonzerne als Teil der international operierenden Wirtschaft sehen, blicken die kleineren und mittleren Betriebe ausschließlich auf den Binnenmarkt. Russland hat in dieser Situation gar keine andere Wahl, als sich zu einer unabhängigen, zentralen Macht zu entwickeln.

Herr Generalov, Ihre Darstellung des drohenden Verfalls Russlands, den es ganz alleine und ohne Verbündete abwenden muss, zeigt in meinen Augen deutlich, dass Russland sich auch angesichts demographischer und sonstiger Bedrohungen keineswegs resigniert auf seine europäische Rolle zurückziehen und eines von vielen europäischen Ländern werden will. Das Land ist und bleibt einerseits ein wichtiger Teil Europas, aber andererseits auch ein wichtiger Teil Asiens.

Wenn man bedenkt, dass Russland zu Europa gehört, aber als Weltmacht über Europa hinausreicht, dann war es vielleicht nicht ein romantischer Überschwang, als Russland sich auf die NATO und die Europäische Union zubewegte, sondern eine durchaus sinnvolle Grundperspektive, die der Doppelbedeutung Russlands als europäischem Land und Weltmacht gerecht wird.

Wie weit die eurasische Macht Russland sich EU-Europa zuwendet, hängt in erster Linie von Russland selbst ab. Hier kommen unter anderem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ins Spiel. Man muss die OSZE nicht nur erwähnen, sondern sie auch nutzen und stärken wollen. Der neueste Bericht des Europarats über Russland hält fest, dass sich in den letzten Jahren die Entwicklung zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zu Medien- und Wahlfreiheit nicht verbessert hat. Eine solche Entwicklung Russlands lässt sich nur schwer als Öffnung gegenüber Europa interpretieren.

Wie wird sich die Präsidentenwahl von 2008 auf die russische Strategie gegenüber Europa auswirken?

Es wäre falsch, von den bevorstehenden Präsidentenwahlen 2008 eine Umwälzung der Politik gegenüber Europa zu erwarten, je nachdem, ob ein eher linker

Heute muss Russland sich auf seine Souveränität und eigene Stärke stützen

Schäuble

Russland ist Teil Europas ...

... reicht aber als Weltmacht weit über Europa hinaus

Wie weit Russland sich der EU zuwendet, muss es selbst entscheiden

Eichwede

Rogozin

Das russische Volk und die russische Führung
wollen ein engeres Verhältnis zur EU.

Kulik



oder ein eher konservativer Kandidat gewinnt. Denn die Befürworter und die Gegner engerer Beziehungen zur EU verteilen sich auf alle Parteien, linke wie rechte. Es gibt linke Proeuropäer und linke Isolationisten genauso wie rechte, und meine eigene Partei Rodina, die der linken Mitte zuzuordnen ist, befürwortet enge Beziehungen zur EU.

Kobrinskaja

Die Folgen der Präsidentenwahl 2008 für die Beziehungen zur EU sind schwer abzuschätzen

In der Tat werden die Beziehungen Russlands zur EU kaum beeinflusst durch die Frage, ob rechte oder linke Kräfte 2008 an die Macht kommen, denn auf beiden Seiten des politischen Spektrums gibt es proeuropäische Kräfte. Polen ist ein Musterbeispiel dafür, wie wechselnde Regierungen aus unterschiedlichen Lagern eine kontinuierliche Annäherung an Europa betreiben können.

Kulik

Nach den jüngsten Umfragen des Lewada-Zentrums sind über 78 Prozent der Russen für einen Ausbau der Beziehungen zur Europäischen Union, ohne dass sie darunter eine Mitgliedschaft verstehen. Sowohl das russische Volk als auch die russische Führung wollen ein engeres Verhältnis zur EU.

Eichwede

Russland will also eine Annäherung an Europa, aber nicht unbedingt eine Mitgliedschaft. Herr Karaganov, Sie sagten vorhin, Russland fühle sich von der EU abgelehnt. Wie beurteilen Sie das Verhalten der Union?

Karaganov

Die EU ist nicht für eine Annäherung Russlands bereit

Europa ist nicht für eine Annäherung Russlands bereit. Anfang der 1990er Jahre hat die EU mit dem Maastrichter Vertrag ihre Beziehungen zu Russland in den Hintergrund gerückt und ihnen erst am Ende des Jahrzehnts wieder mehr Bedeutung geschenkt. Heute wiederum ist klar, dass Russland für die EU nicht zum neuen Europa zählt. Nicht, dass wir uns selbst nicht als Europäer sehen oder dass der Westen unseren europäischen Charakter bestreitet. Aber politisch gilt sogar die Ukraine nach der Orangen Revolution eher als europäisches Land. Das ist ungerecht, weil – und ich denke, mein alter ukrainischer Freund Dmitry Vydrin wird mir darin zustimmen – die Ukraine höchstens geographisch etwas näher an Europa liegt.

Seit klar ist, dass es für Russland in der EU keine Mitgliedsperspektive gibt, bleiben alle Gipfeltreffen und Verhandlungen in gewisser Weise inhaltsleer und haben einzig die Schaffung einer freundlichen Grundstimmung zum Ziel. Das kulminierte in der Schaffung der vier gemeinsamen Räume, die keinen Inhalt haben, sondern nur eine Absichtserklärung darstellen. Russland wird nicht in das europäische Projekt einbezogen.

In das größere europäische Projekt ist Russland selbstverständlich einbezogen.

Gebetsroithner



Dem möchte ich widersprechen. Natürlich beziehen wir Russland nicht in den Aufbau der EU ein, denn Russland ist kein EU-Mitglied und will auch keines werden. Und natürlich konnte Russland nicht mitentscheiden bei der Integration der baltischen Staaten in die EU, denn das ist eine Sache zwischen der Union und ihren Beitrittskandidaten. Aber in das größere europäische Projekt der Beziehungen der EU zu den gemeinsamen Nachbarn ist Russland selbstverständlich einbezogen.

Aber das, was den Russen vorschwebt, die EU und Russland als gleichberechtigte Partner beim Aufbau des Europa des 21. Jahrhunderts, das will die EU so wenig, wie die USA es wollen.

Solange die EU nicht die vier gemeinsamen Räume mit der neuen Nachbarschaftspolitik und den bilateralen Beziehungen ihrer Mitgliedstaaten zu Russland koordiniert, wird sie keine konsistente Russlandpolitik entwickeln können. Diese Koordination wird meiner Meinung nach aber in der näheren Zukunft nicht gelingen, und deshalb beurteile ich auch die Chancen für eine ehrgeizige Russlandpolitik skeptisch.

Den Vorwurf, die EU-Kommission habe keine Russlandpolitik, möchte ich an die wirklichen Verantwortlichen weitergeben. Die Union hat insoweit eine Strategie, wie ihre Mitgliedsländer ihr das zugestehen.

Diesen Vorwurf sollte die Kommission etwas vernehmlicher äußern.

Soviel ich sehe, erklären die Vertreter der EU-Kommission das bei jeder Gelegenheit – aber vielleicht noch nicht laut genug.

Die Europäische Union scheint in Russland keinen strategischen Partner zu sehen. Das zeigt die zögerliche Visavergabe oder die Kritik wegen Menschenrechtsverletzungen, die viel schärfer ist als etwa gegenüber der Türkei. Auch die Welle von Verstaatlichungen – oder genauer Rücknahmen von Privatisierungen – in der Ukraine kümmert die EU nicht sonderlich, während im Falle von Russland ein großes Geschrei ausgebrochen wäre.

Die Europäische Union braucht ein gutes Verhältnis zu Russland, sie braucht eine strategische Partnerschaft mit diesem großen und wichtigen Nachbarn. Sicher,

Gebetsroithner

Rahr

Gomart

In absehbarer Zeit wird die EU keine kohärente Russlandpolitik entwickeln

Gebetsroithner

von Weizsäcker

Gebetsroithner

Generalov

Schäuble

Russland und die EU sind in der Gefahr,
zweitrangige Mächte zu werden.

Karaganov

Strategische Partnerschaft mit einem stabilen, demokratischen und wirtschaftlich erfolgreichen Russland ist das Ziel der EU

dieser Nachbar hat Probleme, aber wer hat keine? Und trotz unserer Besorgnisse, trotz unserer notwendigen Kritik, die ich vorhin klar formuliert habe, möchte ich betonen: Ein stabiles, demokratisches und wirtschaftlich dynamisches Russland ist in unserem ureigensten Interesse. Die Partnerschaft dieses Russland mit einer reformierten, wirtschaftlich dynamischeren Union hätte ein ungeheures Potential. Ich möchte die russischen Teilnehmer fragen, welche Art von Partnerschaft sie mit der EU anstreben. Es ist für uns wichtig, dass Sie Ihre Erwartungen ganz klar artikulieren.

Generalov

Zweifellos wären alle russischen Probleme am effektivsten in einer strategischen Partnerschaft zu lösen. Die Wirtschaft hofft darauf, dass unsere Politiker das erkennen und danach handeln.

Rogozin

Ich kann bald nicht mehr hören, wenn von Europa als strategischem Partner Russlands die Rede ist. In Russland wird heute Angola genauso als strategischer Partner bezeichnet wie Südafrika oder Bulgarien. Das ist ein Kompliment und keine Definition.

Allerdings ist die EU tatsächlich ein strategischer Partner, und zwar der einzige Partner im Bereich der Wirtschaft. 56% des russischen Außenhandels werden mit den EU-Ländern abgewickelt, mit den USA nur fünf Prozent.

Im militärischen Bereich dagegen konzentrieren sich unsere Interessen auf die USA, weil die EU in wichtigen Fragen wie Irak oder Afghanistan keine einheitliche Politik vertritt. Um auch hier ein strategischer Partner zu werden, muss die EU erst einmal eine gemeinsame Außenpolitik etablieren.

Kobrinckaja

Ich denke, dass die EU von einer Partnerschaft mit Russland gerade deshalb profitieren kann, weil Russland in den asiatischen Raum hineinreicht. Im Gegensatz zum stagnierenden EU-Europa entwickelt sich dieser Raum dynamisch weiter und wird immer wichtiger. Wenn sich der Fokus der Welt nach Asien verschiebt und die transatlantische Achse durch die transpazifische Achse ersetzt wird, werden alle wichtigen Verkehrsadern der Welt durch Russland führen.

Karaganov

Nur mit Russland kann die EU ihre außenpolitischen Ambitionen verwirklichen

Eine strategische Partnerschaft ist für beide Seiten nötig. Russland wie die EU werden bedroht von der Instabilität, die sich in weiten Teilen Zentralasiens und des Kaukasus ausbreitet. Zudem sind beide in Gefahr, auf die Position zweitrangiger Mächte abzurutschen. Die Forderungen in Russland, wir müssten endlich wieder



eine eigenständige und souveräne Großmacht werden, sind angesichts sinkender Bevölkerungszahlen, eines schrumpfenden Bruttoinlandsprodukts und des demographischen Drucks aus China unrealistisch. Auch die EU wird durch die Suche nach einer neuen Identität zumindest während der nächsten fünf Jahre von ihrem Ziel abgelenkt werden, sich stärker als außenpolitische Macht zu etablieren. Beide Seiten können ihre außenpolitischen Ambitionen nur in einem strategischen Bündnis verwirklichen.

Wenn beide Seiten an einer Partnerschaft interessiert sind, wieso sind die gegenseitigen Beziehungen dann so schwierig? Oder sind sie das gar nicht?

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU sind auf mehreren Ebenen in der Krise. Da ist zum Ersten die innere Situation beider Partner: Die Zukunft des europäischen Projekts erscheint heute ebenso unklar wie Russlands zukünftige interne Entwicklung und geopolitische Ausrichtung. Zweitens gibt es einen Mangel an Übereinstimmung: Russland und die EU konnten sich nicht auf eine gemeinsame Strategie für die Ukraine einigen, obwohl das höchst wichtig gewesen wäre. Drittens ist die außenpolitische Stellung der EU und Russlands in der postsowjetischen Ära schlechter, als beide meinen. Sie denken vielleicht, dass sie immer noch das Sagen hätten, wenn sie sich nur auf eine gemeinsame Strategie einigen könnten. Doch in Wirklichkeit sind sie eben nicht mehr die einzigen politischen Akteure in der Region. Die Türkei und die Vereinigten Staaten spielen zum Beispiel in der Schwarzmeerregion eine mindestens ebenso wichtige Rolle.

Die Beziehungen zwischen EU-Europa und Russland werden durch Kommunikationsdefizite in nicht unerheblichem Maße behindert. Ich denke, die meisten Politiker in der EU haben bis heute nicht verstanden, dass Russland sich keineswegs nach den Normen der EU in die Union integrieren lassen will. Russland geht es vielmehr darum, der EU auf Augenhöhe zu begegnen. Viele ernst zu nehmende Stimmen in Russland erklären unmissverständlich, dass Russland schon seiner Kultur und Mentalität nach niemals den Entschluss fassen wird, sich als einer unter vielen in die EU einzugliedern. Was wir in der EU brauchen, ist mehr Russlandkompetenz, um die russischen Ansichten verstehen und auf sie reagieren zu können.

Umgekehrt gilt es, die Europakompetenz in Russland durch ein Europäisches Kolleg oder ein – längst überfälliges – Europaministerium zu fördern. Denn in

Eichwede

Gomart

Lindner

Russland will eine Partnerschaft auf Augenhöhe

Russland gibt es immer noch viel zu viele Vorurteile und Fehlwahrnehmungen der EU.

Byers Da Sie über Wahrnehmungen sprechen: Ich denke, wir sollten zwischen zwei Wahrnehmungen Russlands unterscheiden. Wenn wir die Beziehungen der EU zu Russland als problematisch bezeichnen, sprechen wir eigentlich in Wirklichkeit meistens über ein Problem mit Putins Russland, nicht mit Russland an sich. Die Tendenzen, die uns negativ erscheinen, gehören nicht integral zu Russland. Sie sind die Folgen ganz spezifischer Entwicklungen Russlands während Putins zweiter Amtszeit.

Chizhov Ich bin gar nicht so pessimistisch, was das Verhältnis der EU zu Russland angeht – gerade wenn man das Verhältnis der Europäer zu den USA als Vergleich heranzieht. Einige Jahre nach der Potsdamer Konferenz in diesen Räumen wurde bekanntlich 1949 die NATO gegründet. Das Motiv dafür hat man damals recht undiplomatisch so formuliert: »Keep the Americans in, the Russians out and the Germans down.« Heute beobachten wir in Europa in gewisser Weise eine gegenläufige Tendenz: »Keep the Americans out – they don't care much anyway –, keep the Russians in and the Germans up.«

Himmelreich
Die Partnerschaft der EU mit Russland darf nicht zulasten des transatlantischen Verhältnisses gehen

Einspruch, mit Verlaub, die Zusammenarbeit der EU mit Russland sollte niemals die Beziehungen zu den USA völlig außer Acht lassen, selbst wenn Russland für die EU eine ganz andere, nämlich viel wichtigere Rolle spielt als für die USA. Sei es Iran, sei es Zentralasien, der Südkaukasus, der Irak oder der Kampf gegen den Terrorismus – in all diesen Fragen sollte die EU in einem ersten Schritt zunächst eine eigenständige Position definieren. Doch sowenig wie diese Probleme allein zwischen den USA und Russland gelöst werden können, sollten die EU und Russland sich nicht zu der Hybris verleiten lassen zu glauben, sie alleine könnten sie meistern. Nicht ohne Grund trägt unser Gesprächskreis den zutreffenden Titel »Russland und der Westen« und nicht »Russland und die EU«. Wir brauchen in jedem Fall einen trilateralen Ansatz, diesen gilt es viel mehr als bisher zu verfolgen, bei all den Schwierigkeiten die Dreierbeziehungen üblicherweise mit sich bringen. Es wird eine der großen Herausforderungen westlicher Diplomatie und Außenpolitik in der nahen Zukunft sein, inwieweit es gelingt, Russland in einen solchen Trialog einzubinden, der ja auch in ureigenem Interesse Russlands liegt. Die Stabilisierung des Südkaukasus ist ohne den konstruktiven Beitrag Russlands nicht möglich, aber auch ohne den des Westens nicht; ein Scheitern eines solchen trilateralen Ansatzes dort hat unmittel-



bare Auswirkungen auf den Nordkaukasus und damit auf die Stabilität Russlands selbst. Darüber hinaus ist die Einbindung Russlands in diesen Dialog von nicht zu überschätzender Bedeutung angesichts der wachsenden Konkurrenz mit China und Indien um die russischen und die zentralasiatischen Energieressourcen. Ein solcher Dialog setzt natürlich auch von Russland eine Bereitschaft dazu voraus, sich von dem Denken in Kategorien sowjetischer Supermacht mit imperialen Ansprüchen im eigenen »near abroad« zu verabschieden.

Tatsächlich finden etwa beim Vorgehen gegenüber dem Irak oder Iran die EU und Russland oft leichter eine gemeinsame Linie als die EU und die USA. So richtig es ist, an die Bedeutung der transatlantischen Dimension zu erinnern: Die Übereinstimmung der EU mit Russland in solchen Fragen ist an sich schon positiv zu bewerten, und wir sollten sie fördern und sehr bewusst anstreben.

Da Sie die USA erwähnt haben, Herr Himmelreich: zu Recht hat Herr Rogozin auf den geringen Umfang des Handels zwischen Russland und den USA hingewiesen. Das zeigt sehr deutlich, dass die USA Russland als Partner nicht besonders ernst nehmen.

Die USA sehen Russland tatsächlich nicht unbedingt als langfristigen wirtschaftlichen Partner. Der Handel zwischen den USA und Russland ist minimal, er entspricht etwa dem Handel der USA mit Costa Rica. Darum sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Europa umso wichtiger, und die EU sollte diese Dimension entsprechend herausstellen.

Die USA würden gerne ihren Handel mit Russland ausweiten, da wir glauben, dass eine starke Handels- und Investitionspartnerschaft unsere Beziehungen generell fördern wird. Man sollte die Stärke und Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Russland nicht nur nach ihrem derzeitigen Umfang im Vergleich zum derzeitigen Handel Russlands mit der EU beurteilen, denn die Union und ihre Märkte liegen vor Russlands Haustür. Was die US-Investitionen in Russland angeht, haben wir versucht, die Energiepartnerschaft auszuweiten, aber die Yukos-Affäre hat bei US-Investoren Besorgnisse bezüglich der Sicherheit ihrer Investitionen in Russland hervorgerufen. Aber es gibt auch Hoffnung: Der Abbau von Flugverkehrszöllen – eine der Prioritäten der USA in den Verhandlungen um Russlands WTO-Beitritt – könnte unsere Handelspartnerschaft ankurbeln.

Gebetsroithner

Generalov

Die USA nehmen Russland als Partner nicht ernst ...

Hill

... wie der geringe Umfang des Handels zeigt

Warlick

Unser übergreifendes Ziel ist
die Transformation Russlands
zu einer funktionierenden
Demokratie und Marktwirtschaft.

Warlick



Unser übergreifendes Ziel muss der Erfolg der Transformation Russlands zu einer funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft sein. Nur das garantiert Stabilität. Darum befürworten wir die Integration Russlands in so viele europäische und globale multilaterale Institutionen wie möglich. Wir haben die Integration in die G7 – jetzt G8 – unterstützt und tun dies auch in Bezug auf einen OECD- und WTO-Beitritt. Die mit einem Beitritt verbundenen Verpflichtungen werden Russland auf dem Weg zu Reformen helfen. Weil der Beitritt von der Erfüllung spezifischer Kriterien abhängt, wird das Tempo der Integration in diese Institutionen abhängig von Russlands Reformbereitschaft variieren.

Eichwede

Lassen Sie uns den Blick in die Zukunft richten: Werden Russland und die EU ihre Schwierigkeiten überwinden und ein neues Kapitel in ihren Beziehungen aufschlagen können?

Rogozin

Die Krise der EU und der GUS erlaubt einen Neuanfang der Beziehungen Russlands zur EU

Ich denke, die Krise der EU und der GUS bietet uns eine günstige Gelegenheit zu einem Neuanfang. Russlands Führung weiß angesichts des Zusammenbruchs der GUS nicht mehr, ob sie sich nach Europa, nach China oder auf die USA hin orientieren soll, und die EU scheint in Orientierungslosigkeit zu versinken. Angesichts dieser Situation können der Osten mit Russland, Weißrussland und der Ukraine auf der einen Seite und der Westen und EU-Europa auf der anderen Seite ein neues Blatt der gemeinsamen Beziehungen aufschlagen und ein vereintes Europa schaffen.

Byers

Dass in Europa derzeit vieles in Bewegung ist, bietet uns eine einzigartige Gelegenheit zur Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Russland. Großbritannien will während seiner Ratspräsidentschaft das Verhältnis zu Russland zu einer Priorität machen. Wir wollen diesen für die EU entscheidenden Moment dazu nutzen, die Beziehungen zu Russland auszubauen, etwa durch praktische Kooperationen in den Feldern Sicherheit, Handel, Energie, Infrastruktur und Verkehr. Die Menschen werden sehen, dass eine gute Arbeitspartnerschaft mit Russland möglich und für beide Seiten förderlich ist.

Schäuble

Lieber Herr Byers, diese Ankündigung begrüße ich ebenso wie die bemerkenswerte Rede, die Tony Blair im Europäischen Parlament gehalten hat. Ich freue mich darauf, dass die britische Präsidentschaft all diese Ankündigungen umsetzen wird – Sie werden uns dabei ganz an Ihrer Seite haben.

Wenn die Union den britischen Weg beschreitet, sich nur noch zu erweitern, aber nicht zu vertiefen, sollte sie auch Russland eine Perspektive bieten. Es ist in ihrem Interesse, Russland auf Europa festzulegen, wir brauchen keine formale Mitgliedschaft, doch wir müssen uns als Teil des neuen Europa fühlen können. Ein strategisches Bündnis zunächst im Bereich der Sicherheit und dann auch auf anderen Gebieten würde Russland die nötige klare Perspektive vorgeben.

Karaganov

Ob die EU ihre politische Integration vorantreibt oder nicht: Ich bin überzeugt, dass angesichts der heutigen gemeinsamen außenpolitischen Herausforderungen eine Integration Russlands in die EU keineswegs der beste Schritt wäre. Integration bedeutet immer auch Verlust an Steuerungskapazität, erst recht in der ersten Phase nach einem Zusammenschluss. Angesichts der demographischen Katastrophe, die sowohl die EU als auch Russland in den nächsten Jahren treffen wird, oder angesichts der bedrohlichen Entwicklung im Iran haben wir weder Zeit noch Ressourcen, um die Integration Russlands zu bewältigen; es ist viel wichtiger, dass wir als Partner diese gemeinsamen Probleme lösen.

Lindner

Statt Integrationspläne zu schmieden, müssen Russland und die EU gemeinsam ihre Probleme lösen

Sie haben vollkommen Recht: Praktische Zusammenarbeit bei der Bewältigung konkreter Probleme ist für die EU und Russland das Gebot der Stunde. Daraus ergibt sich Verständigung, und möglicherweise auch verstärkte Integration.

Stolpe

Lassen Sie mich ein Beispiel aus meiner unmittelbaren Zuständigkeit als Verkehrsminister nennen. Beim so genannten Vier-Achsen-Projekt optimieren die Bahnen Deutschlands, Polens, Belarus' und Russlands die administrativen und technischen Abläufe des Hauptkorridors für den Bahnverkehr mit der GUS, die Strecke Berlin-Warschau-Minsk-Moskau-Nizhny Nowgorod. Bei der wachsenden Bedeutung des Gütertransports auf dieser Strecke steckt hier ein enormes Potential für Einsparungen und Effizienzgewinne. Es gibt auch ernsthafte Überlegungen, die Transsibirische Eisenbahn von Wladiwostok bis Moskau und dann die weiterführenden Eisenbahnstrecken für den Güterverkehr von Ostasien bis Westeuropa zu nutzen und damit eine deutliche Beschleunigung im Vergleich zum Transport per Schiff zu erreichen.

Zur Verhinderung von Tankerunglücken haben wir mit den Russen eine freiwillige Mitfahrt von Lotsen der EU-Länder in der Ostsee vereinbart – freiwillig deshalb, weil wir uns sonst vermutlich eine umgekehrte Verpflichtung eingehandelt hätten, an den Dardanellen russische Lotsen auf alle EU-Schiffe zu nehmen.

Endlich begreifen Russland und die EU sich als strategische Partner.

Likhachev



Auch wenn die Verkehrsverbindungen selten im Rampenlicht stehen, sollte man nicht unterschätzen, was hier an konkreter und symbolischer Wegbereitung stattfindet.

Likhachev

Genau elf Jahre nach Unterzeichnung des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit am 24. Juni 1994 sind Russland und die EU nun endlich dabei, sich als strategische Partner zu begreifen.

Noch immer ist das Verhältnis Russlands zu Europa von Emotionen geprägt ...

Ohne Zweifel ist das Verhältnis Russlands zu Europa auch heute noch in besonderer Weise emotional geprägt. So wie die russischen Vertreter hier am Tisch in Gesprächen untereinander und mit den übrigen Teilnehmern bestimmte Fragen zu Europa immer und immer wieder stellen, erinnern sie mich ein wenig an die Protagonisten bei Dostojewskij, die nach ihrer Rückkehr aus Baden-Baden nach Sankt Petersburg jeden Tag mit einem Gespräch über die Lage in Europa beginnen – welches Wetter dort herrscht, welcher politische Wind dort weht und welche Menschen dort leben.

... doch nun beginnt die Zeit einer pragmatischen Partnerschaft

Aber ich denke, es bricht eine rationalere Zeit an. Die Epoche überschwänglicher Vertrauens- und Liebesbekundungen und daraus folgender tiefer Enttäuschungen ist vorbei, stattdessen beginnt nun hoffentlich eine Zeit pragmatischen und konkreten Handelns.

Ich sehe zum einen große Erfolge und Möglichkeiten, etwa beim Energiedialog. Zum anderen haben wir wichtige Chancen vergeben. So wurde bei der Einrichtung der gemeinsamen Kommission zu Kaliningrad viel Zeit vertan, ebenso bei der Entscheidung, das europäische Satellitennavigationssystem GALILEO kompatibel zum russischen GLONASS zu gestalten.

Heute können die EU und Russland ihre gemeinsamen Perspektiven sehr viel besser einschätzen und als strategische Partner Verantwortung übernehmen. Ich bin optimistisch, dass die Russische Föderation und die EU ihre Potentiale vereinigen werden, um künftig nicht mehr als isolierte Pole in der neuen Weltordnung zu wirken, sondern gemeinsam auf die Lösung globaler Probleme Einfluss zu nehmen.

Der Fahrplan zu den vier gemeinsamen Räumen weist den Weg zur Partnerschaft der EU mit Russland.

Die vier gemeinsamen Räume

Eichwede

Lassen Sie uns die schon mehrfach erwähnten vier gemeinsamen Räume besprechen. Herr Brok hat Zweifel geäußert, ob wir durch diese vier Räume ins

Das Dokument über die vier gemeinsamen Räume hat überhaupt keinen Inhalt.

Karaganov



gemeinsame europäische Haus gelangen, Herr Karaganov hat sie sogar als inhaltsleere Absichtserklärung bezeichnet. Herr Chizhov, wie bewerten Sie als einer der Verhandlungsführer auf russischer Seite das Abkommen? Und Herr Karaganov: Bleiben Sie dabei, dass gar nichts Gutes an dieser Vereinbarung ist?

Die Verabschiedung der vier gemeinsamen Räume ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass die Krise der EU ihre Beziehungen zu Russland nicht grundsätzlich infrage stellt. Beide Seiten wissen, dass wir die aktuellen Probleme in Europa und in der Welt nur im Rahmen einer engeren Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU angehen können. Die Globalisierung bietet einerseits ungeahnte Möglichkeiten, andererseits verschärft sie bestehende Probleme und schafft neue Herausforderungen. Außerdem wächst die – durchaus positive – gegenseitige Abhängigkeit zwischen Russland und der EU.

Diese Einsicht führte auf dem Moskauer Gipfel am 10. Mai zur Verabschiedung der Fahrpläne zu vier gemeinsamen Räumen der EU und Russlands, auf deren Schaffung man sich im Vorfeld der EU-Erweiterung schon im Mai 2003 verständigt hatte. Separate Fahrpläne legen für die vier Bereiche Wirtschaft, äußere Sicherheit, Justiz und innere Sicherheit sowie Bildung, Forschung und Kultur die Entwicklung der Zusammenarbeit für die kommenden Jahre fest. Sie geben dieser Zusammenarbeit einen konkretes Gerüst, dessen Reichweite weit über das auf 10 Jahre angelegte und im Jahr 2007 auslaufende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und die EU-Strategie »Wider Europe« hinausgeht.

Ich bewundere Sie, Herr Chizhov, als russischen Verhandlungsleiter und alle beteiligten Diplomaten: Wir haben nun ein Dokument, obwohl es mangels konkreter Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland überhaupt keine Substanz gibt. Wie ist es nur möglich, aus Nichts ein großartiges Etwas zu schaffen? Dieser 67 Seiten lange, schwammige Text lässt sich noch schwerer lesen als die Europäische Verfassung und hat überhaupt keinen Inhalt.

Mir fehlt bei diesem Dokument ein realistischer Plan für die Umsetzung. Ich habe mich letztlich deshalb für eine Tätigkeit in der Wirtschaft statt in der Politik entschieden, weil man im Geschäftsleben mit konkreten Unternehmungen auch konkrete Ergebnisse erzielen kann. Der Fahrplan vermittelt mir nicht den Eindruck, dass das möglich wäre. Die Ziele sind eindeutig, doch die Mittel und der

Chizhov

Die vier Räume sind ein gutes Gerüst für die Zusammenarbeit Russlands mit der EU

Karaganov

Die vier gemeinsamen Räume ermangeln jeder Substanz ...

Generalov

... es gibt keinen Zeitplan ...

Zeitplan bleiben unklar. Gerade für den Aufbau eines gemeinsamen Wirtschaftsraums brauchen wir aber konkrete Daten.

Man merkt es dem Dokument an, dass Vertreter der Privatwirtschaft an seiner Entstehung nicht ausreichend beteiligt waren. Beim Gipfeltreffen in Den Haag im November 2004 hielt die EU es nicht für nötig, zu den zahlreichen Vertretern der russischen Wirtschaft auch solche der europäischen Wirtschaft einzuladen. Ein europäischer Geschäftsfreund berichtete mir sogar, EU-Vertreter hätten ihm ausdrücklich von einem Erscheinen abgeraten – es lohne sich sowieso nicht. In der westlichen Presse wird oft darüber berichtet, dass sämtliche Wirtschaftskreise in Russland dem Kreml unterständen. Mir scheint, dass diese Kritik viel eher auf das Gebiet der EU zutrifft. Solche Erfahrungen stärken die Europaskepsis in Russland auch unter den Spitzenvertretern der Wirtschaft. Und weil keine Wirtschaftsvertreter an dem Fahrplan mitgearbeitet haben, hat er auch zu wenig konkrete Festlegungen.

Rogozin

Herr Generalov, Ihre Überlegungen leuchten mir so sehr ein, dass ich mich in meiner Linie bestätigt fühle, lieber Manager als Politiker für den Parteiapparat von Rodina einzustellen.

... und als Agenda konkreter Zusammenarbeit sind die vier Räume unbrauchbar

Im Fahrplan zu den vier gemeinsamen Räume fehlt, ebenso wie in den Beziehungen zwischen Russland und der EU insgesamt, eine konkrete Agenda. Statt einen Businessplan für den Ausbau unserer Zusammenarbeit aufzustellen, entwerfen wir ellenlange Absichtserklärungen über vier Räume und Fahrpläne, zerbrechen uns die Köpfe über neue Formulierungen und halten uns mit Nebensächlichkeiten auf. Wir geben dem fatalen Hang der EU nach, uns mit dem Verfassen endloser Papiere statt mit wirklichen Problemlösungen zu befassen.

Wissen Sie, was ich tun würde? Ich würde wie ein Geschäftsmann an die Sache herangehen, würde mich an den Verhandlungstisch setzen, ein Blatt Papier vornehmen und es in zwei Spalten einteilen. Links werden alle strittigen Punkte aufgeführt wie etwa Kaliningrad, Visafragen, Energiedialog und Infrastruktur. Dann äußern sich beide Seiten dazu, und dann werden in der rechten Spalte Verantwortliche und Fristen festgelegt, bis zu denen die Problem zu lösen sind. Sonst kommen wir nie zu etwas.

Grinberg

Ich halte es für naiv, wenn man politische Probleme mit einem Businessplan zu lösen versucht. Angesichts der Komplexität der Herausforderungen, vor denen



wir stehen, können viele Probleme zurzeit nur ausgesessen werden. Ihre Lösung müssen wir auf eine bessere Zukunft verschieben.

Die Fahrpläne für die vier Räume enthalten nur deshalb keinen Zeitplan, weil die EU jede Festlegung abgelehnt hat. Ich hätte einen Zeitplan begrüßt, doch meine Verhandlungspartner erklärten, solange die Zukunft der Europäischen Verfassung unklar sei, könne man keine terminlichen Verpflichtungen eingehen. Das ließ nicht viel Verhandlungsspielraum.

Ich bezweifle, dass die EU sich wegen der Diskussion um den Verfassungsvertrag einem Zeitplan zu den vier gemeinsamen Räumen verweigert hat. Vielmehr sind wir der Meinung, dass bei einem entsprechenden politischen Willen die vier Räume genau die flexible Struktur bieten, die wir für substantielle Fortschritte brauchen. Wir brauchen keine Daten und keine neuen institutionalisierten Foren der Zusammenarbeit, sondern den Willen zur konstruktiven Arbeit.

Herr Rogozin, Sie möchten die Beziehungen zwischen Russland und der EU auf einem weißen Blatt gänzlich neu konzipieren. Ich kenne solche klugen Vorschläge aus intellektuellen Kreisen, die aber meines Wissens bisher nicht mit konkreten konstruktiven Vorschlägen hervorgetreten sind. Gerade in so wichtigen Fragen braucht man aber solide, intellektuell wohldurchdachte und durchführbare Alternativen, wenn man die existierenden Strukturen abschaffen will. Ich sehe derzeit keine solchen brauchbaren Alternativen.

Natürlich ist es nicht leicht, konkrete Probleme zu lösen. Aber solange wir uns nur auf der Ebene von Absichtserklärungen bewegen, fühle ich mich immer an einen alten sowjetischen Witz erinnert. In der Versammlung des landwirtschaftlichen Kollektivs stehen zwei Fragen auf der Tagesordnung, erstens der Bau eines Kuhstalls, zweitens der Aufbau des Kommunismus. Nachdem sich in der Diskussion herausstellt, dass die Beschaffung der Baumaterialien für den Kuhstall schwierig ist, meldet sich der Vorsitzende des Kollektivs und erklärt: »Genossen, da uns für den Kuhstall das Baumaterial fehlt, schlage ich vor, direkt zum Aufbau des Kommunismus überzugehen.«

Ich bin dafür, erst einmal den Kuhstall zu bauen. Und wenn uns das Material dazu fehlt, lassen Sie uns wenigstens gemeinsam für die Kühe sorgen. Ich wün-

Chizhov

Gebetsroithner

Die vier Räume bieten eine flexible Struktur für die EU-russische Zusammenarbeit

Kulik

Rogozin

Gebetsroithner



sche mir von der russischen Seite konkrete Vorschläge zur Lösung konkreter Probleme.

Karaganov

Ich sehe das Problem der vier gemeinsamen Räume eher darin, dass wir uns über den gemeinsam zu beschreitenden Weg uneinig sind und deshalb unsere Zeit damit verbringen, über Kleinigkeiten zu feilschen.

Gomart

Was soll nach Ablauf des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens 2007 folgen?

Ich denke auch, dass das Abkommen über die vier gemeinsamen Räume ohne Benchmarks und Zeitpläne von begrenztem Nutzen ist. Ein klarer Fahrplan ist unverzichtbar, besonders wenn man bedenkt, dass das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU 2007 ausläuft. Wir sollten schon jetzt ein Nachfolgeabkommen vorbereiten.

Brandenburg

Wenn es so weit ist, werden wir diskutieren, was nach Ablauf des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens 2007 an seine Stelle treten soll. Sollen wir es in seiner jetzigen Form verlängern oder durch etwas Neues ersetzen? Elemente werden zum Beispiel durch den WTO-Beitritt Russlands überholt sein. Wichtig ist: Die EU hat mit niemandem auf der Welt ein so enges strukturelles Netzwerk auf allen Ebenen wie mit Russland, weder mit den USA noch mit Kanada, der Ukraine oder den EWR-Staaten. Dieses Netzwerk müssen wir nutzen, um dem Verhältnis EU-Russland mehr Substanz zu geben.

Grinberg

Die Kritiker der vier gemeinsamen Räume unterschätzen den Wert der guten Absichten, die in diesem Dokument zum Ausdruck kommen. Es ist ein Fahrplan, der die Richtung weisen soll. Wie ein chinesisches Sprichwort sagt: »Fürchte dich nicht davor, langsam zu gehen. Fürchte dich nur, stehen zu bleiben.« In diesem Sinne sind die vier Räume ein Erfolg.

Likhachev

Die vier gemeinsamen Räume erlauben eine »integrative Zusammenarbeit«

Ich denke, mit der Annahme der Fahrpläne für die Schaffung der vier gemeinsamen Räume ist nach 24 Monaten schwieriger Verhandlungen ein solides und politisch wegweisendes Dokument vorgelegt worden. Vielleicht enthält es zu viele Absichtserklärungen und zu wenige konkrete Vorschriften. Doch es eröffnet den Weg zu einer Zusammenarbeit, die ich nicht »Integration« oder »Partnerschaft« nennen möchte, sondern »integrative Zusammenarbeit«.

Lassen Sie mich drei positive Aspekte des Dokuments hervorheben. Erstens setzt das Dokument die Linie der erfolgreichen Schlussakte von Helsinki aus dem

Jahr 1975 fort, in der die unterzeichnenden Länder Verpflichtungen übernahmen, die sie auch heute noch binden.

Zum Zweiten enthält der Fahrplan Verweise auf völkerrechtliche Verträge, denen sowohl Russland als auch die EU zugestimmt haben. Diese Verweise unterstützen die normativen Mechanismen des Fahrplans.

Drittens geht aus so gut wie jeder Zeile dieser komplexen Konstruktion von Zielnormen, Orientierungsnormen und Kontrollmöglichkeiten hervor, dass sich die Rechtssysteme der EU und der Russischen Föderation einander annähern müssen. Das ist eine ganz entscheidende, sehr positive Aussage. Dabei kann es jedoch nicht sein, dass Russland das Recht der EU einfach übernimmt. Vielmehr sollte es sich um eine Synthese auf der Grundlage des Völkerrechts handeln, die die Souveränität beider Seiten berücksichtigt. Das gilt umso mehr, als das russische Rechtssystem nicht ausgereift ist und sich im Zuge entsprechender Reformen noch verändern wird, so auch durch den Beitritt Russlands zur WTO im nächsten Jahr.

Der Fahrplan weist den Weg zu einer integrativen Zusammenarbeit der EU und Russlands, die beiden Partnern eine Abstimmung erlaubt und ihnen mehr internationales Gewicht verleiht – sei es bei der Beilegung von Konflikten, der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen oder bei Fragen der Menschenrechte.

Sie sprechen einen wichtigen Punkt an. Russland erwartet, dass die integrative Zusammenarbeit mit der EU auf einer Synthese des russischen und des EU-Rechts basiert. Doch die EU kann und wird natürlich nicht von ihrem *acquis communautaire* abweichen, auf den sich 25 Mitgliedstaaten geeinigt haben. Russland und die EU sollten nicht versuchen, ihre Kooperation auf einer Ebene unterhalb des *acquis communautaire* zu führen, sondern sich auf einer höheren Ebene um die Verwirklichung gemeinsamer Ziele bemühen.

von Studnitz

Die Bezeichnung »integrative Zusammenarbeit« für die Kooperation im Rahmen der vier Räume halte ich für sehr hilfreich, weil sie neutral ist und die Möglichkeit eröffnet, über die Beziehungen zwischen der EU und Russland perspektivisch nachzudenken.

Kobrinškaja

Die Form der Vereinbarung – Fahrpläne zu vier gemeinsamen Räumen – hat in meinen Augen mehrere Vorteile. Erstens führen Verzögerungen in einem Raum nicht automatisch zu Verzögerungen in allen anderen. Die Zusammenar-

Großbritannien wird die Beziehungen der EU zu Russland zu einer Priorität der Ratspräsidentschaft machen.

Byers

Die vier Räume zeichnen Russland als besonderen Partner der EU aus

beit schreitet in angemessenem Tempo voran. Übrigens kann man es durchaus als Vorteil sehen, dass die Konditionalität einer eventuellen Mitgliedschaft fehlt.

Zweitens zeigt das Dokument, dass Russland für die EU ein besonderer Partner ist. Die Auszeichnung durch ein separat verhandeltes und singuläres Konzept der Zusammenarbeit hebt Russland aus der Reihe der neuen Nachbarn der EU im Osten heraus, mit denen die üblichen Aktionspläne im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen verhandelt wurden.

Die Fahrpläne zu den vier Räumen geben aber keine Antwort auf die Frage, wo Russland in seinen Beziehungen zur EU in 10 oder 20 Jahren stehen wird. Hier muss Russland selbst zu einer Antwort kommen.

Kulik

An der Ausarbeitung der Fahrpläne waren alle relevanten Ministerien und Experten beteiligt. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass dieses Papier ein objektiver Kompromiss mit unserem Partner, der Europäischen Union, ist; es ist keine Einbahnstraße. Ich denke, wir müssen nun die Vorgaben des Papiers erfüllen.

Likhachev

Bisher fehlen Mechanismen zur Kontrolle der vereinbarten Schritte

Es ist wichtig, gemeinsame Mechanismen zur Kontrolle der Umsetzung der Vereinbarungen zu entwickeln. Bisher fehlt eine Kontrolle durch die Gesellschaft, die Politik oder die Wirtschaft. Ich schlage vor, dass bei den nächsten Gipfeltreffen der EU-Troika mit dem russischen Präsidenten regelmäßig die Fortschritte bei der Umsetzung kontrolliert werden. Zudem sollten wir im Ausschuss für interparlamentarische Zusammenarbeit die Errichtung einer Instanz vereinbaren, die die Umsetzung durch die Exekutive überwacht, um die Rolle der Parlamente zu stärken.

Byers

Wir haben vielleicht einen guten Fahrplan für die vier gemeinsamen Räume, aber haben wir auch das richtige Fahrzeug? Ich gestehe, mir scheint der Motor ziemlich zu stottern. Deshalb scheint mir Tony Blairs Plan so wichtig, die Russlandpolitik zu einer Priorität der Ratspräsidentschaft zu machen. Russland wird zur Verbesserung unserer Beziehungen beitragen können, wenn es im nächsten Jahr die G8-Präsidentschaft von Großbritannien übernimmt.

Prüfsteine der Zusammenarbeit

Eichwede

Nach der Diskussion der Schwächen und Stärken der vier gemeinsamen Räume insgesamt möchte ich ein Gespräch über deren einzelne Aspekte eröffnen.



Lassen Sie mich etwas zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sagen. Der Fahrplan vereint die Direktiven russischer Außenpolitik mit Elementen der heute fast vergessenen Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003. Damit ist er eine ideale konzeptionelle Plattform, um eine gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Strategie Russlands und der EU für das 21. Jahrhundert zu diskutieren. Russland hat in den letzten Jahren viele Vorurteile aus der Zeit des Kalten Krieges hinter sich gelassen, um eine auf gemeinsamen Interessen beruhende sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU zu etablieren.

Ich denke zum einen an die Bekämpfung des Terrorismus. Sie ist ein Eckpfeiler der europäischen Zusammenarbeit und ein wesentliches Element der gemeinsamen Räume äußere und innere Sicherheit. Die dramatischen Ereignisse von New York, Madrid, Beslan und Moskau zeigen, dass die Welt in den letzten Jahren unsicherer geworden ist. Die endlose Welle von Terroranschlägen ist möglich, weil wir uns international bei der Bekämpfung des Terrorismus viel zu wenig abstimmen. Die Terroristen nutzen das gnadenlos aus. Russland setzt daher alles daran, seine europäischen und internationalen Partner von der Notwendigkeit einheitlicher Standards der Terrorbekämpfung zu überzeugen. Wir bauen auf das enge Zusammenwirken mit der EU, sei es bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts und der Anti-Terror-Maßnahmen der UNO oder beim Kampf gegen den Zugang von Terroristen zu Massenvernichtungswaffen und gegen die Drogenkriminalität vor allem in Afghanistan. Der russische G8-Vorsitz im Jahr 2006 wird hoffentlich der Zusammenarbeit in diesem Bereich weitere Impulse verleihen: Wir möchten noch vor Übernahme des Vorsitzes ein gemeinsames Papier mit der EU über eine strategische Partnerschaft bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen verabschieden, mit dem wir die Global Partnership Against the Spread of Weapons and Materials of Mass Destruction weiterentwickeln können, die beim G8-Gipfel 2002 in Kananaskis begonnen wurde.

Gemeinsam mit der EU will Russland auch die so genannten eingefrorenen Konflikte in unserer gemeinsamen Nachbarschaft angehen. In Transnistrien, im Südkaukasus oder in der zentralasiatischen Region wird die EU alleine nicht viel ausrichten können. Gemeinsame Friedensmissionen bei diesen Konflikten werden allerdings unmöglich sein, solange Brüssel alleine über die Einsetzung und die Dauer von Friedenseinsätzen entscheidet und sich weigert, Russland an deren Planung und Führung zu beteiligen. Wir mussten darum schon mehrfach die Teilnahme an Friedens- und Polizeimissionen ablehnen – die Polizeimission in Bosnien-Herzegowina ist die einzige Ausnahme. Wir haben Brüssel oft gefragt,

Chizhov

Referat

Sicherheitspolitische Zusammenarbeit
im Rahmen der vier Räume umfasst ...

... die Bekämpfung des Terrorismus ...

... die Lösung der »eingefrorenen Konflikte«
in Transnistrien oder im Südkaukasus ...



... und eine bessere
militärische Zusammenarbeit

was denn etwa gegen eine von Russland geführte Mission unter der Beteiligung der EU spricht, ohne aber eine Antwort zu erhalten.

Die militärische Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU sollten wir besser koordinieren, auch im Hinblick auf die Europäische Verteidigungsagentur. Ein Anfang könnten hierbei direkte Kontakte zwischen den Vertretern des russischen Verteidigungsministeriums und ihren europäischen Kollegen aus dem EU-Militärausschuss und dem EU-Militärstab sein.

Eine bessere Koordination brauchen wir auch beim Zivilschutz, dessen Bedeutung die Tsunami-Katastrophe in Südostasien, die Überschwemmungen in Zentral-europa und die Waldbrände in Südeuropa deutlich vor Augen führen. Russland verfügt über große Erfahrungen bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen und anderen Havarien.

Grundsätzlich sind die Foren unserer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit durchaus brauchbar: regelmäßige Treffen Russlands mit der EU-Troika, Expertengespräche, Kontakte auf Arbeitsebene. Wir müssen es aber erreichen, dass die Ergebnisse dieser Beratung über klare Mechanismen tatsächlich in einem abgestimmten Vorgehen resultieren. Erst dann wird unsere Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage gestellt.

Kobrinckaja
Im Bereich der Sicherheit ist die NATO
Russlands wichtigster Partner

Bisher reicht das sicherheitspolitische Potential der EU nicht aus, um ein gleichberechtigter Partner Russlands zu sein. Darum unterhält Russland auch zu anderen Institutionen, in erster Linie zur NATO, intensive Beziehungen. Nur im Rahmen der NATO und auch der OSZE, der UNO und der G8 werden Russland und die EU im Bereich der äußeren Sicherheit effektiv zusammenarbeiten können.

Gebetsroithner

Der Forderung nach einer gemeinsamen Bekämpfung des Terrors kann jeder zustimmen. Aber bereits bei der Definition von Terror stoßen wir auf viele ungeklärte Fragen; zwischen der EU und Russland gibt es in diesem Punkt gravierende Differenzen. Einerseits sind wir beispielsweise sehr dankbar dafür, dass auf russischer Seite die Bereitschaft zur Lösung der so genannten eingefrorenen Konflikte besteht. Andererseits sind wir aber immer wieder enttäuscht, dass Russland bei konkreten Projekten oft zögert oder einen Rückzieher macht, zum Beispiel wenn es um eine Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE geht.

Brandenburg

Erfreulicherweise besteht auf russischer Seite ein Interesse zur Zusammenarbeit gerade bei Konflikten in unserer gemeinsamen Nachbarschaft. Die Union muss

ihre Politik in dieser Region kohärenter gestalten und dafür sorgen, dass ihre Rolle auch wahrgenommen wird; Russland ist dabei ihr gleichberechtigter Partner.

Beispiele für eine funktionierende multilaterale Zusammenarbeit kann man etwa im Kosovo, in Kirgisistan, in Usbekistan, im Nahen Osten und im Iran sehen. In Kürze wird ein eigener EU-Beauftragter für Zentralasien ernannt werden, um dort stärker präsent zu sein. Wir sind bereit, mit Russland bei der Lösung der Konflikte im südlichen Kaukasus zusammenzuarbeiten; in Georgien ist die Union nach den USA zweitgrößter Geber. In Transnistrien/Moldau kann es keine Lösung ohne eine Beteiligung Russlands geben – weder konzeptionell noch praktisch, und ebenso wenig ohne eine Beteiligung der Europäischen Union.

Einer der von Ihnen erwähnten Brennpunkte im Bereich der äußeren Sicherheit beherrscht zurzeit die Schlagzeilen: das Atomprogramm des Iran. Werden Russland und die EU hier eine gemeinsame Linie finden?

Die Wahl des radikalislamischen Bürgermeisters von Teheran, Ahmadinedschad, zum Präsidenten des Iran ist eine große außenpolitische Herausforderung, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Letztlich hat im Iran zwar der Wächterrat das letzte Wort, auch und vor allem in wichtigen außenpolitischen Fragen. Dieses Gremium wird aber im Zusammenspiel mit der neuen, nun deutlich radikaleren Regierung in der Nuklearpolitik des Landes noch weniger kooperationsbereit sein. Hier kann es in nächster Zukunft zu einer ernsthaften Krise kommen. Die drei Hauptakteure bei der Bewältigung dieser Krise sind die USA, die EU und Russland.

An jeden dieser Akteure richtet sich eine spezifische Frage. Die erste Frage geht an die EU: Wie groß ist ihre Bereitschaft, in der Krise den Sicherheitsrat einzuberufen und dann für die möglichen Konsequenzen in Form ökonomischer Sanktionen einzustehen? Die zweite Frage richtet sich an die Vereinigten Staaten: Wie sinnvoll ist es, sich dem Iran gegenüber seit Jahrzehnten diplomatisch durch die Schweiz vertreten zu lassen und jedes direkte Gespräch abzulehnen? Die dritte Frage richtet sich an Russland: An welchem Punkt wäre das Land bereit, die zivile nukleare Zusammenarbeit mit dem Iran abubrechen, um Druck auszuüben? Russland hat mit dieser Zusammenarbeit und der Drohung, sie zu beenden, das stärkste nichtmilitärische Mittel gegenüber dem Iran in der Hand.

Im Westen scheinen ja alle sehr bestürzt über die Wahlen im Iran zu sein. Lassen Sie mich erst einmal eine grundsätzliche Frage stellen. Waren das nicht freie und

Die Zusammenarbeit der EU mit Russland funktioniert im Kosovo, in Kirgistan ...

Eichwede

Thumann

... und hoffentlich im Fall des Iran

Chizhov

Die EU-Diplomaten in Georgien
kommen mir vor wie Abenteuer Touristen.

Chizhov

Wie kann sich der Westen über die Wahl von Ahmadinedschad beschweren? Es waren doch freie Wahlen

faire Wahlen, wie sie der Westen immer fordert? Zur Wahl eines unerwünschten Kandidaten können westliche Demokraten dann doch eigentlich nur zufrieden sagen: Das ist eben Demokratie. Oder etwa nicht?

Zum Zweiten denke ich, Mahmud Ahmadinedschad hat diese Wahlen nicht so sehr als Fundamentalist denn als Populist gewonnen. Schuld daran ist der letztlich kontraproduktive westliche Druck auf Teheran. Überlegen Sie sich schon einmal gut, welche Stellungnahme Sie abgeben, wenn aufgrund freier und fairer Wahlen unter westlichem Druck in Usbekistan statt Islam Karimov ein Fundamentalist gewinnt.

Eichwede

Ein weiterer Konflikt im Bereich der äußeren Sicherheit liegt näher: die russische Grenze zu Georgien. Russland wirft Georgien vor, im Pankisi-Tal nicht genug gegen das Einsickern von Terroristen nach Tschetschenien zu tun.

Himmelreich

Russland blockiert die OSZE bei der Lösung der georgisch-russischen Grenzprobleme

Für die Lösung der Probleme bei der Grenzsicherung Georgiens zu Russland wäre die OSZE ein sehr angemessenes Instrument. Ihr Mandat wurde aber nicht verlängert, weil Russland der Verlängerung der OSZE-Grenzüberwachung nicht zustimmte. Ich fürchte, die Schaffung weiterer diplomatischer Instrumente und die Suche nach neuen Formulierungen im Rahmen der vier Räume hilft so lange nicht weiter, als sich Russland und der Westen inhaltlich nicht in wesentlichen außen- und sicherheitspolitischen Fragen jenseits gedeihlicher Wirtschaftsbeziehungen näher kommen. Für eine solche Annäherung scheint der politische Wille derzeit zu fehlen.

Chizhov

In Georgien leistet die EU keinen ernst zu nehmenden Beitrag

Der Grenzschutz ist eigentlich Aufgabe eines jeden souveränen Staates. Weil es zweifellos Schwächen beim georgischen Grenzschutz gibt, unterstützen wir den Vorschlag, mit Hilfe der OSZE die Ausbildung der Grenztruppen zu verbessern. Die EU-Diplomaten kommen mir in diesem Zusammenhang aber vor wie Abenteuer Touristen. Ich hoffe, ich trete Ihnen durch meine Offenheit nicht zu nahe, aber ist es nicht so, dass die EU-Vertreter sich in einem gefährlichen Gebiet bewegen, ohne selbst Verantwortung für die Ereignisse oder auch nur für sich selbst übernehmen zu wollen? Wenn die EU die georgische Grenze mit ihren Leuten schützen möchte, so wie Russland es auf seiner Seite der Grenze tut, würden wir uns freuen. Wir könnten mit der EU sicher einfacher über die Zustände im Pankisi-Tal verhandeln als mit dem georgischen Präsidenten Saakaschwili. Mir scheint aber nicht, dass die EU zur Übernahme einer solchen Verantwortung bereit ist.



Der gesamte postsowjetische Raum ist Bewährungsfeld für die EU-russischen Beziehungen. Werden wir hier eine Konkurrenz um Einflussphären erleben, oder gelingt es, kompatible Integrationsmodelle zu entwickeln oder sogar gemeinsame Ansätze zu entwickeln?

Russland ist ein Anziehungspunkt für seine Nachbarn. Hunderttausende Ukrainer arbeiten dort, sehr viel mehr als in Ungarn oder Polen. Und trotz der georgischen EU-Ambitionen wird der Großteil der 25% des BIP, die von Georgiern im Ausland erwirtschaftet werden, von den 500.000–1.000.000 Georgiern in Russland verdient. Die eurasische Wirtschaft ist immer noch stark mit Russland verknüpft, und auf der Ebene des täglichen Lebens hat Russland schon jetzt einen alternativen Wirtschaftsraum, ungeachtet der politischen Krise an der Spitze der GUS.

Russland mag mit seinen postsowjetischen Nachbarstaaten dadurch integriert sein, dass viele Georgier in Russland arbeiten, dass Russisch nach wie vor die Fremdsprache Nummer eins ist, dass es in all diesen Ländern russische Fernsehprogramme gibt. Doch das russische Gesellschaftssystem hat seine Anziehungskraft, wenn es denn eine hatte, verloren. Abtrünnige GUS-Staaten können nur mit massiven Interventionen unter den Einfluss Moskaus gezwungen werden. Die Revolutionen in Georgien, in der Ukraine oder in Kirgisien zeigen das sehr deutlich. Die Bevölkerung der Staaten im postsowjetischen Raum bleibt aus objektiven wirtschaftlichen, energiepolitischen und militärischen Notwendigkeiten an Russland gebunden, fühlt sich nicht zu Russland hingezogen. Der Handel zwischen der EU und den USA hat seit dem Anfang der 1990er Jahre auch konstant zugenommen, ohne dass die Gesellschaften beider Staaten deshalb heute mehr Sympathie füreinander empfinden als 1991.

Die umfassende wirtschaftliche Integration Russlands mit dem postsowjetischen Raum findet zurzeit keinen angemessenen Ausdruck in den politischen Beziehungen. Obwohl die wirtschaftliche Existenz eines Großteils der Bevölkerungen der postsowjetischen Staaten von dem Geld abhängt, das sie in Russland verdienen, verbessert das in keiner Weise das politische Verhältnis. Vielleicht haben diejenigen Experten nicht Unrecht, die erklären, Russland solle seine Energie nicht länger zu Niedrigpreisen an die Ukraine oder Georgien verkaufen und damit indirekt in Staaten investieren, von denen keine politische Gegenleistung zu erwarten ist.

Eichwede

Hill

Die eurasische Wirtschaft ist eng mit Russland integriert

Himmelreich

Das mag sein, aber eher gezwungenermaßen

Kobrinskaja

Wichtige politische Kräfte in Russland
betrachten den postsowjetischen Raum
als russische Einflussphäre.

Lindner



Grinberg

Soll Russland die verbilligten
Energiefieferungen in den
postsowjetischen Raum einstellen?

Ich bin vermutlich der einzige Mensch in Moskau, der gegen eine Einstellung der verbilligten Energie- und Rohstofflieferungen an diejenigen GUS-Staaten ist, die sich auf die EU hin orientieren und eine volle Integration mit Russland ablehnen. Ich denke, das würde mittel- und langfristig Russland noch mehr schaden als den Abnehmerländern.

Lindner

Belarus könnte zum Streitpunkt zwischen
Russland, der EU und den USA werden

Im postsowjetischen Raum beobachten wir zurzeit widerstreitende Tendenzen: Zwischen Russland und der EU gibt es gleichermaßen Konkurrenz und Kooperation. Die Frage ist, welches Prinzip die Oberhand gewinnt.

Ich kann mir vorstellen, dass der Konkurrenzaspekt zunimmt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Duma, Kosachev, hat es zum Beispiel als heilige Pflicht Russlands bezeichnet, den Staaten in Russlands Nachbarschaft zu helfen. Wie andere russische Politiker auch hat er es dabei vermieden, die Staatlichkeit dieser Länder wirklich anzuerkennen. Das zeigt, dass wichtige politische Kräfte in Russland den postsowjetischen Raum tatsächlich noch als russische Einflussphäre betrachten.

Likhachev

Natürlich verfolgt Russland gegenüber den übrigen GUS-Staaten seine eigenen Interessen. Aber wir erkennen dabei Belarus, Kasachstan, die Ukraine und die übrigen Länder ohne Abstriche als souveräne Staaten an.

Lindner

Im Fall von Belarus wird sich zeigen, ob Russland und die EU zur Zusammenarbeit im Bereich der äußeren Sicherheit in der Lage sind. Wenn das Lukaschenko-Regime weiter unter Druck gerät und sich repressive Tendenzen gegenüber ausländischen Akteuren, aber auch gegenüber der eigenen Bevölkerung verstärken, kann das Land zu einem Objekt der Konkurrenz und der Auseinandersetzung zwischen Russland, der EU und den USA werden. Ich wünsche mir, dass man dem durch frühzeitige Gespräche entgegenwirkt.

Rahr

Im postsowjetischen Raum erlebt Russland zurzeit die zweite Phase des Zerfalls seines Imperiums. Seien wir ehrlich, die GUS ist am Ende. Russland arbeitet nur noch mit Belarus und Kasachstan zusammen, die Ukraine ist schon fast im Westen. Im kaspischen Raum haben sich die Amerikaner spätestens mit der Ceyhan-Pipeline als die große Macht etabliert.

Russland sieht, wie der Westen im postsowjetischen Raum seine Interessen verfolgt, und denkt zurzeit über eine Revision seiner Politik gegenüber diesen

In Russland herrscht eine irrationale Angst vor angeblichen EU-Integrationsbestrebungen.

Gebetsroithner



Staaten nach. Moskau hat erkannt, dass es die Nachbarstaaten nicht mit Gewalt reintegrieren kann. Argwöhnisch betrachtet der Kreml die westliche Zusammenarbeit mit politischen NGOs. In Russland fürchtet man sich vor weiteren Revolutionen. Die Europäische Union sollte Russland durch weitreichende Angebote etwa im Energiesektor zeigen, welche materiellen Vorteile von einer Kooperation mit der EU zu erwarten sind. So würde sie eine politische Alternative zum Denken in Einflussphären anbieten und Russland den Weg nach Westen öffnen.

Europäer erheben oft den Vorwurf, der russische Imperialismus erwache wieder zum Leben. Es herrscht eine ganz irrationale Angst angesichts jeder Art von Integrationsbemühungen im postsowjetischen Raum, selbst bei Verhandlungen über Kooperation in der Luft- und Raumfahrt oder Textilindustrie. Angesichts der Vormachtstellung Russlands (immerhin entfallen 70% des Potentials des postsowjetischen Raums auf Russland) und der damit zusammenhängenden Befürchtungen kleinerer Staaten ist eine solche Integration sowieso schwer genug durchzusetzen, obwohl sie für alle nützlich wäre. Die Primitivierung der Wirtschaft während der vergangenen 15 Jahre ist in niemandes Interesse, und eine Wiederbelebung des wissenschaftlichen und technischen Potentials aus Sowjetzeiten würde allen nützen.

Jeder postsowjetische Staat kann für sich selbst entscheiden, welchem Bündnis er sich anschließen will. Aber bis es so weit ist, dass etwa die Ukraine der EU beitrifft, haben doch alle ein Interesse daran, dass ihre wirtschaftlichen Strukturen gefestigt und ausgebaut werden, auch durch enge Zusammenarbeit mit Russland.

Ich bin überrascht zu hören, dass Sie eine »irrationale Angst der EU« vor angeblichen russischen Integrationsbestrebungen im postsowjetischen Raum diagnostizieren. Ich erlebe, ganz im Gegenteil, eine irrationale russische Angst vor angeblichen EU-Integrationsbestrebungen.

Glauben Sie mir, wenn die EU diese Länder in unserer gemeinsamen Nachbarschaft integrieren wollen würde, dann würden wir alle diese Länder mit offenen Armen zum Beitritt auffordern. Wir tun das aber nicht, weil wir eben nicht eine Strategie der Herauslösung aus dem russischen Einflussraum verfolgen. Wir wollen nur, dass unsere gemeinsamen Nachbarn frei und demokratisch über ihr politisches System und ihre außenpolitische Orientierung entscheiden können. Lassen Sie mich noch hinzufügen, bei unseren Kontakten mit den neuen Nachbarn wiederholen wir mit der Penetranz einer tibetanischen Gebetsmühle die

Grinberg

Eine Integration Russlands mit dem postsowjetischen Raum wäre für alle vorteilhaft

Gebetsroithner

Diese Länder müssen frei über ihre politische Orientierung entscheiden können

Die Beziehungen zwischen Russland
und der Türkei könnten in Zukunft
strategisch sehr wichtig werden.

Hill



Aufforderung: Bringt eure Beziehungen zu Russland in Ordnung. Das hat uns, etwa von unseren ukrainischen Partnern, schon viel Kritik und nicht zu selten den Vorwurf der Feigheit gegenüber Russland eingebracht.

Chizhov

Wir sollten die Länder auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nicht vor die Wahl zwischen Russland und der EU stellen. Stattdessen sollten wir gemeinsam sicherstellen, dass die Integrationsprozesse vereinbar bleiben und in Ost und West gleichermaßen zur Errichtung eines großen Europa ohne Trennlinien beitragen.

Der dritte Artikel der Präambel des Fahrplans zu den vier gemeinsamen Räumen hält das Ziel fest, im Rahmen eines intensiven Dialogs gemeinsam vorzugehen, ohne dass Russland und die EU aber auf eigene Initiativen verzichten. Dieser Artikel der Präambel ist ein goldener Kompromiss am Ende langwieriger und schwieriger Verhandlungen, er war bis zum Schluss strittig.

Eine funktionierende Integration sowohl mit der EU als auch mit Russland ist der beste Weg zur Stabilität. Es geht hier nicht um ein Nullsummenspiel, bei dem der eine verliert, was der andere gewinnt, sondern beide Seiten gewinnen.

Warlick

Auf lange Sicht wäre eine Fusion des EU-Binnenmarktes mit dem von Russland initiierten Einheitlichen Wirtschaftsraum aus Sicht der USA eine attraktive Perspektive.

Hill

Es besteht die Gefahr, dass die zurzeit
entstehende russisch-türkische
Partnerschaft sich gegen die EU richtet

Ich denke, dass die Beziehungen zwischen Russland und der Türkei, die zurzeit eine neue Qualität gewinnen, in Zukunft strategisch sehr wichtig werden könnten. Vor drei Jahren habe ich zum ersten Mal einen positiven Kommentar über die Türkei von einem russischen Politiker gehört. Heute reisen jährlich drei Millionen russische Touristen in die Türkei, die Russen sind im Begriff, den Deutschen den Rang als größte Touristengruppe streitig zu machen. Der russisch-türkische Handel umfasst heute etwa 15 Milliarden Dollar. Vielleicht wird diese Partnerschaft einmal eine ebenso wichtige transformative Wirkung für die Region haben wie die deutsch-französische nach dem Zweiten Weltkrieg für Westeuropa. Man muss sich nur vor Augen führen, wie viele Kriege Russland und die Türkei gegeneinander gekämpft haben, um sich über die Bedeutung ihrer heutigen Annäherung klar zu werden. Die EU muss aufpassen, dass das russisch-türkische Duo sich nicht gegen eine Europäische Union richtet, von der beide Länder zurückgestoßen wurden. Wir brauchen eine positive Partnerschaft, die die Türkei und Russland als Teil eines größeren gemeinsamen Unterfangens begreift.

Die Integration der Ukraine in europäische Strukturen ist die einzige Garantie gegen einen Rückfall in eine Feudaldemokratie.



Vydrin

In der Ukraine stoßen die Kräftefelder der EU und Russlands vielleicht am deutlichsten aufeinander. Wie wird die Entwicklung dieses Landes aussehen?

Für die Ukraine halte ich eine EU-Mitgliedsperspektive für sehr wichtig, um ihr nach der Revolution Orientierung zu geben.

Die USA wünschen sich, dass die EU sich gegenüber möglichen Beitrittskandidaten so aufgeschlossen wie möglich verhält. Beispielsweise hätte eine Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine einen wichtigen stabilisierenden Effekt, was wir sehr begrüßen würden.

Mir erscheint es entscheidend, dass alle europäischen Staaten – gemäß der KSZE-Schlussakte – selbst entscheiden können, wohin sie sich orientieren. Wenn wir dies ernst nehmen, dürfen wir nicht mehr in Einflusszonen denken.

Zur Ukraine habe ich vor einer Woche ganz anderes gehört als die hier verkündeten Empfehlungen eines EU-Beitritts, und zwar bei einer Konferenz im Liwadija-Palast in Jalta (wo, wie hier, früher einmal Stalin und Churchill mit den USA über die Zukunft Europas verhandelten). Dort saßen ukrainische Politiker mit Vertretern der russischen Duma zusammen. Die Russen argumentierten, nicht die Integration mit der EU, sondern nur die Annäherung an Russland würde der Ukraine Wohlstand bringen. Europa dagegen stehe für Einschränkungen im Handel, in der Gesetzgebung, im Finanzwesen, bei der Buchführung und Rechnungslegung und auf vielen anderen Gebieten.

Die Russen verstehen nicht, dass die ukrainische Elite ihr Land nicht zuletzt gerade wegen dieser Beschränkungen unbedingt in die europäischen Strukturen integrieren will. Wie auch für Rumänien ist das für uns die einzige Garantie gegen einen Rückfall in eine Feudaldemokratie, in der politische, wirtschaftliche und kriminelle Clans die Instrumentarien der Demokratie zum eigenen Vorteil ausnützen. Dafür, dass die ukrainische Elite sich durch eine EU-Perspektive an demokratische Beschränkungen gewöhnt, wird die Ukraine viele kurzfristige Nachteile in Kauf nehmen.

Wenn der Ukraine aber der Weg nach Europa dauerhaft versperrt bleibt, werden die positiven Entwicklungen unter der neuen Führung – etwa die Abschaffung der erniedrigenden Zollkontrollen am Kiewer Flughafen – sich früher oder später in ihr Gegenteil verkehren. Die noch schwache neue poli-

Eichwede

Karaganov

Warlick

Die USA würden eine EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine begrüßen

Brok

Vydrin

Russland betont die Vorteile einer Annäherung an Russland für die Ukraine

Von einem EU-Beitritt der Ukraine würde auch Russland profitieren, das unter der Korruption in der Ukraine ebenso leidet ...

... und in der Ukraine einen Fürsprecher in der EU gewönne

Kobrinškaja

tische Elite wird der Versuchung erliegen, ihre Macht zum eigenen Vorteil auszunutzen.

Ein Großteil der russischen Elite scheint nicht zu begreifen, dass von einem ukrainischen EU-Beitritt auch Russland profitieren würde. Das russisch-ukrainische Grenzgebiet ist zurzeit eine Hochburg der Korruption, in der durch gemeinsame illegale Ausbeutung der russischen Öl- und Gasvorkommen neunzig Prozent des Schwarzgelds in der Ukraine und fünfzig Prozent des gesamten russischen Schwarzgelds entstehen. Dieser Schwarzmarkt verhindert in beiden Ländern eine normale Entwicklung der Wirtschaft, und ein Ende der Korruption in der Ukraine durch einen EU-Beitritt würde beiden Ländern dienen.

Auch die russische Minderheit in der Ukraine würde von einem EU-Beitritt profitieren. Denn Europa vertritt die Interessen der russischen Bürger in den anderen Republiken oftmals besser als Russland selbst. Als ich Dozent an der Slawischen Universität Kiew war, hat nicht Russland, sondern Deutschland mir die nötigen Mittel zum Kauf russischer Lehrbücher und Computerprogramme zur Verfügung gestellt. Und während bei 26 Treffen zwischen den Präsidenten Putin und Kutschma die Frage der russischen Sprache in der Ukraine kein einziges Mal zur Sprache kam, hat die EU-Kommission Präsident Juschtschenko seit dessen Amtsantritt vor vier Monaten schon mehrfach gemahnt, die russische Sprache zu schützen.

Schließlich kann Russland sich langfristig einen Fürsprecher in den euroatlantischen Strukturen erwerben, wenn es die europäische Integration der Ukraine unterstützt. Denn früher oder später wird die Ukraine der EU und der NATO beitreten, mit der Unterstützung Russlands oder gegen seinen Widerstand. Wenn Russland die Ukraine jetzt unterstützt, wird die Ukraine später auch für die russischen Interessen eintreten. Wenn Russland aber die ukrainischen Bestrebungen torpediert und Schwierigkeiten voller Schadenfreude kommentiert – wie etwa bei den schwierigen Verhandlungen der Ukraine mit der WTO –, dann wird die Ukraine eines Tages in den Institutionen der Europäischen Union als Gegenspieler Russlands auftreten.

Selbst wenn ein EU-Beitritt der Ukraine Russland nützt und die freundschaftlichen Beziehungen Russlands zur EU nicht beeinträchtigt, möchte ich mich doch gegen diesen unterschweligen Erpressungsversuch wenden: Entweder ihr unterstützt den EU-Beitritt, oder ihr werdet als Feudaldemokratie gebrandmarkt, in der es statt einer Marktwirtschaft nur wirtschaftliche Grauzonen und Korruption

Der euroatlantische Prinz wird
das Mädchen Ukraine betrügen.

Rogozin



gibt. Die russische Erfahrung zeigt, dass es nicht nur den EU-Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft gibt. Im Übrigen denke ich, dass die Einschränkungen durch einen WTO-Beitritt genügen würden, um die Ukraine auf den richtigen Weg zu bringen, auch ohne EU-Mitgliedschaft.

Ich will Ihnen ja keine Vorschriften für die Entwicklung Russlands machen, ich habe nur über die Ukraine gesprochen. Das ukrainische Interesse richtet sich einzig und allein darauf, dass die Ukraine selbst nicht zu einer Feudaldemokratie wird.

Bitte fühlen Sie sich nicht angegriffen, Herr Vydrin. Auch in Russland gab es eine Orangene Revolution, und zwar schon im Jahre 1991. Damals war Russland ein junges Mädchen, das von dem euroatlantischen Prinzen träumte. Aber als dieser Prinz das Mädchen betrog, wurde es schließlich zu einer alten Jungfer. Wenn die alte Jungfer Russland ihre junge ukrainische Schwester vor dem euroatlantischen Prinzen warnt, ist es nur gut gemeint: Dieser falsche Prinz wird auch Sie in Ihrer Mädchenblüte auf jeden Fall betrügen.

Ein gemeinsamer russisch-ukrainischer Wirtschaftsraum etwa erscheint mir durchaus realisierbar und sinnvoll. Seine Schaffung hängt von zwei Voraussetzungen ab. Zum einen müsste Russland einen volkswirtschaftlichen Entwicklungsplan erstellen, der das Prinzip des Laissez-faire, laissez-aller der letzten fünfzehn Jahre ablöst. Wenn man diesen Plan so konzipiert, dass die russisch-ukrainische Wirtschaft die europäische ergänzt und beide gemeinsam zu einem global wettbewerbsfähigen Wirtschaftssubjekt werden, könnte davon auch die EU profitieren und möglicherweise ihre sozialen Standards erhalten. Hierzu müsste Russland auf jeden Fall die verbilligten Energielieferungen an die Ukraine erhalten.

Im Zusammenhang mit der Ukraine möchte ich auf eine bedauerliche Schwäche der Neuen Nachbarschaftspolitik der EU-Kommission hinweisen. Zwar ist Marokko ein ebenso wichtiger Nachbar wie die Ukraine, aber ich finde es geradezu gefährlich, auf beide im Rahmen der Nachbarschaftspolitik dasselbe Instrument anzuwenden. Die EU muss den Staaten, die keine Vollmitglieder werden können, differenzierte substantielle Alternativen anbieten, die der geographischen Lage, dem kulturellen Hintergrund und der Situation ihrer Wirtschaft und ihres politischen Systems angepasst sind.

Vydrin

Rogozin

Grinberg

Brok

Die EU-Nachbarschaftspolitik wendet auf die Ukraine und Marokko dieselben Instrumente an – das ist völlig unangemessen

Eichwede Hat die EU ein stringentes Konzept für ihre Nachbarschaft, Herr Thumann?

Thumann
Die EU braucht eine konsistente
Nachbarschaftspolitik

Jenseits der EU gibt es 15 Staaten, die sich alle als europäisch bezeichnen. Trotz vielfältiger Partnerschafts- und Nachbarschaftsprogramme hat die EU bisher kein einheitliches attraktives Programm zur Einbindung dieser Nachbarn entworfen. Unter allen Umständen muss gegenüber diesen Ländern der Eindruck vermieden werden, die mit der EU eingegangenen Partnerschaften seien Beziehungen zweiter, dritter oder vierter Klasse. Stattdessen muss hervorgehoben werden, welcher politische und welcher Prestigegewinn mit diesen Abkommen verbunden ist.

Gebetsroithner
Die hat sie durchaus!

Herr Thumann, die EU betreibt durchaus eine adäquate Nachbarschaftspolitik. Wir arbeiten mit den betreffenden Ländern gemeinsame Aktionspläne aus, deren Substanz man nicht auf die Frage des Beitritts und seines Termins reduzieren sollte. Denn alle diese Länder haben einen erheblichen Reformbedarf, vor allem, wenn es um die Angleichung an den Rechtsbestand der EU geht. Es wäre viel gewonnen, wenn die Länder sich ernsthaft an die Implementierung der Reformprogramme des Aktionsplans machten, statt voller Emotion immer wieder zu fragen: Will die EU uns oder will sie uns nicht?

Wenn sich jemand beschwert, dass am Ende des Aktionsplans nicht der Beitritt steht, dann antworte ich: Das Ende einer zeitlich begrenzten partnerschaftlichen Kooperation ist doch nicht das Ende der Partnerschaft. Der erfolgreiche Abschluss eines gemeinsamen Projekts resultiert in der Fortsetzung der Partnerschaft.

Wendet man sich der Praxis der Partnerschaft zu, so zeigt sich, dass die Partner der EU leider wenig Konkretes zu bieten haben. Es erklären zwar alle ständig, dass sie zu allem bereit sind, aber – das sage ich jetzt ganz ehrlich und undiplomatisch – in der Praxis geschieht wenig. Es gibt kaum Punkte in den Aktionsplänen, die man schon abhaken könnte.

Chizhov Ich fürchte, das Wider Europe-Konzept der EU hatte ursprünglich das Ziel, die Ukraine, Belarus und Moldau zu einer Art Pufferzone zwischen der EU und Russland zu machen. Durch unseren produktiven Dialog mit der EU hat sich das inzwischen glücklicherweise geändert.

Eichwede Ein weiteres Problemfeld der Beziehungen Russlands zur EU liegt in drei Staaten, die bereits EU-Mitglieder sind: Estland, Lettland und Litauen. Russland beklagt eine Diskriminierung der russischen Minderheit. In der Tat gibt es Streitpunkte.



Lassen Sie mich etwas zu den strittigen Grenzfragen mit den baltischen Ländern sagen. Mit Litauen wurde bereits ein einvernehmlicher Grenzverlauf gefunden, und die betreffenden Grenzverträge sind inzwischen unterschrieben, ratifiziert und in Kraft gesetzt worden. Die Verhandlungen mit Lettland verliefen reibungslos, bis mit der Annahme einer einseitigen Zusatzklärung im lettischen Ministerkabinett sämtliche Grenzvereinbarungen hinfällig wurden. Lettland hat seine Chance verstreichen lassen. Auch mit Estland wurde am 18. Mai in Moskau – nach dem Vorbild Litauens – ein Vertrag über den Verlauf der Staatsgrenze sowie über die Abgrenzung in der Bucht von Narva und dem Finnischen Meerbusen unterzeichnet. Das estnische Parlament erweiterte das Abkommen aber einseitig um einige – für Russland unannehmbare – Verweise auf verschiedene politische Dokumente und einen ungültigen Vertrag aus dem Jahr 1920. Solange diese Ergänzungen bestehen bleiben, können wir keine weiteren Schritte unternehmen und die russische Duma kann den Vertrag nicht ratifizieren – sobald sie gestrichen werden, ist eine Einigung in greifbarer Nähe.

Ein weiterer Streitpunkt ist die russische Enklave Kaliningrad, die jetzt wegen des geplanten Treffens von Putin, Schröder und Chirac anlässlich der 750-Jahr-Feier in den Schlagzeilen ist.

Die Frage Kaliningrad hat für Russland eine sehr große Bedeutung und hätte längst gelöst werden müssen. Weil das Kaliningrader Gebiet aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Enklave hervorging, ist der ungehinderte Zutritt aller russischen Staatsbürger zu einem administrativen Problem geworden.

Zugegebenermaßen hat Russland die Sache eine Weile nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten, und als Präsident Putin mich zu seinem Sonderbeauftragten für Kaliningrad ernannte, blieb mir wenig Zeit. Die Verhandlungen waren schwierig, und die EU-Vertreter traten außerordentlich überheblich auf und legten große Gleichgültigkeit an den Tag. Dennoch konnten wir uns auf ein Papier mit ersten Schritten einigen.

Diese Vereinbarung von 2002, die als Übergangvereinbarung gedacht war, hat die EU inzwischen umdefiniert in eine endgültige Vereinbarung. Russische Staatsbürger müssen nicht mehr vor der litauischen Botschaft in Moskau für ein kostenpflichtiges Visum anstehen, gut, aber was ist aus dem Plan eines Schnellschritts geworden, der russische Staatsbürger ohne Visum aus Kaliningrad nach Petersburg oder Moskau bringt?

Chizhov

Die Grenzstreitigkeiten mit den baltischen Staaten sind deren Schuld, nicht die Russlands

Eichwede

Rogozin

Der EU sind die russischen Visa- und Transitprobleme mit Kaliningrad gleichgültig

Die Kaliningrad-Verhandlungen
waren wie ein schlechtes Fußballspiel
mit vielen nutzlosen Pässen.

Kotenev



Die Enttäuschung in der russischen Öffentlichkeit über die Gleichgültigkeit der EU ist ein Grund dafür, dass die Befürworter einer europäischen Integration immer weniger und die Anhänger des russischen Nationalismus immer mehr werden.

Kotenev

Bei meiner Teilnahme an den Verhandlungen über Kaliningrad kam ich mir vor wie bei einem schlechten Fußballspiel mit vielen nutzlosen Pässen. Brüssel verweist uns nach Vilnius, Vilnius verweist uns zurück nach Brüssel und so weiter.

Mit Veränderungen wie dem Beitritt der baltischen Staaten zur EU und dann zum Schengener Abkommen ergibt sich praktisch über Nacht eine völlig neue Situation, ohne dass Russland zuvor konsultiert würde. Man hat uns erst im Nachhinein überhaupt Gespräche – nicht etwa Verhandlungen – angeboten, und die dauern noch heute an. Wenn man die andauernden Transitprobleme und die polnische Ablehnung des Projekts eines osteuropäischen Verkehrskreuzes bedenkt, so fragt man sich, ob die EU tatsächlich an einer Lösung der Probleme interessiert ist. Eine Sonderwirtschaftszone Kaliningrad ist ein interessantes Projekt, von dem beide Seiten profitieren können, doch angesichts der Haltung der EU scheinen »blühende Landschaften«, um mit Helmut Kohl zu sprechen, für Kaliningrad noch in weiter Ferne.

Likhachev

Die EU verschleppt die Lösung
der Probleme Kaliningrads

Herr Rogozin hat sich als Beauftragter für Kaliningrad seinerzeit keineswegs auf Polittourismus beschränkt, sondern sehr ernsthafte Verhandlungen mit der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat geführt. Bereits 1999 schlug die Russische Föderation der EU die Einrichtung einer Sonderkommission zur Kaliningrad-Frage vor. Aber ihre Einrichtung wurde erst fünf Jahre später beschlossen, auf dem Gipfel von Den Haag im Jahr 2004. Die EU verschwendete also volle fünf Jahre.

Brandenburg

Die Lage Kaliningrads ist nicht so schlecht,
und die EU ist sehr bereit zur Kooperation

Herr Rogozin hat auf die Erfahrungen hingewiesen, die er bei der Aushandlung des Transitabkommens mit der EU für die Region Kaliningrad im Jahre 2002 gemacht hat. Diese Vereinbarungen funktionieren im Großen und Ganzen, wenn es auch noch Probleme beim Gütertransit und in einigen anderen Gebieten gibt, die Russland und die EU noch gemeinsam zu lösen haben. Eine enge und sachorientierte Kooperation ist schon deshalb wünschenswert, damit es nicht wieder zu Berichten kommt, wie sie im Sommer 2002 über Monate in der russischen Presse zu lesen waren. Das ging bis zur Drohung, Russland werde ein Atomkraftwerk an die

Grenze zu Litauen bauen, wenn die Europäische Union nicht einlenkte. Viele von uns fühlten sich in die Zeit des Kalten Krieges zurückversetzt. Besonders infam war in diesem Zusammenhang die Unterstellung, dass im Hintergrund die Deutschen revanchistische Ziele verfolgten. Solche Polemiken haben der Sache damals nichts genützt; sie entsprechen auch nicht dem Stand unserer Beziehungen.

Die EU sollte ihre Aufmerksamkeit auf den Personentransit konzentrieren. Bisher funktioniert er – von der EU finanziert – nicht schlecht. In der zweiten Jahreshälfte möchte die EU-Kommission ein Audit über seine Kosten für die Gemeinschaft durchführen, was bei einem so kostspieligen Projekt nur recht und billig ist. Aber das Ziel darf nicht sein, die Kosten abzuwälzen. Würde die EU die Finanzierung Litauen überlassen, wäre das nicht gerecht – noch ungerechter wäre es allerdings, sie Russland aufzubürden. Schließlich haben wir die heutige Transitproblematik in Kaliningrad nicht verursacht. Wir halten es für angemessen, dass die EU die Transitzkosten weiter finanziert.

Unser nationales Interesse für die Zukunft lässt sich auf einen Nenner bringen: Es darf – auch nach einem Beitritt Litauens zum Schengener Abkommen voraussichtlich im Jahr 2007 – keinerlei Verschlechterung der Transitbedingungen für russische Staatsbürger geben.

Weder ist die Situation in Kaliningrad so schlecht, wie manche sagen, noch wird von europäischer Seite nichts unternommen. Der Güterverkehr nach Kaliningrad zum Beispiel hat um 10% zugenommen und der Hafenumsatz um 27%. Die EU ist ja auch bereit, Gelder für die sozioökonomische Entwicklung Kaliningrads zur Verfügung zu stellen. Aber ohne russische Vorschläge für die Verwendung dieses Geldes können wir nichts tun.

Zur Lösung solcher Probleme brauchen wir weder eine Verfassung noch einen Außenminister. Administrative Schwierigkeiten können wir in Brüssel auch ohne diese Reformen abbauen; umgekehrt hindert niemand Russland daran, etwa in Kaliningrad endlich attraktive Bedingungen für Investoren zu schaffen.

In Sachen Kaliningrad geht es übrigens nicht deshalb so langsam voran, weil die EU nicht die richtigen Strukturen der Zusammenarbeit bietet. Das Problem ist, dass wir unsere Zeit mit fruchtlosen Diskussionen darüber verbracht haben, in welcher Zusammensetzung wir uns treffen sollen.

(Protest auf der russischen Seite)

Chizhov

Auch nach einem Beitritt Litauens zum Schengener Abkommen darf sich die Transitsituation nicht verschlechtern

Gebetsroithner



Gebetsroithner Nicht? Ich habe es jedenfalls so erlebt.

Brok Kaliningrad ist ein Beispiel dafür, wie einzelne Probleme die gesamten Beziehungen überlagern können. Dabei könnte die Region ein Trumpf für die Partnerschaft der EU mit Russland sein. Die Idee, Kaliningrad zu einer dynamischen Sonderwirtschaftszone zu entwickeln, halte ich nach wie vor für vielversprechend. Wenn es der EU und Russland gelingt, in diesem begrenzten Gebiet konstruktiv zusammenzuarbeiten, hat das Modellwirkung für die Beziehungen im Ganzen.

Wir müssen mit aller Klarheit deutlich machen, dass niemand die russische Souveränität über Kaliningrad oder andere Teile der Russischen Föderation anzweifelt. Umgekehrt müssen wir um Verständnis dafür werben, dass die intensiven und schwierigen Verhandlungen über Transit- und Visafragen unvermeidlich sind, damit wir die Schengen-Fähigkeit der EU-Nachbarn Kaliningrads nicht beeinträchtigen. Auch die kleinen baltischen Staaten möchten Schengen beitreten. Ich hoffe, dass die EU erfolgreich zwischen ihren neuen Mitgliedsländern und Russland vermitteln kann, um die Emotionalität aus den Verhandlungen herauszunehmen, die diese Verhandlungen oft behindert hat.

Eichwede Jetzt sind wir mitten im Raum der inneren Sicherheit. Visafragen sind nicht nur in Kaliningrad ein Problem, sondern das Wort Schengen erfreut sich in Russland insgesamt keiner sonderlichen Beliebtheit, nicht wahr, Herr Rogozin?

Rogozin
Das Schengen-Abkommen engt die
Reisefreiheit russischer Bürger ein

In der Tat: Damit ein großes Europa für die russischen Bürger attraktiv wird, müssten die Werte, für die die EU steht, erst einmal für den russischen Bürger fühlbar werden. Die im Zuge der Revolution von 1991 versprochene Bewegungsfreiheit etwa wurde nie verwirklicht. Im Gegenteil, erst durften Russen nicht mehr frei in die Tschechoslowakei einreisen, dann nicht mehr nach Polen, Bulgarien und am Ende auch nicht mehr nach Zypern. Dafür ist die EU mit dem Schengen-Abkommen direkt verantwortlich.

Chizhov Viele Europäer beklagen, wie kompliziert es sei, ein Visum für Russland zu erhalten. Aber russische Staatsbürger stoßen in den Botschaften der EU-Länder in Moskau auf ähnliche oder noch größere Schwierigkeiten. Wenn wir ein freies Europa ohne Grenzen wollen, müssen wir uns um diese praktischen Probleme kümmern. Nicht umsonst ist Schengen für die meisten Russen ein Schimpfwort. Wenn wir also von einem vereinten Europa sprechen, dann sollten wir uns dieser

Russland ist ein verlässlicherer Energielieferant als der Iran oder Saudi-Arabien.

Chizhov

Frage zuerst annehmen, denn sie betrifft Millionen von Menschen. Bei den Verhandlungen über den Fahrplan zu den vier gemeinsamen Räumen war dies ein wichtiger und bis zum Schluss umstrittener Punkt. Wir haben uns zwar auf einen Kompromiss geeinigt, eine praktische Lösung ist aber noch nicht gefunden.

Lassen Sie uns nun noch auf den ersten Raum zu sprechen kommen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ein besonders wichtiger Bereich ist in diesem Zusammenhang der Energiedialog.

Einige Zahlen machen das bereits erreichte Maß der Zusammenarbeit deutlich. Heute werden bis zu 30% des Erdölbedarfs und 48% des Erdgasbedarfs der EU-Länder durch Lieferungen aus Russland gedeckt. Das strategische Konzept zur Entwicklung der Beziehungen zur EU sieht sogar vor, dass der Anteil im Jahr 2015 auf bis zu 70 Prozent anwächst. Diesen Weg der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben wir also schon erfolgreich bestritten.

Beim Energiedialog sehe ich einen geradezu dialektischen Widerspruch: Dem Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland steht die Furcht vor einseitiger Abhängigkeit gegenüber. Realistisch betrachtet wird der russische Anteil an den Erdöl- und Erdgasimporten der EU in den nächsten 15 bis 20 Jahren weiter steigen. Es wäre aber Unsinn, das als zunehmende Unsicherheit in der Energieversorgung zu betrachten. Denn Europa wird immer auf Energieimporte angewiesen bleiben, wenn nicht von Russland, dann von Iran oder Saudi-Arabien. Im Vergleich mit diesen Ländern, deren künftige Entwicklung in einem gewissen Maße unsicher ist, ist Russland doch wohl ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Lieferant. Wenn die Lieferungen einmal unterbrochen werden sollten, dann werden daran vielleicht die Transitstaaten schuld sein, aber nicht Russland.

Ich denke schon, dass die gegenseitige Abhängigkeit in Energiefragen mittel- und langfristig zu einem Problem werden wird. Genau wie Europa die einseitige Abhängigkeit von Russland zu vermeiden versucht, will Russland nicht ganz von der EU als Verbraucher abhängen und sucht darum schon heute nach neuen Absatzmärkten in Ostasien.

Dass Öl- und Gasexport zu einer Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen führt, musste Russland in den 1970er und 1980er Jahren schmerzhaft erfahren. Roh-

Eichwede

Likhachev

Der Energiedialog zwischen Russland und der EU ist eine Erfolgsgeschichte

Chizhov

Kobrinskaja

Aber die starke gegenseitige Abhängigkeit in Energiefragen wird zum Problem werden

Rogozin

stoffreichtum allein macht aus einem Staat noch keine Großmacht, und Russland war immer mehr und wird immer mehr sein als die Tankstelle der Welt.

Die europäische und deutsche Phobie aber, von den russischen Erdöl- und Erdgaslieferungen abhängig zu werden, halte ich für falsch. Abhängigkeit zwischen befreundeten Partnern kann durchaus positiv sein. Auch zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union gibt es eine Form gegenseitiger Abhängigkeit, und Ähnliches gilt für die NATO-Staaten. Das einfachste Beispiel für positive Abhängigkeit ist die Ehe: Man gibt einen Teil seiner persönlichen Unabhängigkeit auf, um eine neue gemeinsame Qualität zu erreichen.

Natürlich, Abhängigkeit von den falschen Leuten kann negative Folgen haben. Als ich als Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten der Duma das diktatorische turkmenische Regime kritisierte, erhielt ich einen Anruf von Gazprom. Die Geschäftsleitung teilte mir mit, Gazprom könne leider keine Gasleitungen in meinem Wahlkreis verlegen, denn angesichts meiner Kritik an Turkmenistan würde man damit seine guten Beziehungen zu den turkmenischen Gaslieferanten aufs Spiel setzen.

Aber bitte, eine gegenseitige Abhängigkeit Deutschlands oder der EU und Russlands ist etwas Positives, nicht nur bei Rohstoffen, sondern auch bei Technologien, Investitionen, Finanzkapital und Human Resources. Wir sind doch nicht Turkmenistan, und Putin ist, bei aller Kritik, nicht Turkmenbaschi.

Hill

Pipelines erhöhen die Abhängigkeit der Produzenten von den Abnehmern

Pipelines sind sehr teuer, und wenn sie erst einmal gebaut sind, erhöhen sie die gegenseitige Abhängigkeit. Russland hat seine Lektion durch das Verhalten der Türkei nach dem Bau der Blue Stream Gaspipeline gelernt. Die Gasgeschäfte haben zwar die russisch-türkischen Beziehungen verbessert, aber in manchen Bereichen haben sich die Türken als der stärkere Partner erwiesen. Indem sie den langfristigen Vertrag mit Russland in Frage stellten, konnten sie den eigentlich bereits festgelegten Preis neu verhandeln. Sie haben die Russen in einem gewissen Maße in Geiselschaft genommen. Die Abhängigkeit von Einkünften aus Öl- und Gasverkäufen ist eine von Russlands größten Schwächen. Auch die erfolgreichen russischen Industriebetriebe verdanken ihren Aufschwung vor allem dem Energiegeschäft. Die Produktion von Güterwaggons zum Beispiel ist deshalb gestiegen, weil Russland in Ermangelung von Pipelines den Öltransport nach China über die Eisenbahn abwickelt. Die Russen sind sich über diese Schwäche sehr wohl im Klaren und suchen im Moment Wege zu einer Diversifizierung ihrer Wirtschaft. Energie hat zum Wandel in der Sowjetunion beigetragen, weil sie die wirtschaft-

liche Achillesferse der UdSSR war: Als die Energiepreise in den 1980er Jahren dramatisch fielen, traf das die gesamte russische Wirtschaft

Heute ist Russland in hohem Maße von Europa als Hauptabnehmer abhängig. Chinas Energiehunger hat zwar den globalen Energiemarkt verändert, aber bisher gibt es noch keine Pipelines dorthin. Sie zu bauen wird lange dauern, und die Chinesen haben sich noch nicht einmal entschieden, von wem sie auf die Dauer Öl und Gas kaufen wollen.

Darum sollten wir den Energiedialog nicht nur zwischen Russland und Deutschland, sondern zwischen Russland und Europa voranbringen, solange Russland sich noch nicht nach Asien umorientiert hat. In der Sowjetzeit war die Zusammenarbeit vor allem mit Deutschland im Bereich der Energie ein wichtiger Faktor der Entspannung. Die EU sollte diesen Bereich viel mehr betonen und vielleicht sogar einen eigenen Raum daraus machen, statt die Energie nur als Teil des ersten Raumes zu behandeln.

In Sachen Energiepolitik gegenüber Russland ist die EU gespalten. Die Ceyhan-Pipeline hat jetzt zum ersten Mal das russische Monopol im Kaukasus aufgebrochen. Zum Projekt einer nördlichen Pipeline im Ostseegebiet gibt es eine Alternative, die von anderen Staaten favorisiert wird: die GUAM, die Allianz Georgiens, der Ukraine, Aserbaidshans und Moldawiens, stärker ins Spiel zu bringen. Die Union ist keineswegs einig, wie sie sich hier verhalten soll.

Auf die Diskussion von Energiefragen werden wir in unserem Gespräch über bilaterale Beziehungen von EU-Staaten zu Russland noch einmal zurückkommen. Nun möchte ich noch einen weiteren Bereich ansprechen, den wir in unserer Diskussion über die vier gemeinsamen Räume immer wieder gestreift haben: alternative Foren der Zusammenarbeit. Ich denke vor allem an die OSZE, die NATO und den Europarat. Herr Chizhov: Welche Rolle soll die OSZE aus russischer Sicht spielen?

Russland baut auf die internationale Ordnung und betreibt deshalb – gemeinsam mit der EU – die Stärkung des Europarats und der OSZE. Seit 30 Jahren leistet die OSZE, ursprünglich als KSZE, einen bedeutenden Beitrag zur Entspannungspolitik in Europa. Unter ihrer Ägide entstanden wichtige Maßnahmen gegen den illegalen Waffenhandel und Menschenhandel, und sie hat zur Beilegung regionaler Konflikte ebenso beigetragen wie zur Förderung der Demokratie.

Rahr

Die EU-Mitgliedstaaten sind im Bereich der Energiepolitik nicht einig

Eichwede

Chizhov

Russland will die OSZE als Forum des gleichberechtigten Dialogs stärken

Ist es wirklich im russischen Interesse,
wenn die OSZE durch die russische
Blockade einen langsamen Tod stirbt?

Thumann

Aber die Zukunft der OSZE hängt davon ab, ob sie den heutigen Anforderungen gerecht werden kann. Russland möchte, dass sie endlich ihre einseitige Politik gegenüber Staaten außerhalb der EU oder der NATO beendet und damit die letzten Rudimente der Blockpolitik endgültig abstreift. Die OSZE muss wieder zu einem Forum des gleichberechtigten politischen Dialogs zwischen den Nationen werden. Dazu benötigt die OSZE vor allem einen neuen sicherheitspolitischen Ansatz und muss sich auch wieder ihres wirtschaftlichen Aspekts entsinnen.

Thumann

Russland tut nichts für die
Stärkung der OSZE, im Gegenteil

In Osteuropa und im Kaukasus bietet sich eine gute Gelegenheit für Russland und die EU, sicherheitspolitisch vereint tätig zu werden. Die OSZE ist ein sehr wichtiges – und in der Vergangenheit bewährtes – Instrument. Allerdings ist Russland gegenüber OSZE-Missionen sehr kritisch eingestellt. Ist es wirklich im russischen Interesse, wenn die OSZE, so wie es jetzt durch die russische Blockade geschieht, einen langsamen Tod stirbt?

Chizhov

Die Zusammenarbeit Russlands mit
der NATO funktioniert recht gut

Russland ist keineswegs an einem schleichenden Ende der OSZE interessiert. Wollten wir das Ende der OSZE, dann wüchsen längst Blumen auf ihrem Grab. Im Gegenteil, Russland hat in den letzten Monaten die OSZE vor einigen Misserfolgen bewahrt, unter anderem vor der absonderlichen Idee, OSZE-Wahlbeobachter im Irak einzusetzen.

Likhachev

Die OSZE steckt in der Krise, und das Gleiche gilt in den Augen vieler auch für den Europarat. Zudem verstricken sich diese Institutionen in Kompetenzkämpfe. Denken Sie an die Auseinandersetzungen zwischen EU und Europarat um den Führungsanspruch bei Menschenrechtsfragen oder an die Widersprüche in der Entwicklung der OSZE und des Europarats. Ich halte das angesichts der sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen, vor denen die Staaten Europas stehen, für unverantwortlich. Darum möchte ich die Einrichtung eines Rates für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorschlagen, der die beiden entscheidenden Akteursgruppen versammelt: Staaten und internationale Organisationen. Als beratendes Organ könnte dieser Rat helfen, die Kräfte der Akteure zu bündeln und Reibungsverluste durch Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden.

Eichwede

Wie ist die Rolle der NATO als Gesprächsforum Russlands mit dem Westen zu bewerten?



Wir begrüßen aufeinander abgestimmte – und eben nicht konkurrierende – Bemühungen der UNO, Russlands und der NATO beim Aufbau verlässlicher Sicherheitsstrukturen. Die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der NATO sind inzwischen zu einem wesentlichen Bestandteil der europäischen und euroatlantischen Stabilität geworden. Daher sind wir mit der Arbeit des NATO-Russland-Rates im Allgemeinen zufrieden, wie Präsident Putin und der NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer erst gestern in Moskau bekräftigten. Mit der Intensivierung unserer Zusammenarbeit mit der NATO würdigen wir die Transformationsprozesse dieses Bündnisses. Mit Interesse haben wir die Vorschläge des NATO-Generalsekretärs zur Stärkung der politischen Dimension des Bündnisses und zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit der UNO, mit der EU und mit Russland zur Kenntnis genommen.

Chizhov

Die NATO ist vielleicht die einzige Organisation, die Russland in Fragen der Sicherheit ernst nimmt und für verlässlich hält.

Gomart

Russland verlässt sich auf niemanden anderen als auf sich selbst. Es würde niemals der NATO beitreten, ist aber zur gleichberechtigten Zusammenarbeit im Kampf gegen die neuen Bedrohungen bereit.

Chizhov

III. Die Rolle bilateraler Beziehungen

Eichwede

Lassen Sie uns nun über die Rolle bilateraler Beziehungen in den Beziehungen Russlands zum Westen sprechen. Ich habe in Gesprächen in Deutschland und Russland den Eindruck gewonnen, dass viele Probleme im Kontext der EU-russischen Beziehungen sehr viel schwieriger erscheinen als in den bilateralen deutsch-russischen Kontakten. Es stellt sich die Frage: Sind Sonderbeziehungen etwa zwischen Deutschland und Russland ein Nukleus für engere Beziehungen im Rahmen der EU, oder behindern sie eine integrierte EU-Außenpolitik? Nützen Männerfreundschaften oder führen sie dazu, dass alles Unangenehme ausgeklammert wird?

Herr Schäuble, Sie sind einer der profiliertesten deutschen Außenpolitiker und das außenpolitische Schwergewicht der CDU/CSU-Fraktion, die nach Meinung vieler ab Herbst 2005 die deutsche Regierung stellen wird. Wie sollte sich die deutsche Außenpolitik gegenüber Russland in eine europäische Außenpolitik und in die transatlantische Partnerschaft einordnen?

Schäuble
Referat

Grundsätzlich muss Integration, das ist meine feste Überzeugung, das Schlüsselwort der deutschen Außenpolitik sein. Manchmal bin ich altmodisch genug, die Präambel unseres Grundgesetzes zu zitieren. Dort heißt es immer noch, das deutsche Volk sei von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Das ist eine Konsequenz aus der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Streben der derzeitigen Regierung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, die Schaffung von »Achsen« oder das Gerede von einem »deutschen Weg« halte ich für geschichtsvergessen und schädlich.

Eine CDU-Regierung würde die deutsche
Russlandpolitik europäisch einbinden

Eine christdemokratisch geführte Bundesregierung wird sicherstellen, dass deutsch-russische Beziehungen immer im Kontext der EU und einer verlässlichen transatlantischen Partnerschaft stattfinden, statt »Achsen« zu bilden. Wenn wir uns schon mit geometrischen politischen Konstruktionen beschäftigen, dann damit, das Weimarer Dreieck Polens, Frankreichs und Deutschlands durch Einbeziehung Großbritanniens zu einem Viereck zu erweitern.

Eine Einbindung der deutschen in die europäische Außenpolitik ist aus deutscher Sicht der einzig zielführende Weg. Auch ermöglicht nur sie stabile Beziehungen zu Russland. Die Geschichte zeigt, dass Sonderbeziehungen, und erst recht wenn man sie mit Bezeichnungen wie »Achse« belegt, letztlich immer eine Quelle des Misstrauens, der Unsicherheiten und damit der Instabilität sind.

Umgekehrt ist es in Moskaus Interesse, nicht auf fragwürdige Sonderbeziehungen zu Deutschland oder Frankreich zu setzen, sondern auf langfristige

Die Schaffung von »Achsen« halte ich für geschichtsvergessen und schädlich.

Schäuble



Zusammenarbeit mit all seinen europäischen und atlantischen Partnern. Auf die Dauer werden die Früchte einer solchen Kooperation für Russland viel mehr wert sein als etwa die Bezeichnung Putins als »lupenreiner Demokrat« durch den deutschen Kanzler, die in großen Teilen der Welt vor allem Befremden ausgelöst hat.

Dass ich die deutsche Außenpolitik immer europäisch und transatlantisch eingebunden sehen möchte, heißt aber natürlich nicht, dass wir keine nationale Außenpolitik mehr betreiben dürfen. Die europäische Außenpolitik muss nationale und gemeinschaftliche Elemente kombinieren und tut das zum Teil auch schon recht erfolgreich. Im Rahmen der EU-Außenpolitik kann und soll Deutschland seinen spezifischen Beitrag dazu leisten, dass die Anbindung Russlands an die europäischen und transatlantischen Strukturen unumkehrbar wird.

Was genau können nun die deutsch-russischen Beziehungen zu den Beziehungen der EU und des Westens zu Russland beitragen? Ich denke, zum Ersten kann das Verhältnis Deutschlands und Russlands als Beispiel dafür dienen, wie man aus den Lasten der Vergangenheit, aus einer fürchterlichen gemeinsamen Geschichte, Chancen für die Zukunft macht. Die Deutschen mussten es erst lernen, aber im deutsch-russischen Verhältnis sehen wir vor allem seit den 1980er und 1990er Jahren bemerkenswerte Erfolge. Zur Frage des Umgangs mit der eigenen Vergangenheit, die etwa auch die Japaner in ihrem Verhältnis zu China verfolgt, oder auch die Türken in ihren Beziehungen zu Armenien, können die deutsch-russischen Beziehungen einen spezifischen Beitrag leisten.

Zweitens kann die EU-Russlandpolitik auch von dem historisch gewachsenen Respekt Deutschlands vor Russland lernen. Nach der langen und schwierigen gemeinsamen Geschichte wird niemand in Deutschland Russland jemals als eine quantité négligeable betrachten, so wie das in Brüssel zuweilen geschieht. Bei den Verhandlungen zu Kaliningrad etwa hatte man manchmal diesen Eindruck. Die herablassende Haltung mancher EU-Beamter, ihre Überzeugung, sie alleine vertreten Europa, mindert verständlicherweise Russlands Bereitschaft, ein offenes und partnerschaftliches Verhältnis aufzubauen.

Respekt darf aber berechtigte Kritik Deutschlands an Russland nicht ausschließen. So unumgänglich eine Kooperation mit Russland für die Lösung vieler weltpolitischer Probleme ist, so wenig dürfen wir angesichts des harten russischen Vorgehens im Kaukasus und der bedenklichen Entwicklungen der russischen Zivilgesellschaft schweigen. Nur so wird Deutschland auch langfristig für Russland zum glaubwürdigen Partner.

Nationale und europäische Außenpolitik müssen sich ergänzen

Deutschland und Russland haben gelernt, mit ihrer gemeinsamen Geschichte konstruktiv umzugehen

Unsere nationale Identifikation nach dem Ende der Teilung Europas speist sich aus der Interpretation der Geschichte.

Reiter



Europas Außenpolitik kann von Deutschlands spezifischen historischen Bindungen an Russland also in mancher Hinsicht profitieren. Wenn es gelingt, die deutsche Russlandpolitik fest in einen europäischen und transatlantischen Rahmen zu integrieren, werden alle Beteiligten daraus mehr Nutzen ziehen als aus deutsch-russischen Sonderbeziehungen.

Historische Dimensionen

Eichwede

Sie haben drei Punkte angesprochen: die Notwendigkeit der Einbindung deutscher Außenpolitik in den europäischen und den transatlantischen Kontext, die Bedeutung der deutsch-russischen Geschichte und mögliche Beiträge Deutschlands zur europäischen Russland-Politik. Lassen Sie uns zunächst über die besonderen geschichtlichen Beziehungen Deutschlands und Russlands sprechen.

Reiter

Alle osteuropäischen Länder haben eine Geschichte, die Sensibilität erfordert

Wenn wir über bilaterale Beziehungen oder Sonderbeziehungen sprechen, spielt dabei immer der historische Aspekt eine Rolle. Wir haben es in Osteuropa überall mit besonderen historischen Beziehungen zu tun. Überall gibt es eine besondere gemeinsame Geschichte, die unter anderem in den Soldatengräbern noch deutlich sichtbar ist. Erstaunlicherweise sind die Erinnerungen an den Krieg heute nicht weniger ausgeprägt als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist die Basis für die Gestaltung unserer Zukunft, denn unsere nationale Identifikation nach dem Ende der Teilung Europas speist sich aus der Interpretation der Geschichte. Dabei kommt es immer wieder zu Spannungen und zur Wiederbelebung alter Ressentiments. Die Schlussfolgerung kann nur lauten, besonders sensibel mit diesen Fragen umzugehen. Zwischen Deutschland und Polen haben wir das weitgehend gelernt, aber zwischen Polen und Russland liegt noch ein langer Weg vor uns. Die Neugestaltung der polnisch-russischen Beziehungen ist für Polen zurzeit die wichtigste Herausforderung. Aber dazu gehört selbstverständlich auch die Bereitschaft Russlands.

Europäische Länder können Distanz zur eigenen Geschichte entwickeln

Die Einstellung zur eigenen Geschichte ist ein wichtiges Indiz für die Zugehörigkeit zu Europa. Der französische Historiker Alfred Grosser hat zutreffend formuliert, dass europäische Identität auch darin besteht, Distanz zur eigenen Geschichte entwickeln zu können. Kürzlich gelang es, in der Ukraine einen alten polnischen Soldatenfriedhof aus dem Sowjetisch-Polnischen Krieg von 1920/21 neu zu eröffnen, und zwar so, dass beide Völker zufrieden waren. Wer die ukrainische Geschichte kennt, weiß, wie schwer das den Ukrainern fiel. Aber sie waren

dazu bereit und taten dadurch für sich selbst am meisten, weil sie ihren europäischen Charakter demonstrierten.

Ich denke, eine offene Beschäftigung mit unserer gemeinsamen Geschichte ist eine Bedingung dafür, dass wir die Krise der deutsch-russischen oder EU-russischen Beziehungen überwinden und dass Russland wieder ins Zentrum unseres Interesses rückt. Dort wäre sein angemessener Platz, doch nach einer kurzen Zeit im Rampenlicht ist es zu Beginn der 1990er Jahre wieder an die Peripherie gerutscht.

Wir müssen mutig genug sein, über die zahllosen Kränkungen, Demütigungen und Traumatisierungen zu sprechen, die unsere gemeinsame Geschichte ausmachen, ohne daraus wieder eine politische Affäre zu machen. In Europa muss ein Raum des Gesprächs entstehen, in dem unsere zahllosen, ganz heterogenen Geschichten erzählt werden können. Viele dieser Geschichten übersteigen unsere Vorstellungskraft. Um nur einige Beispiele zu nennen: Es ist ungeheuerlich, dass im Zweiten Weltkrieg eine ganze Generation junger Russen buchstäblich ausgelöscht wurde, die zuvor schon die Kollektivierung und die stalinistischen Verfolgungen der dreißiger Jahre überstehen musste. Oder nehmen wir die Geschichte der Balten, die zwischen die Fronten gerieten. Deren Geschichtserfahrung ist es, dass ein Teil dieser Bevölkerung nach Kasachstan deportiert wurde und ein anderer Teil in deutschen Lagern umkam. 60 Jahre nach dem Krieg müssen wir davon sprechen können, ohne dass daraus wieder Missverständnisse entstehen. Wenn wir – und damit meine ich nicht so sehr die Politiker, sondern uns, die Familien, die Schriftsteller, die Wissenschaftler – nicht in der Lage sind, über diese Dinge zu sprechen, sehe ich schwarz. Denn erst wenn wir dieses Jahrhundert hinter uns bringen, werden wir den Kopf frei bekommen für neue Dinge. Seltsamerweise kann die eigentliche Kriegsgeneration offensichtlich noch am ehesten über diese Dinge sprechen. Das betrifft übrigens nicht nur Deutsche und Russen, sondern beispielsweise auch die Polen.

Manche bezeichnen die Deutschen als Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung, als Avantgarde der Bewältigung der eigenen Geschichte. Zweifellos ist seit 1945 viel geschehen. Aber ich möchte doch auch darauf hinweisen, welche große und erschütternde Leistung bei der Bewältigung einer totalitären Vergangenheit in Russland stattgefunden hat, und zwar schon vor 1989. Die Deutschen haben, bei allem Respekt vor unseren Schriftstellern, bis heute keinen Solschenizyn hervorgebracht, der eine adäquate Sprache für das deutsche Drama gefunden hätte.

Schlögel

Wir müssen lernen, offen über die tragischen Ereignisse unserer Geschichte zu sprechen

Russland hat enorme Leistungen bei der Vergangenheitsbewältigung vollbracht

Die baltischen Staaten schreiben
mit Einverständnis der EU die Geschichte
des Zweiten Weltkriegs vollkommen um.

Rogozin

Herrn Schäubles Gedanke, dass Deutschland und Russland im letzten Jahrhundert durch die katastrophische Erfahrung der Weltkriege gewissermaßen negativ geeint wurden und dass hier ein wertvolles Kapital entstanden ist, scheint mir sehr wichtig. Dabei ist diese deutsch-russische Geschichte immer Teil der europäischen Geschichte. Das fällt jedem sofort ins Auge, der sich mit dem Thema beschäftigt.

Kotenev
Die Verfälschung von Geschichte
belastet die Beziehungen

Die gemeinsame Geschichte kann eine Grundlage für den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen sein, und ich wünsche mir sehr, dass wir dieses Potential nutzen. Doch die Verfälschung der Geschichte kann ebenso zu einer Beeinträchtigung dieser Beziehungen führen.

Beispielsweise musste ich mich jüngst sehr über einen prominenten und von mir sonst sehr geschätzten deutschen Politiker wundern, der nicht wusste, dass der Sieg der Roten Armee über die japanische Kwantung-Armee den Zweiten Weltkrieg beendet hat – und nicht der Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki.

Im Zusammenhang mit den Feiern zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa haben wir festgestellt, dass die Tendenz zur Umschreibung der Geschichte, die wir aus Deutschland und einigen anderen Ländern des so genannten alten Europa schon länger kennen, nun auch auf die neuen EU-Mitgliedsländer übergreift. Ich denke vor allem an das Baltikum und Ostmitteleuropa.

Rogozin

Ich halte es für sehr problematisch, wie die baltischen Staaten mit Einverständnis der EU die Geschichte vor allem des Zweiten Weltkriegs völlig umgeschrieben haben. Nicht nur in Japan, sondern auch in EU-Europa ändert man einfach den Inhalt von Schul- und Lehrbüchern. Wenn Geschichte nur ein Abbild dessen ist, was wir zurzeit über uns denken, und jederzeit veränderbar ist, dann beschleicht mich auch eine gewisse Skepsis, ob sich die Geschichte des Altertums und des Mittelalters so ereignet hat, wie wir es in den Enzyklopädien nachlesen können.

Brok

Anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes wurde auch im Europäischen Parlament deutlich, dass die Mitgliedsländer der Europäischen Union auf Grund unterschiedlicher historischer Erfahrungen sehr unterschiedliche Vorstellungen haben. Gerade für die neuen Mitgliedsländer war der 8. oder 9. Mai nicht das Ende des Besatzungsregimes, sondern nur ein Wechsel des Besatzers. Diese Schwierigkeiten dürfen eine konstruktive Beziehung zwischen der Europäischen Union und



Russland nicht behindern, aber gerade wir Deutsche wie auch die Russen müssen die Sorgen und Ängste dieser Länder ernst nehmen.

Gemeinsame Geschichte kann konstruktive Beziehungen sicher erleichtern, aber unsere Diskussion zeigt, dass sie auch Unstimmigkeiten auslösen kann. Politiker müssen sich der Bedeutung von Symbolen – etwa bestimmten Städten – und der Bedeutung ihrer Wortwahl bewusst sein. Mir scheint, die Konflikte um die Geschichte der baltischen Staaten, um die Gedenkfeiern zum Ende des Zweiten Weltkriegs oder um Kaliningrad zeigen sehr deutlich, wie hilfreich, aber auch problematisch Symbole geteilter Geschichte für die Beziehungen zwischen Staaten sein können.

Das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland ist vom Kampf gegeneinander in den zwei schrecklichsten Kriegen der Weltgeschichte geprägt. Die Massengräber der Soldaten führen uns das täglich vor Augen. Das zeigen auch Russlands demographische Probleme, denn sie rühren zum Teil daher, dass der Großteil der jungen Männer in den Kriegsgenerationen auf dem Schlachtfeld geblieben ist. Gerade die Mutigsten sind umgekommen, die Leidenschaftlichsten, diejenigen, die mutige Angriffe unternahmen, statt sich in den Schützengräben zu verkriechen. Sie haben keine Kinder geboren und darum keine Enkel hinterlassen.

Die deutsch-russischen Beziehungen werden schon allein deshalb immer besonders bleiben, weil sie von der gemeinsamen Verantwortung bestimmt sind, neue Kriege zu verhindern. Die Weltkriege prägen auch die bilateralen russisch-polnischen, russisch-französischen oder russisch-britischen Beziehungen.

Die Problematik der gemeinsamen deutsch-russischen Geschichte ist in der Tat ganz unmittelbar mit der Frage nach einer besonderen Rolle der deutsch-russischen Beziehungen für die EU-Politik gegenüber Russland verbunden.

Herr Schäuble hat erwähnt, dass Deutschland einen tief verwurzelten Respekt vor Russland hat. Ich kann dem aus meiner persönlichen Erfahrung heraus nur zustimmen. Seit 60 Jahren habe ich die russische Frage als Überlebensfrage erfahren, in der Zeit bis 1990 besonders unmittelbar.

In Brandenburg werden jede Woche Überreste deutscher und russischer Soldaten gefunden, 1945 sind alleine in Brandenburg über 400 000 Soldaten gefallen. Beide Länder haben gegeneinander schreckliche Kriege geführt. Andererseits haben sie sich über Jahrhunderte hinweg immer wieder miteinander verbündet und

Byers

Ein unvorsichtiger Umgang mit geschichtlichen Symbolen verursacht Konflikte

Rogozin

Stolpe

Deutschland hat einen tief verwurzelten Respekt vor Russland



Verträge miteinander geschlossen. Es gab nicht nur die unrühmliche Teilung Polens von 1772, sondern auch etwa das erfolgreiche preußisch-russische Bündnis gegen Napoleon, das vor genau 200 Jahren 1805 hier in Potsdam geschlossen wurde.

Die deutsch-russischen Beziehungen müssen vor dem Hintergrund dieser Geschichte geprägt sein von gegenseitigem Respekt, pragmatischem Interessenausgleich und, das betone ich besonders, einem Respekt gegenüber Polen. Nachdem Deutsche und Russen sich leider manchmal über die Köpfe der Polen hinweg verständigt haben, muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Russland und die EU-Mitglieder Deutschland und Polen sich immer auf Augenhöhe begegnen. Die Deutschen haben es dabei etwas leichter, weil sie innerhalb der EU mit ihrer gleichberechtigten Einbindung aller Mitgliedstaaten über Jahrzehnte einen Lernprozess durchgemacht haben, vielleicht können sie einige ihrer Erfahrungen an Russland weitergeben.

Deutschland kann Russlands Brücke
nach Europa sein

Deutschland muss angesichts seiner besonderen geschichtlichen Verantwortung ein Vermittler sein, Russlands Brücke nach Europa. Die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland können den Nukleus einer erfolgreichen europäisch-russischen Zusammenarbeit bilden. So hat etwa die deutsch-russische Vereinbarung über die Vertiefung unserer Verkehrsbeziehungen von Ende 2004 gesamteuropäische Früchte getragen, etwa bei der Entwicklung des deutsch-polnisch-belarussisch-russischen Vier-Achsen-Projekts.

Dabei wird die Partnerschaft mit Russland wesentlich von den persönlichen Beziehungen bestimmt. Deshalb ist der nichtöffentliche Regierungsdialo g ebenso wichtig wie die Kontakte zwischen Journalisten, Wissenschaftlern und Künstlern oder zwischen Vereinen, Stiftungen und Kulturorganisationen. Ein Beispiel ist der Petersburger Dialog, der seit 2001 jährliche Tagungen organisiert, die auf ehrlicher Partnerschaft auf Augenhöhe beruhen. Hier werden auch neue Ideen geboren wie z.B. die Zukunftswerkstatt, die Meinungsführern und Entscheidungsträgern von morgen Diskussionsmöglichkeiten bietet. Wir brauchen gerade den Jugendaustausch. Inzwischen gibt es, von vielen Sponsoren unterstützt, in Hamburg eine Geschäftsstelle des deutsch-russischen Jugendaustausches.

Einen Ratschlag möchte ich vor dem Hintergrund der deutschen Kenntnis der russischen Mentalität an die Adresse der EU-Außenpolitiker loswerden: Das Vorgehen nach Checklisten, das Abhaken bürokratischer Vorgaben, das ist so ziemlich die unpassendste Art der Zusammenarbeit mit Russen, die ich mir vorstellen kann. Es ist viel wichtiger, russischen Verhandlungspartnern zu zeigen, wie ernst

Deutsche Russlandpolitik muss immer eingebunden bleiben als Teil europäischer Russlandpolitik.

Brok

man sie nimmt, und sich um den Aufbau von Vertrauen zu bemühen. Erst dann sollte man sich dem Klein-Klein täglicher Politik zuwenden. Glauben Sie mir, wer immer sich über Jahrzehnte mit Russland beschäftigt, wird verstehen, dass dies keine leere Phrase und kein Sichdrücken vor unangenehmen Gesprächen ist, sondern eine wichtige kulturelle Kompetenz.

Bilaterale vs. gemeinsame europäische Außenpolitik

Sie sehen gute deutsch-russische Beziehungen als ein Fundament erfolgreicher Russlandpolitik der EU. Können zu enge Beziehungen nicht auch ein Stolperstein sein?

Eichwede

Zu Recht hat Herr Schäuble gesagt, dass nur eine gemeinsame europäische Politik einen vernünftigen Rahmen für die Politik der Mitgliedstaaten bieten kann, dass dies aber kein Ende nationaler Außenpolitik bedeutet. Vielmehr geht es um Transparenz.

Reiter

Es ist für mich ein Rätsel, warum es zum Beispiel zwischen Polen und Deutschland immer wieder zu Spannungen kommen kann, etwa wegen der Ostsee-Pipeline. In Polen fühlt man sich von Deutschland völlig missverstanden, und das ist für die Beziehungen zwischen zwei europäischen Nachbarvölkern desaströs. Wozu dienen denn der politische Dialog und die regelmäßigen Treffen auf allen Ebenen, wenn nicht zur Vermeidung solcher Konflikte?

Die Russlandpolitik der EU-Mitgliedstaaten sollte stets transparent sein

In einer europäischen Außenpolitik ist selbstverständlich Platz für nationale Prioritäten. So hat Deutschland auf Grund seiner jahrhundertealten gemeinsamen Geschichte und kulturellen Beziehungen eine besondere Affinität zu Russland. Es ist doch nichts dagegen zu sagen, dass sich der eine beispielsweise etwas stärker um Russland kümmert, der andere etwas stärker um die Ukraine. Um es mit einem Beispiel aus der Wirtschaft zu sagen: Der eine kauft mehr russische Aktien, der andere kauft mehr ukrainische Aktien. Das ist so lange kein Problem, wie diese Aktien für einen gemeinsamen europäischen Investmentfonds gekauft werden.

Deutsche Russlandpolitik sollte, wie Herr Schäuble sehr zu Recht betont hat, immer eingebunden bleiben als Teil europäischer Russlandpolitik. Natürlich will Putin gute bilaterale Beziehungen zu Deutschland und Frankreich, am besten Sonderbeziehungen – ich würde mich an seiner Stelle genauso verhalten. Dem

Brok

Deutschland ist multilateral eingebunden,
Russland dagegen kann viel ungebundener
in Europa und Asien zugleich agieren.

Thumann

aber nachzugeben, da stimme ich Herrn Reiter zu, war ein schwerer Fehler der französischen und der deutschen Außenpolitik. Wir werden die Ängste der Kleinen nur überwinden, wenn sie das Gefühl haben, durch die europäische Integration mit im Boot der Entscheidung zu sitzen und nicht nur Objekte der Großen zu sein.

Gebetsroithner

Sonderbeziehungen schaffen Misstrauen

Herr Brok, Sie sagen, an Putins Stelle würden auch Sie bilaterale Sonderbeziehungen zu Deutschland und Frankreich aufbauen. Ich denke, das würden Sie als Putin nur tun, wenn Sie sehr kurzfristig dächten. Denn langfristig schaffen solche Sonderbeziehungen eher Misstrauen bei den Mitgliedstaaten, die daran nicht teilnehmen. Das wiederum verletzt Russlands langfristiges Interesse an einer starken und geeinten EU, die man als Partner doch braucht.

Thumann

Russland und Deutschland dürfen kleinere
Länder nicht vor den Kopf stoßen

Die unterschiedliche Intonierung der Frage, ob es zwischen Deutschland und Russland Sonderbeziehungen geben sollte, hat viel mit den Traditionen der russischen und der deutschen Außenpolitik zu tun. Deutschland ist auch nach der Wiedervereinigung multilateral eingebunden in europäische und transatlantische Strukturen. Aus deutscher Perspektive kann es deshalb keine ausschließlich bilateralen Beziehungen geben; ganz gleich wie sich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in Zukunft gestaltet, ob mit oder ohne europäisches Außenministerium. Russland dagegen kann viel ungebundener in Europa und Asien zugleich agieren. Diese Asymmetrie gab es schon zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland. Gerade vor diesem Hintergrund ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von größter Bedeutung, und gleichzeitig müssen Deutschland und Russland sich immer vergegenwärtigen, dass sie mit ihrer Kooperation die Interessen anderer kleinerer Länder in Ostmitteleuropa verletzen können.

Brandenburg

Deutschlands besonders gute
Beziehungen zu Russland ...

Zwischen Russland und Deutschland gibt es ein breites Fundament bilateraler Beziehungen, die weit über die zwischenstaatliche Ebene hinausgehen. Deutschland hat in den letzten 15 Jahren ungefähr zweieinhalb Millionen Bürger aus den Staaten der früheren Sowjetunion aufgenommen, daraus entstand eine Vielzahl persönlicher Kontakte. Ungefähr dreieinhalb Millionen Russen lernen Deutsch – das ist mehr als in der ganzen übrigen Welt zusammengenommen. Die Bundesrepublik ist an 60 Orten in Russland kulturell präsent; durch Institute, durch Dozenten oder durch Bibliotheken. Ähnlich eng sind die Handelsbeziehungen.

Die guten bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland können und sollten nicht durch die Beziehungen zwischen der EU und Russland ersetzt werden. Doch haben wir in vielen Bereichen Kompetenzen an Brüssel abgegeben, so wie auch unsere Partner in der Europäischen Union. In diesen Bereichen muss Russland mit der EU verhandeln. Auch in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik handeln wir im multilateralen Verbund.

Allerdings kann man neue Ideen nicht am runden Tisch mit 25 Staaten verkünden und dann erwarten, dass sie von selbst an Dynamik gewinnen. Hier ist der Platz für diplomatische Achsen, Dreiecke, Vierecke und weitere geometrische Figuren. Deutschland hat sich beispielsweise während der Krise in der Ukraine intensiv mit Polen und Litauen – aber auch mit Frankreich – abgestimmt, um konsensfähige Initiativen zu entwickeln. Zu anderen Themen arbeiten wir in anderen Konstellationen zusammen, etwa im so genannten Weimarer Dreieck zwischen Polen, Frankreich und Deutschland, dessen Außenminister sich morgen in Warschau treffen werden.

Meiner Meinung nach können einzelne EU-Mitgliedstaaten durch besonders enge Beziehungen zu Russland eine Vorreiterrolle spielen. Dass Deutschland den nächsten G8-Vorsitz Russland überlassen hat, also in der Reihenfolge freiwillig einen Platz nach hinten gerückt ist, erscheint mir als wichtiges Zeichen von Großzügigkeit, das die Russen sehr zu schätzen wissen.

Der Vierergipfel im März 2005, bei dem eine Troika aus Deutschland, Frankreich und Spanien als Verhandlungspartner der EU gegenüber Russland auftrat, war ein wichtiges Signal dafür, dass es mit Russland zu einem Sicherheitsdialog kommen kann, den eine Kerngruppe europäischer Länder führt, ohne sich dabei außerhalb der NATO zu stellen.

Genauso wichtig war das gemeinsame Auftreten Deutschlands und Polens als Sprecher für die gesamte EU im November 2004 in der Ukraine-Krise.

Die Idee eines deutsch-französisch-spanischen Führungstrios für die Entwicklung der Beziehungen zu Russland halte ich für absurd. Ich schlage doch auch nicht vor, dass Polen gemeinsam mit Großbritannien und Deutschland die Führung bei den Beziehungen der EU zu Marokko übernimmt, dass Spanien dabei aber außen vor bleibt.

Die bilateralen Beziehungen einzelner Mitgliedsländer sollten keine Konkurrenz zur gemeinsamen europäischen Außenpolitik sein: Europa braucht beides. Son-

... werden ergänzt durch eine multilateral eingebundene Politik

Rahr

Deutschland, Frankreich und Spanien könnten die Kerngruppe der EU-Verhandlungen mit Russland sein

Reiter

Das wäre, wie wenn Polen für die Marokkopolitik der EU zuständig wäre

Gebetsroithner



derbeziehungen sind gut und wünschenswert, wenn sie im Sinn einer gemeinsamen Politik genutzt werden. Die bilaterale Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten muss so transparent sein, dass niemals beispielsweise die kleinen Mitgliedstaaten den Eindruck bekommen, die großen machten Politik über ihre Köpfe hinweg.

Gomart

Die EU und Russland brauchen eine Mischung
bilateraler und multilateraler Beziehungen

Jede europäische Macht braucht eine Russlandpolitik und eine bilaterale Beziehung zu Russland. Moskau fühlt sich in bilateralen Beziehungen wohler als in den multilateralen Beziehungen mit der EU und der Brüsseler Administration. Die Europäer müssen darum die richtige Mischung aus bilateralen und Beziehungen der EU mit Russland finden. Bilaterale Beziehungen müssen der Verbesserung der Beziehungen zur EU dienen. Dazu kann jedes Land seinen spezifischen Beitrag leisten.

Beispielsweise haben die Verbindungen zwischen Russland und Frankreich historische Wurzeln. Jacques Chirac verfolgt eine prorussische Politik mit dem Ziel, Russland als starken Pol in seiner Vision einer multipolaren Welt zu stabilisieren. Die frankorussischen Beziehungen konzentrieren sich vor allem auf das Thema Sicherheit – 2002 wurde ein Rat für Sicherheitsfragen gegründet, und die Außen- und Verteidigungsminister beraten sich regelmäßig. In Wirtschaftsfragen dagegen haben die deutsch-russischen Beziehungen großes Gewicht, wenngleich auch die Wirtschaftsbeziehungen Russlands zu Frankreich sich verbessert haben. Großbritannien hat eine führende Rolle beim Ausbau der Beziehungen der NATO zu Russland gespielt.

Eichwede

Sehen unsere russischen Teilnehmer die Zukunft der Beziehungen Moskaus zu EU-Mitgliedstaaten eher in Brüssel oder eher in Berlin, Paris und London?

Kobrinakaja

Solange es keine EU-Außenpolitik gibt,
verhandelt Putin mit Berlin und Paris

Russland hat in Schröder und Chirac zwei sehr verlässliche Partner. Deren Bedeutung wächst noch, nachdem durch die negativen Referenden die Aussicht auf eine baldige gemeinsame EU-Außenpolitik deutlich gesunken ist. Es ist Russlands gutes Recht, seinerseits für die russischen Ziele zu werben, auch mit den Mitteln des außenpolitischen Lobbyismus. Vor einiger Zeit riet ein Vertreter Brüssels der Ukraine, sich zur Förderung ihrer Mitgliedsperspektive eine Lobby in der EU zu schaffen. Russland muss sich keine Lobby mehr suchen, denn es hat seine Partner. Sollte die EU irgendwann ihren außenpolitischen Entscheidungsprozess ändern, wird sich Russland anpassen und vielleicht künftig ausschließlich mit Brüssel kommunizieren.

Europa besitzt keine gemeinsame Außenpolitik.
Deshalb wird Russland weiter
seine bilateralen Beziehungen pflegen.

Karaganov

Europa besitzt immer noch keine gemeinsame Außenpolitik. Deshalb wird Russland weiter seine bilateralen Beziehungen mit Deutschland, Frankreich oder Polen pflegen, statt sich direkt nach Brüssel zu wenden. Solange es so aussieht, als würde die EU sich nicht zu einer Föderation entwickeln, sondern zu einem Staatenbund, können Sie doch nicht erwarten, dass wir mit einem europäischen Außenminister verhandeln, den es gar nicht gibt. Deutschland mag durch seine Integration in Europa zwar außenpolitisch schwächer geworden sein, als es noch zu den Zeiten Adenauers und Brandts war, aber es ist doch eine existierende außenpolitische Macht, mit der man verhandeln kann.

Wenn Sie sich wünschen, dass Russland seine Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten über Brüssel führt, möchte ich zwei Vorbehalte anmelden. Erstens hat Marx nicht zu Unrecht gemahnt, sich stets der ökonomischen Basis zu erinnern, und ich kann Ihnen sagen: Die mir bekannten Vertreter deutscher Großkonzerne sehen keine Möglichkeit, ihre Beziehungen zu Russland über Brüssel abzuwickeln.

Zweitens: Bevor Europa nicht mit einer Stimme spricht, können wir auch nicht mit Europa verhandeln. Für uns ist es unter diesen Umständen immer noch am besten, direkt mit Berlin zu verhandeln.

Henry Kissinger fragte einst ironisch nach der Telefonnummer eines europäischen Außenministers. Russland braucht heute keine solche Telefonnummer, denn Russland versteht wohl, dass Europa ein vielfältiges Gebilde ist, das einerseits seine nationalen Besonderheiten und seine nationalen Institutionen und Strukturen bewahrt und andererseits manche Bereiche vergemeinschaftet. Russland wird in Verfolgung seiner legitimen nationalen Interessen jeweils mit den Stellen auf der nationalen oder europäischen Ebene zusammenarbeiten, die in dem betreffenden Bereich die effektivste Zusammenarbeit versprechen.

Es wird und muss immer bilaterale Beziehungen zwischen Russland und einzelnen EU-Staaten geben. Angesichts unserer gemeinsamen Geschichte ist gar nichts anderes vorstellbar.

Herr Schäuble hat deutlich gemacht, dass die CDU/CSU bei einer Übernahme von Regierungsverantwortung auf eine europäische Einbindung der deutschen Außenpolitik allerhöchsten Wert legen wird. Wie stehen unsere Teilnehmer aus Russland dazu?

Karaganov

Kotenev

Wenn Europa nicht mit einer Stimme spricht, wie sollen wir dann mit Europa verhandeln?

Chizhov

Rogozin

Eichwede

Rogozin

Hoffentlich wird eine CDU-Regierung nicht die Fortschritte in den deutsch-russischen Beziehungen zunichte machen

Falls in Deutschland die Christdemokraten die nächste Regierung stellen, sollten sie nicht vergessen, welch großes Potential in den deutsch-russischen Beziehungen steckt und wie weit wir bisher beim Aufbau stabiler Beziehungen bereits gekommen sind. Die großen Fortschritte der letzten Zeit sollten nicht mutwillig zunichte gemacht werden – auch nicht zu Wahlkampfzwecken. Falls sich in Deutschland die Konservativen durchsetzen und in Russland 2008 die proeuropäischen Linken, so hoffe ich, dass unsere Beziehungen insgesamt unverändert bleiben, entsprechend dem Kommutativgesetz, d. h., wenn man die Summanden umstellt, bleibt die Summe gleich.

Kotenev

Deutsche Dauerkritik an Russland ist nicht sehr nützlich

Wenn ich die Überlegungen Herrn Schäubles und anderer Spitzenpolitiker der CDU zu den deutsch-russischen Beziehungen höre, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sieben Jahre Opposition bei der CDU ihre Spuren hinterlassen haben. In jüngster Zeit scheinen mir diese Äußerungen weniger von außenpolitischer Einsicht als von den innenpolitischen Bedürfnissen einer Oppositionspartei geprägt zu sein. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der christdemokratische Kanzler Helmut Kohl zwar durch seinen Vergleich Gorbatschows mit Goebbels zunächst eine gewisse Entfremdung auslöste, dann aber eine für beide Seiten höchst nützliche Freundschaft zu Präsident Jelzin aufbaute. Beide sind noch immer befreundet und werden sich in Kürze am Baikalsee treffen.

Im deutsch-russischen Verhältnis ist Kritik zwischen Partnern nur natürlich, doch Dauerkritik ist nicht von Nutzen. Als Botschafter muss ich mich täglich um unzählige Berichte in der deutschen Presse kümmern, in denen Russlands Umgang mit seinen kleineren und größeren Nachbarn kritisiert wird. Wäre es denn nicht wichtiger, die Beziehungen zu den USA oder zur EU zu verbessern oder in Fragen der Abrüstung voranzukommen? Auf einer Feier der CDU vor einem Jahr musste ich erleben, wie die meisten Redner gewissermaßen mit ständig erhobenem Zeigefinger über Russland sprachen. Ich hoffe, dass das nicht zum Dauerzustand wird, falls die Christdemokraten die nächste Regierung stellen sollten.

Karaganov

Ich bezweifle, dass eine christdemokratische Regierung überhaupt so viel anders machen könnte. Die außenpolitische Agenda Deutschlands wird heute doch schon zum großen Teil in Brüssel festgelegt, ob es nun um Erdgaspreise geht, um die WTO-Mitgliedschaft Russlands oder um Überflugrechte über russisches Territorium.



Ich bin mir ziemlich sicher, dass ein christdemokratisch regiertes Deutschland seine Kritik an Russland sehr viel deutlicher artikulieren und weniger Wert auf ungestörte Sonderbeziehungen legen wird.

Gomart

Deutsch-russische Sonderbeziehungen?

Lassen Sie uns nun über konkrete Felder deutsch-russischer Zusammenarbeit sprechen. Wie sehen unsere Beziehungen zurzeit im Einzelnen aus? Was läuft gut, was könnte besser sein, und wo sind die größten Potentiale?

Eichwede

Problematisch für gute bilaterale Beziehungen ist die Wahrnehmung Russlands in der deutschen Öffentlichkeit. In den hiesigen Medien ist fast nur von den Problemen Russlands die Rede, obwohl Bürger und Geschäftsleute, die Russland kennen, ganz anders denken. Es ist nur ein schwacher Trost, dass über die USA auch negativ berichtet wird. Solange wir derart respektlos miteinander umgehen, werden sich die Eliten unserer Länder nie so gut verstehen, wie das zu wünschen wäre.

Kotenev

Die deutsch-russischen Beziehungen haben ein enormes wirtschaftliches Potential. Große Perspektiven für erfolgreiche Zusammenarbeit sehe ich auch im Bereich der geistigen und wissenschaftlichen Kapazitäten. Unter der sowjetischen Schreckensherrschaft hatte sich trotz allem ein großes wissenschaftliches Potential in Russland entwickelt. Die russische Politik der vergangenen 15 Jahre hat dieses Potential Russlands fast so sehr dezimiert, wie die Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Deutschen in den 1930er Jahren der deutschen Wissenschaft geschadet hat. Doch wir können diese Entwicklung noch aufhalten, und sobald ein entsprechender politischer Wille besteht, hoffe ich, dass Deutschland uns dabei unterstützen wird. Für Deutschland könnte die Zusammenarbeit mit Russland auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik ein Weg sein, sich in der Weltwirtschaft erfolgreich zu behaupten. Denn die geistigen Ressourcen der Bundesrepublik, so bedeutend sie auch sind, bedürfen der Ergänzung von außen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Gleichzeitig könnte Russland von den herausragenden Erfahrungen der deutschen Wirtschaft mit technologischen Innovationen profitieren.

Grinberg

Das wissenschaftliche Potential Deutschlands und Russlands würde sich perfekt ergänzen

Ich befürchte manchmal, dass die deutsche Seite sich von der engen Partnerschaft mit Russland bisweilen in Nostalgie jahrhundertlanger kultureller und histori-

Himmelreich

Für alle Staaten stellt die Energiepolitik
ein außenpolitisches Instrument dar,
nur die deutsche Außenpolitik gibt sich so naiv,
als sähe sie diese Instrumentalisierung nicht.

Himmelreich

Deutschland vergisst über seiner
historischen Verbundenheit mit
Russland bisweilen die Realpolitik

scher Verbundenheit dazu verleiten lässt, realpolitische Erwägungen in dieser Beziehung zu vergessen. Vor wenigen Tagen hat Henry Kissinger in Washington darauf hingewiesen, dass der Kampf um die Energiereserven im Eurasischen Raum wahrscheinlich mit dem »Great Game« im 19. Jahrhundert vergleichbar sein wird. Damals rangen die europäischen Akteure um Einfluss und politischen Vorrang im eurasischen Raum Russlands und auf dem Gebiet des damaligen osmanischen Reiches.

Mir ist es unverständlich, warum die deutsche Außenpolitik die einseitige Abhängigkeit von russischen Energielieferungen weiterhin unterstützt, statt auf eine Diversifizierung der Energielieferländer zu drängen. Beim Bau der Pipeline von Baku über Tbilisi nach Ceyhan war bezeichnenderweise kein deutsches Unternehmen beteiligt.

Gerhard Schröder und Vladimir Putin haben kürzlich den Plan gefasst, eine Ostsee-Pipeline als ausschließlich deutsch-russisches Projekt zu bauen, was die deutsche Abhängigkeit von russischen Lieferungen noch weiter erhöhen würde, und die der umgangenen baltischen Staaten und Polens gleichermaßen. Die langfristigen geostrategischen Folgen solcher Entscheidungen werden in der deutschen Außenpolitik viel zu wenig beachtet, wenn nicht gar ignoriert. Manchmal verlautet aus deutschen Regierungskreisen, solche Entscheidungen über eine Pipeline seien private Entscheidungen der betroffenen Unternehmen der Energiewirtschaft. Das ist natürlich nur die halbe Wahrheit, wie ein Vorvertrag der beiden Regierungen zu einem deutsch-russischen Regierungsrahmenabkommen belegt, das dann von den beteiligten Unternehmen ausgefüllt wird. Russland, China, die USA, Iran, Türkei – für alle Staaten stellt die Energiepolitik ein außenpolitisches Instrument dar, außenpolitische Abhängigkeiten zu schaffen oder sich von ihnen zu befreien – nur die deutsche Außenpolitik gibt sich so naiv, als sähe sie diese Instrumentalisierung der Energieverträge nicht.

Thumann

Die geplante Ostsee-Pipeline ist
ein wichtiges Projekt, doch man kann
dabei auch viele Fehler machen

Die geplante Ostsee-Pipeline halte ich für ein sehr wichtiges deutsch-russisches Projekt, bei dessen Verwirklichung man allerdings auch sehr viele Fehler machen kann. Sie ist in ihrer Bedeutung vergleichbar der Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline, die in den 1990er Jahren von den Amerikanern angestoßen und jetzt gerade vollendet wurde. Sie wäre auch ähnlich teuer, Schätzungen reichen von zwei bis dreieinhalb Milliarden US-Dollar.

Der entscheidende Unterschied liegt nun allerdings darin, dass die USA diese Pipeline vom Kaspischen Meer zum Mittelmeer zwar angestoßen haben, bei ihrer



Verwirklichung aber fünf Staaten und dreizehn internationale Konzerne beteiligten. Die Ostsee-Pipeline ist dagegen zurzeit noch ein ausschließlich deutsch-russisches Projekt. Diese Tatsache schafft großes Misstrauen in denjenigen Ländern der Region, die nicht beteiligt werden. Man sollte die Pipeline stattdessen zusammen mit anderen Ostseeanrainern verwirklichen. Mit den skandinavischen Ländern, mit Polen und auch den baltischen Staaten ließe sich zudem die Frage, ob eine Verlegung durch die Ostsee oder über Land durch Polen günstiger wäre, sehr viel offener und kostenorientierter erörtern.

Man kann die Pipeline nicht aus politischen Gründen im Zickzack kreuz und quer über die Ostsee bauen – aber das meinten Sie sicher auch nicht, Herr Thumann?

Nein, es geht um die Schaffung gegenseitiger Abhängigkeiten und um die Vermeidung einer einseitigen Abhängigkeit. Was die Ostsee-Pipeline angeht, sind derzeit zwei Länder im Spiel, Deutschland und Russland. Weil das Projekt eine große ökonomische Bedeutung hat, halte ich es für sinnvoll – nicht nur aus deutscher, sondern auch aus russischer Perspektive –, neben Deutschland noch andere Abnehmerländer in Mittel- und vor allem Westeuropa einzubeziehen, um die Pipeline zu einem wahrhaft europäischen Projekt zu machen.

Wir beziehen gegenwärtig etwa 30% unserer Erdöl- und 40% unserer Erdgasimporte aus Russland. In den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Abhängigkeit von russischen Importen sehr viel höher; für manche Länder beträgt sie fast 100%. Schon allein aus diesem Grund sollten wir die Diskussion über die Pipeline versachlichen. Ich habe das Pipeline-Projekt immer als kommerzielles Projekt begriffen; es wird verwirklicht, wenn es dafür einen Bedarf gibt und wenn es finanzierbar ist.

Die baltische Pipeline ist nicht nur eine Frage von Real- und Geopolitik, sondern auch von ökonomischen Interdependenzen. Sie macht nicht nur Deutschland abhängiger von russischer Energie, sondern erhöht auch Russlands Abhängigkeit von Deutschland als Abnehmer.

Ich halte Sorgen über eine einseitige Abhängigkeit Russlands von seinen Rohstoffexporten für überzogen, denn Nachfrage nach Rohstoffen wird auf absehbare Zeit weiter bestehen. Ebenso sollte man sich nicht zu sehr über eine einseitige Abhän-

Brandenburg

Thumann

Andere mittel- und westeuropäische Staaten sollten in den Bau der Pipeline einbezogen sein

Brandenburg

Hill

Grinberg

Deutschland gerät durch die Pipeline nicht in einseitige Abhängigkeit ...



gigkeit Deutschlands von russischen Rohstoffen Gedanken machen, denn Russland ist seinerseits abhängig von deutschen Maschinenexporten. Diese Abhängigkeit wird durch die Modernisierung der russischen Wirtschaft eher noch zunehmen.

Chizhov

... und Russland garantiert Energiesicherheit für Deutschland

Wenn Deutschland an einer sicheren Energieversorgung interessiert ist, empfehle ich, die Ostsee-Pipeline durch möglichst wenige Transitstaaten zu führen. Denn je weniger Länder die Zufuhr unterbrechen können, desto sicherer ist die Energieversorgung. Führen Sie die Pipeline unter der Ostsee bis zur deutschen Küste.

Kobrinskaja

Ich denke nicht, dass die Ostsee-Pipeline zu einseitiger Abhängigkeit führen wird. Russland hat bereits Erfahrungen mit dem Projekt einer Pipeline durch Polen, denn Ende der 1990er Jahre stritt man drei Jahre lang ohne Ergebnis, und wir erlebten eine groß angelegte antirussische Kampagne in den polnischen Medien. Die Verhandlungen waren ein einziger Skandal, und Polen war nicht zum Einlenken bereit. Solange Länder wie Polen und Litauen außenpolitische Spannungen mit Russland zu innenpolitischen Zwecken missbrauchen, denkt Russland bei der Errichtung der Ostsee-Pipeline an seine Erfahrungen mit der Türkei, die seinerzeit ihre Position als Hauptabnehmer recht rücksichtslos ausgenutzt hat. Russland achtet darum nicht nur auf die Kosten, sondern auch auf die Verlässlichkeit aller Beteiligten. Deutschland ist im Verlauf unserer langen gemeinsamen Geschichte alles in allem ein sehr verlässlicher Partner gewesen.

Rogozin

Angesichts der Perspektive, dass die Ostsee-Pipeline scheitern könnte, wohnen zwei Seelen in meiner Brust. Als Oppositionspolitiker freut mich die Aussicht, die russische Regierung möglicherweise für den Zusammenbruch ihrer grandiosen Pläne kritisieren zu können. Andererseits ist der Bau der Ostsee-Pipeline ein wichtiges Projekt nicht nur für Russland und Deutschland, sondern auch für Europa. Der Patriot und Europäer in mir will das Gelingen dieses Projekts.

Ich denke, der europäische Gedanke sollte über eigennützige und kleingeistige Interessen siegen. Es kann auch gefährlich sein, die Schwächen von Weltmächten auszunutzen und schadenfroh zu kommentieren. Eine gekränkte Weltmacht wird, sobald sie ihre Krise erst einmal überwunden hat, in einer sehr unangenehmen Weise reagieren. Denken wir nur an das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg und den Frieden von Versailles. Diese Demütigung war erst kompensiert, als die Franzosen 1940 im selben Eisenbahnwaggon ihre Kapitulation unterzeichneten wie 1918 die deutsche Delegation und man ihn an-

Wir müssen den Eindruck einer
deutsch-russisch-französischen Achse
auf jeden Fall vermeiden.

von Weizsäcker

schließlich in die Luft sprengte. Demütigungen sind ein Nährboden für künftige Konflikte, sowohl in großen als auch in kleinen Ländern.

Noch mehr als das deutsch-russische Pipeline-Projekt hat das geplante Treffen Putins mit Schröder und Chirac anlässlich der 750-Jahr-Feier in Kaliningrad die Gemüter erregt. Machen hier die großen Staaten Frankreich und Deutschland bilateral Politik mit Russland und vergessen ihre Einbindung in die EU?

Meine Ansicht zu den Feierlichkeiten in Kaliningrad kann ich glücklicherweise aus der Position vollkommener Unabhängigkeit formulieren. Mit jedermann gut Freund, aber auch bereit und fähig zur Kritik an guten Freunden, sage ich darum ganz offen: Das Treffen in dieser Form ist ein schwerer politischer Fehler.

Haben wir denn noch immer nicht gelernt, dass der Eindruck einer deutsch-russisch-französischen Achse auf jeden Fall zu vermeiden ist, selbst wenn die drei Länder in einer bestimmten Frage dieselbe Linie verfolgen? Spätestens der Streit um die Invasion der USA im Irak hätte uns das lehren müssen. Ich habe es den Franzosen ja gegönnt, dass sie ihre Ablehnung der Invasion dazu nutzten, sich endlich einmal als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu profilieren. Aber dass die Deutschen sich dann ausdrücklich an ihre Seite stellen, zur Verstärkung Moskau herbeirufen und schließlich für das Ganze auch noch blödsinnigerweise den geschichtsbeladenen Begriff einer »Achse« finden mussten – das war so ungeschickt, dass man wirklich nur noch auf das kurze Gedächtnis der politischen Öffentlichkeit hoffen kann.

Und jetzt sagen Sie mir bitte: Wieso wollen sich denn Schröder und Putin in Kaliningrad treffen, und wieso soll als Dritter im Bunde ausgerechnet Chirac dabei sein? Warum werden zu allem Überfluss noch die direkten Nachbarn nicht eingeladen? Wer immer in der jüngeren Vergangenheit nach Kaliningrad gefahren ist, weiß, dass der Weg dorthin über Polen oder über Litauen führt und dass das Schicksal dieses ehemaligen nördlichen Teils Ostpreußens vor allem von diesen unmittelbaren Nachbarn abhängt. Wenn der Bundeskanzler ein Interesse daran hat, dass es auf dem Gebiet des ehemaligen Königsberg vorangeht – und dessen bin ich sicher –, dann ist es geradezu unverzeihlich, dass Schröder und Chirac sich bei Putin in Kaliningrad versammeln. Ich wünsche mir nicht nur aus Deutschland und Frankreich mehr Vernunft, sondern auch eine entschiedenere Kritik aus Großbritannien, das hier einen wichtigen Beitrag zum Erfolg einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik leisten könnte.

Eichwede

von Weizsäcker

Das Dreiertreffen Putin-Schröder-Chirac zur 750-Jahr-Feier Kaliningrads ist ein schwerer politischer Fehler

Chirac spielt bei deutsch-russischen Treffen die
Rolle einer europäischen Anstandsdame.

Rahr

Reiter
Solche Treffen machen die Russlandpolitik
zu einem Streitpunkt in der EU

Es ist in der Tat unverständlich, wieso die Feiern unter Ausschluss der unmittelbaren Nachbarn gestaltet werden sollen. Nicht dass Polen sich in seinem Ehrgeiz verletzt fühlte, zu möglichst vielen Staatsakten eingeladen zu werden, denn es gibt wahrlich genug Feierlichkeiten in der Welt. Aber ich halte die russisch-deutsch-französische Ausschließlichkeit für einen politischen Fehler. Alle EU-Mitgliedstaaten sollten sich darum bemühen, gerade jetzt in der Union der 25 falsche Symbolik zu vermeiden, die die Beziehungen der EU zu Russland zu einem inneren Problem der EU macht.

Rahr
Putin nutzt die 750-Jahr-Feier Kaliningrads
zur Aussöhnung mit Deutschland

In Russland haben sich während der vergangenen Jahre zwei Fraktionen bekämpft: Die eine wollte 2005 unter internationaler Beteiligung das 750. Jubiläum von Kaliningrad/Königsberg begehen. Die andere Fraktion, die sich jetzt in gewisser Weise durchgesetzt hat, wollte den 60. Jahrestag Kaliningrads feiern. Die einen möchten Kaliningrad öffnen und auch die EU an Projekten beteiligen. Die anderen möchten Kaliningrad zu einer Festung gegen den westlichen Einfluss machen.

Putin will diese Auseinandersetzung beenden und die antieuropäische Haltung aufbrechen. Ihm schwebt ein zweiter Akt der Versöhnung vor: Nachdem beim 60. Jahrestag des Kriegsendes der deutsche Bundeskanzler sehr symbolträchtig auf dem Roten Platz neben Bush und Putin stand, soll mit Schröder nun zum ersten Mal ein deutscher Bundeskanzler in das alte Ostpreußen kommen. In den Augen der Russen ist das angesichts ihrer Traumata ein außerordentlicher Akt der Versöhnung. Frankreichs Teilnahme ist auf den ersten Blick in der Tat etwas merkwürdig, aber Chirac hat schon früher die Rolle einer europäischen Anstandsdame bei deutsch-russischen Treffen gespielt, er hat sich beispielsweise auch 2003 selbst auf den Petersburger Dialog eingeladen.

Die Kaliningrad-Feier ist auch ein Versuch, die europäische Russland-Politik zu retten und wieder zu einen, die etwa in Fragen der Energiepolitik durchaus von Spaltung bedroht ist.

Brok
Bei Treffen mehrerer EU-Staaten
mit außenpolitischen Partnern sollte
immer ein EU-Vertreter dabei sein

Herr Rahr, dieses Dreiertreffen rettet nicht die Einigkeit der EU-Russlandpolitik, sondern macht eine einheitliche Politik sehr viel schwieriger. Die Einigkeit würde man damit voranbringen, dass man den litauischen Präsidenten Adamkus, den polnischen Präsidenten Kwasniewski oder die EU-Ratspräsidentschaft mit nach Kaliningrad einladen würde. Wir sollten es uns grundsätzlich zum Prinzip machen, dass bei Treffen mehrerer großer EU-Staaten mit außenpolitischen Partnern immer die Ratspräsidentschaft oder die Kommission dabei sind, um als



Sprachrohr der Nichtanwesenden zu fungieren. Nicht nur die Balten, auch Polen und die Niederlande haben das Treffen von Putin mit Schröder und Chirac sehr kritisch diskutiert. Da entstand der Eindruck, die beiden Großen machten wieder Geschäfte mit Russland über die Köpfe der Kleinen hinweg.

Die Ängste Polens und der kleinen baltischen Staaten in allen Ehren, aber meinen Sie nicht, dass diese Ängste angesichts der EU- und NATO-Mitgliedschaft dieser Länder inzwischen gegenstandslos sind? Heute sind diese Länder hundertprozentig in die NATO- und EU-Strukturen integriert. Sie sind gleichberechtigt in der EU, und die Amerikaner würden im Extremfall das Baltikum mit Atomwaffen verteidigen. Die faktische Lage ist so eindeutig, dass die Nichtberücksichtigung etwa der Balten bei Einladungen höchstens ein psychologisches Problem ist. Es scheint mir legitim, wenn ein Regierungschef diese negativen psychologischen Aspekte gegenüber den positiven psychologischen Folgen eines solchen Versöhnungstreffens für die Beziehungen zu Russland abwägt.

Man kann und sollte von dem großen Russland durchaus erwarten, dass es Verständnis für die historisch bedingten Sensibilitäten der kleinen baltischen Staaten zeigt.

Nachdem die Litauer unsere Einladung zum 60. Jahrestag des Kriegsendes nach Moskau abgelehnt haben, beschwerten sie sich nun, nicht nach Kaliningrad eingeladen worden zu sein. Sie müssen zugeben, dass es für uns nicht ganz leicht ist, es den Litauern recht zu machen – laden wir sie ein, sind wir der Buhmann, laden wir sie nicht ein, stehen wir auch schlecht da.

Das Jubiläum Kaliningrads ist keine bilaterale Angelegenheit, sondern ein russisches nationales Jubiläum, und als solches wird es auch vom 1. bis zum 3. Juli gefeiert. Diese Gelegenheit wird genutzt für ein Treffen auf höchster Ebene zwischen Präsident Putin, Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac.

Kein europäischer Staatschef aber, dem das Wohl der Europäischen Union am Herzen liegt, würde eine solche Einladung annehmen, ohne sich für eine Beteiligung von Repräsentanten der Nachbarländer einzusetzen. Wenn wir die EU zusammenhalten wollen, müssen Schröder und Chirac aufhören, ohne Konsultation mit den Kleinen Abmachungen mit Putin zu treffen. Wir sollten ernst nehmen, dass die kleinen Länder in der EU Angst um ihre Identität bekommen haben.

Rahr

Die Ängste Polens und der baltischen Staaten vor einer deutsch-russischen Achse sind grundlos

Schäuble

Kotenev

Den Litauern kann man es allerdings nur schwer recht machen

Chizhov

Brok



Kobrinskaja Man mag einwenden, dass das Kaliningrad-Jubiläum aus Gründen der öffentlichen Wirkung weder ein guter Rahmen noch ein guter Zeitpunkt für ein Treffen ist. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Russlands Verhalten ist eine ganz rationale Reaktion auf die Tatsache, dass EU-Außenpolitik zu einem wesentlichen Teil eben bilaterale Außenpolitik ist und dass dabei die großen Mitgliedstaaten die entscheidende Rolle spielen.

Byers Wenn sich Putin, Schröder und Chirac in Kaliningrad treffen, um über internationale Herausforderungen zu sprechen, vertiefen sie die Gräben innerhalb der EU. Nach den Differenzen um die Irak-Intervention sollten wir Brücken bauen, statt Achsen zu bilden.

Chizhov
Können souveräne Staats- und Regierungschefs den Ort ihres Treffens nicht mehr selber aussuchen?

Mir ist immer noch nicht klar, wie die bevorstehenden Feierlichkeiten am 3. Juli zu so hitzigen Debatten führen. Können souveräne Staats- und Regierungschefs Ort und Zeitpunkt ihrer Treffen etwa nicht mehr selbst aussuchen? Putin und Schröder haben sich meines Wissens schon mehrfach getroffen, ohne dass Polen oder Balten sich berufen fühlten, ausführlich ihre Meinung über die Ortswahl zum Besten zu geben oder die Frage zu erörtern, ob das Treffen ohne ihre Teilnahme stattfinden dürfe.

Brandenburg Die deutsche Seite hat sich in der Frage der offiziellen Beteiligung am Königsberger Stadtjubiläum am 3. Juli sehr zurückgehalten. Die Einladung an den Bundeskanzler erging erst ungefähr drei Wochen vorher. Das macht auch deutlich, wie schwer sich die russische Seite mit dieser Frage getan hat. Man sollte diese kurzfristige Einladung an den Bundeskanzler als eine Geste der Versöhnung sehen: So war sie zweifellos gemeint.

Gomart Wir sollten den Gipfel in Kaliningrad nicht als Sonderveranstaltung sehen, sondern als Gelegenheit, die Beziehungen zwischen der EU und Russland zu verbessern. Treffen zwischen Schröder, Chirac und Putin haben schon oft stattgefunden und sich als nützlich erwiesen. Das Format ist nicht Ausdruck von Respektlosigkeit gegenüber anderen EU-Mitgliedern. Man kann dieses Format um zusätzliche Teilnehmer erweitern, und in jedem Fall sollte es den übrigen Mitgliedstaaten der EU erklärt werden.

von Weizsäcker Ich befürchte nur eben, dass Deutschland, Russland und Frankreich wieder einmal zwar eine vertretbare politische Absicht verfolgen, dass sie aber durch falsche

Länder flüchten sich gerne in Symbolpolitik,
wenn keine realpolitischen Fortschritte in Sicht sind.

Lindner

Signale dieser Absicht keineswegs dienen. Die Versöhnung mit Russland ist äußerst wichtig, und ein Zeichen dafür, dass man Kaliningrad als russisches Gebiet anerkennt und sich für das Wohl dieser Region ernsthaft einzusetzen bereit ist, ist zu begrüßen. Aber das Dreiertreffen gefährdet die vertrauensvollen Beziehungen zu einer Reihe anderer Länder, die ebenfalls von höchster Wichtigkeit sind. Daher fühlte ich mich an den Irak-Konflikt erinnert. Immerhin hat Herr Rahr mit dem Wort von Frankreich als der Anstandsdame Europas der Sache einen sehr hübschen bildhaften Ausdruck verliehen.

Mit mehr diplomatischem Takt hätte man es leicht vermeiden können, dass aus dem bedeutenden Anlass der 750-Jahr-Feier der grandiosen Stadt Königsberg-Kaliningrad ein Missklang wurde. Diese Feier hätte ein Fest der Einigung sein können.

Ich sehe die Feierlichkeiten in Kaliningrad als Beweis dafür, dass Länder sich gerne in Symbolpolitik flüchten, wenn keine realpolitischen Fortschritte in Sicht sind. Solche Symbolpolitik kann aber auch Wunden schlagen – schon bei der ebenso symbolischen Feier des 60. Jahrestages des Kriegsendes in Moskau haben wir das erlebt – und man muss hoffen, dass Kaliningrad keine dauerhaften Wunden hinterlässt.

Bei diesem Bergedorfer Gesprächskreis haben wir gesehen, dass die Beziehungen Russlands zu Europa und zum Westen in vielen Gebieten Fortschritte machen. Aber immer wieder zeigte sich auch Skepsis – darüber, ob die EU als handlungsfähiges politisches Gebilde Bestand haben wird, ob Russland willens und in der Lage zu einer konstruktiven Partnerschaft ist, ob die derzeitigen Instrumente der Zusammenarbeit taugen. Während die einen hervorhoben, dass Russland längst Teil des Westens sei, beklagten Vertreter Russlands, die EU wolle das Land eben nicht als Teil des europäischen Projekts.

Lassen Sie mich noch zwei persönliche Bemerkungen hinzufügen: Erstens macht es mir große Hoffnung für das russisch-deutsche Verhältnis, dass sich zwei Länder, die sich gegenseitig so viel Leid zugefügt haben, kulturell so nahe zueinander definieren.

Zweitens bin ich sicher, dass materielle Interessen eine gemeinsame europäische Vision nicht ersetzen können, sie können nur Grundlage einer Kooperation etwa im Energiebereich sein. Manche glauben, Russland und Europa seien als

Deutschland und Frankreich gefährden
ihre Beziehungen zu wichtigen Partnern

Schlögel

Lindner

Eichwede

Die gelungene deutsch-russische Versöhnung
macht Hoffnung für die Zukunft

Die Herausforderungen sind so groß,
dass Russland, die EU und die USA
um eine umfassende Kooperation
gar nicht herumkommen.

von Weizsäcker



Gebilde schon einzeln so komplex, dass es keine gemeinsame, integrierte Vision geben könne. Ein Mehr an Integration bedeute automatisch ein weniger an Identität. Ich möchte darauf mit einem Zitat aus einem ganz anderen Zusammenhang antworten: Wichtiger als die Herrschaft der Wahrheit ist eine Republik der Ideen. Bei unserem Gesprächskreis haben wir erlebt, dass die Bürger dieser Republik schon da sind und sich miteinander in höchst konstruktive Diskussionen verstricken. Nähe bringt mehr Ideen, und sie hilft beiden Seiten.

von Weizsäcker

Seit 40 Jahren nehme ich an Gesprächen mit dem großen Russland teil, vor rund 30 Jahren zum ersten Mal im Rahmen des Bergedorfer Gesprächskreises. Unser Gespräch hier in Potsdam war das offenste, an das ich mich in all diesen Jahren erinnern kann.

Gerade auch gegenüber Russland braucht
die EU eine gemeinsame Außenpolitik

Wieder einmal hat sich gezeigt, wie wichtig eine gemeinsame europäische Außenpolitik ist. Nur wenn sich Deutschland mit seinen besonderen Beziehungen zu Russland in diese Politik einordnet, werden wir Russland gegenüber angemessen auftreten können, und nur durch eine gemeinsame Außenpolitik wird die EU auch für die USA überhaupt zu einem ernst zu nehmenden Gesprächspartner. Ich wünsche mir, dass Großbritannien während seiner Präsidentschaft aktiv zur Weiterentwicklung dieser europäischen Außenpolitik beiträgt. Schon bei der Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat Tony Blair seinerzeit die Initiative ergriffen – Europas Außenpolitik braucht die Briten, ihren Pragmatismus, ihr politisches Gewicht und ihre strategische Kompetenz. Ich hoffe, dass Tony Blairs politisches Handeln während der Präsidentschaft die Ankündigungen seiner wirklich beeindruckenden Rede im Europäischen Parlament umsetzt, die die Rede eines leidenschaftlichen Europäers war.

Es ist auch deutlich geworden, dass trotz aller Probleme und Meinungsverschiedenheiten im Verhältnis der EU zu Russland die Weiterentwicklung unserer Partnerschaft möglich und nötig ist. Es sind Grundlagen da, es ist auf beiden Seiten politischer Wille vorhanden – wenn auch vielleicht nicht so viel, wie wir uns wünschen würden. Vor allem sind die Herausforderungen so groß, dass wir um eine umfassende Kooperation gar nicht herumkommen. Der internationale Terrorismus, die Transformation des postsowjetischen Raumes, die Konflikte mit Iran oder im Irak, die Gewährleistung von Energiesicherheit können wir nur gemeinsam bewältigen. Wohlstand und Stabilität können wir nur erreichen, wenn Russland, die EU und die USA zu einer vertrauensvollen und echten Zusammenarbeit bereit sind.